



EUROPEAN LEADERSHIP NETWORK



Eine deutsch-französische
Initiative für den Nahen Osten

Une initiative franco-allemande
pour le Moyen-Orient

Über ELNET



elnet-deutschland.de



@ElnetD



@ELNETDeutschland

ELNET ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation. Unser Ziel ist es, die europäisch-israelischen Beziehungen auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Interessen und Werte überparteilich zu fördern.

Unsere Büros in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Polen, Belgien und Israel sowie Aktivitäten in Italien und Spanien stärken den Dialog zwischen europäischen und israelischen Entscheidern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu unterstützen wir bestehende Netzwerke und bauen diese durch strategische Dialogveranstaltungen und Delegationsreisen aus.

A propos d'ELNET



elnetwork.fr



@ElnetFr



@ELNET France

ELNET est une organisation indépendante et apolitique qui cherche à promouvoir les relations entre l'Europe et Israël sur la base de valeurs démocratiques et d'intérêts stratégiques communs. Le siège français se situe à Paris, au coeur même de la diplomatie française et européenne.

Nos bureaux en Allemagne, en France, au Royaume-Uni, en Pologne, en Belgique et en Israël ainsi que nos activités en Italie et en Espagne renforcent le dialogue entre responsables européens et israéliens, notamment dans les domaines politique et économique, par la création de plateformes de discussions informelles, l'organisation de rencontres bilatérales mais également de voyages de délégations.

Impressum Mentions légales

Herausgeber / Éditeur:

ELNET Deutschland e.V.
Albrechtstraße 22 / 10117 Berlin
+49 30 308 759 64
www.elnet-deutschland.de

Vereinsvorsitzender / Président:

RA Hans Thomas Kessler
Pierre Dassas, Hubert Leven

Beiratsvorsitzende:

Brigitte Zypries,
Bundesministerin a.D.

CEO:

Carsten Ovens
Dr. Arié Bensemhoun

Redaktion / Rédaction:

Dr. Sarah Perez
Dr. Marius Strubenhoff
John-William Boer
Carlo Neuhaus
Francesca Fassbender

Gestaltung / Design:

Alter.berlin Medienberatung

Bildnachweise / Crédit photo:

Seite 4/44: Susie Knoll

Seite 5/ 45: Büro Benjamin Haddad
Seite 10: Lelieveld, Jos/ Zittis, George
Seite 11/12 // 50/51: oben: Eurostat
Seite: 11/51 unten: World Integrated
Trade Solution // Seite 33/77: Israel
Defence Forces / Bloomberg

© ELNET Deutschland, 2024.
Alle Inhalte (Texte, Bilder und Grafiken)
sind urheberrechtlich geschützt.

Das Urheberrecht liegt soweit nicht anders gekennzeichnet bei ELNET Deutschland. Weiterverwendung des Dokuments sowie Teilen dessen für Forschungs- und Bildungszwecke ist nur bei rechtmäßiger Kennzeichnung erlaubt.

Inhaltsverzeichnis | Table des matières

Über ELNET / <i>A propos d'Elnet</i>	2
Inhalt / <i>Table des matières</i>	3
Vorworte / <i>Mot d'accueil</i>	4 / 44
Einleitung / <i>Introduction</i>	6 / 46
Handlungsempfehlungen für eine europäische Nahostpolitik <i>Recommandations pour une politique européenne au Moyen-Orient</i>	7 47
ABRAHAM-ABKOMMEN / LES ACCORDS D'ABRAHAM	8 / 48
Policy Briefing 1: Der Normalisierungsprozess der Abraham-Abkommen <i>Briefing politique 1 : Le processus de normalisation des Accords d'Abraham :</i>	8 48
Report 1: Wie können die Abraham-Abkommen zu Stabilität im Nahen Osten und Europa beitragen? <i>Compte-rendu 1 : Interdiction du Hezbollah : quels enjeux pour l'Europe ?</i>	14 54
ENERGIE / LA CRISE DE L'ENERGIE	17 / 57
Policy Briefing 2: Energiekrise: Herausforderung für Europa und den Nahen Osten zugleich <i>Briefing politique 2 : La crise de l'énergie : un défi pour l'Europe et le Moyen-Orient</i>	17 57
Report 2: Energiekrise in Europa: Umgang mit den Herausforderungen der Zeitenwende <i>Compte-rendu 2 : Crise énergétique en Europe, faire face aux nouveaux défis</i>	22 62
IRAN / L'IRAN	26 / 66
Policy Briefing 3: Europa und Israels Umgang mit der iranischen Herausforderung <i>Briefing politique 3 : L'Europe et Israël face au défi iranien</i>	26 66
Report 3: Die Iranische Herausforderung im Nahen Osten <i>Compte-rendu 3 : Première table-ronde : le défi iranien</i>	30 70
VERTEIDIGUNG / LA DÉFENSE	33 / 73
Policy Briefing 4: Angewandte Zeitenwende: Europas verteidigungspolitische Neuausrichtung und Chancen der Kooperation mit Israel <i>Briefing politique 4 : Le tournant de l'époque en action : Réorientation de la politique de défense de l'Europe et opportunités de coopération avec Israël</i>	33 73
Report 4: Europäisch-israelische Zusammenarbeit nach der Zeitenwende <i>Compte-rendu 4 : La coopération israélo-européenne après un tournant historique</i>	39 78
Quellenverzeichnis / <i>Bibliographie</i>	82

Vorwort

Der 07. Oktober 2023 ist eine grausame Zäsur in der 75-jährigen Geschichte des Staates Israel. In den frühen Morgenstunden drangen schwer bewaffnete Hamas-Terroristen aus dem Gaza-Streifen nach Israel ein und ermordeten über tausend unschuldige Menschen, darunter Frauen, Kinder und Jugendliche. Eine dreistellige Zahl an Menschen wurde in den Gaza-Streifen verschleppt. Zeitgleich flogen seitdem tausende Raketen in Richtung Israel und brachten zusätzlich Leid und Zerstörung.

Israel- 1948 nach den schrecklichen Erfahrungen des Holocausts in der festen Absicht gegründet, künftig allen Jüdinnen und Juden eine sichere Heimat zu bieten- wurde heimtückisch angegriffen und das Sicherheitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger in seinen Grundfesten erschüttert. Die internationalen Solidaritätsbekundungen mit Israel sind begrüßenswert, sie reichen aber nicht aus. Nach wie vor ist der Antisemitismus nicht nur im Nahen Osten tief verwurzelt. Auch in Europa gibt es noch immer viel zu viele Kräfte, die sich mit den schrecklichen Taten der Hamas solidarisieren oder versuchen, ihre Terrorsympathien notdürftig hinter hohlen pro-palästinensischen Freiheitsparolen zu verbergen. Diesem menschenverachtenden Israel-Hass und Antisemitismus muss noch stärker entgegengetreten werden- sowohl im Nahen Osten als auch in Europa. Er muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden!

Zugleich dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, allen friedliebenden Menschen in Israel und den Palästinensischen Gebieten ein Leben in Freiheit und Würde auf der Grundlage einer Zwei-staatenlösung zu bieten. Perspektivlosigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil des Nährbodens für Terrorismus. Den islamistischen Terroristen steht ein nahezu unerschöpfliches Rekrutierungsreservoir für ihre Gräueltaten zur Verfügung. Diese verhängnisvolle Spirale kann nur durchbrochen werden, wenn es gelingt, den hunderttausenden jungen Menschen Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft ohne Gewalt und Terror zu bieten.

Die vergangenen Wochen waren für Israel die schwersten seit seiner Gründung vor 75 Jahren. Und



sie dauern an, denn Israels Feinde sind nicht nur im Gazastreifen zuhause. Sie befinden sich unter anderem auch im Libanon, wo eine bis an die Zähne bewaffnete Hisbollah-Miliz nur darauf wartet, Israel dem Erdboden gleich zu machen; dabei angeleitet aus Teheran, wo Israel-Vernichtungsphantasien fester Bestandteil der Herrschaftslegitimation sind. Doch es gibt auch Hoffnung, die wir uns durch die jüngsten Ereignisse nicht komplett zunichtemachen lassen dürfen. Die zahlreichen Abkommen Israels mit Staaten der arabischen Welt in den zurückliegenden Jahren unterstreichen, dass Frieden und Verständigung möglich sind. Genau deshalb lohnt es sich, an der Vision eines friedlichen Nahen und Mittleren Ostens weiter zu arbeiten und uns mit ganzer Kraft für die Überwindung von Hass und Terror einzusetzen.

Das Strasbourg Forum kann einen Beitrag zum bestehenden deutsch-französischen Dialog hinsichtlich der europäischen Nahostpolitik leisten, indem es Parlamentariern beider Länder ermöglicht, gemeinsam Strategien und Empfehlungen für die entscheidenden nahostpolitischen Fragen der Gegenwart zu entwickeln.

Dr. Nils Schmid MdB

*Außenpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion*

Vorwort

Für einige Monate war die Hoffnung groß, dass Israel nach den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko und Sudan mit weiteren Nachbarn im Nahen Osten Frieden schließen könnte. Die bestehenden Abraham-Abkommen zeigten erste Erfolge und die Regierung Saudi-Arabiens stellte eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel in Aussicht. Der 07. Oktober setzte dieser positiven Stimmung jedoch vorläufig ein schreckliches Ende.

In einer lange geplanten Aktion überraschten Tausende von Hamas-Terroristen die israelischen Grenztruppen und ermordeten und verschleppten Hunderte von Menschen. Wie geht es weiter? Wird der Konflikt auf die Vernichtung der Hamas im Gazastreifen beschränkt bleiben oder ist mit einem Flächenbrand im Nahen Osten, mit der Hizbollah im Libanon oder gar mit einem Konflikt mit dem Iran zu rechnen?

Der Konflikt im Nahen Osten betrifft auch unmittelbar uns in Europa. Gerade jetzt ist es wichtiger denn je, sich zu fragen, wie sich Frankreich, Deutschland und die EU in diesen schwierigen Zeiten gemeinsam positionieren können. Welche Rolle spielt Israel in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU? Welche Rolle kann die EU bei der Befriedung der Region und der Normalisierung der Beziehungen spielen? Wie soll mit der Bedrohung durch den Iran umgegangen werden?

Das Strasbourg Forum stellt eine hervorragende Plattform für

deutsche und französische Parlamentarier dar, um diese Fragen gemeinsam mit Nahost-Experten zu diskutieren. So konnten deutsch-französische Perspektiven eingebracht werden, um konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Die Diskussionen haben deutlich gemacht, dass Europa gerade jetzt die Normalisierungsabkommen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Sudan, Bahrain und Marokko als Chance begreifen sollte, um Stabilität und Frieden im Nahen Osten zu fördern.

Vor dem Hintergrund des Russisch-Ukrainischen Krieges und der davon ausgelösten europäischen Energiekrise kam dazu auch die gemeinsame Energiezukunft Europas und des Nahen Ostens zur Sprache. Dabei wurde die Rolle Israels und des Nahen Ostens als potenzielle Energiepartner und der technologische Fortschritt, insbesondere in den Bereichen Solarenergie und Wasserstoff, als Chance für Europa hervorgehoben.

Im Forum wurde ebenso deutlich, dass der deutsch-französische Austausch zu verteidigungspolitischen Themen in der jetzigen Zeit besonders wichtig ist. Dies gilt nicht zuletzt für die Verteidigungspolitik in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Israel.

Wie bereits im vergangenen Jahr war auch der Umgang mit dem Iran ein zentrales Thema. Neben der veränderten Haltung der in-



ternationalen Gemeinschaft zum JCPOA wurden auch Menschenrechtsfragen und der Umgang mit der iranischen Zivilgesellschaft thematisiert.

Das Strasbourg Forum ist eine zentrale Plattform, die deutsche und französische Parlamentarier nutzen können, um unsere Solidarität mit Israel zum Ausdruck zu bringen und konkrete Handlungsempfehlungen für eine sichere und friedliche Zukunft in Europa und im Nahen Osten zu entwickeln. Diese Empfehlungen umzusetzen und einen positiven Wandel herbeizuführen ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Benjamin Haddad

*Abgeordneter der Nationalversammlung
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses*

Einleitung

Am 07. Oktober 2023 wurde Israel Opfer eines brutalen Überfalls durch die Hamas. Dabei ist der Angriff nur eine von einer Vielzahl an akuten Bedrohungen im Nahen Osten. Diese Gefahren wirken sich nicht nur direkt auf die Region aus; ihre destabilisierenden Auswirkungen reichen bis nach Europa.

Im Kontrast dazu versprochen die letzten drei Jahre Aussicht auf bessere Zeiten im Nahen Osten. Mit den Abraham-Abkommen schlossen Länder der Region Frieden, die seit der Unabhängigkeit Israels normale Beziehungen mit dem Staat verweigert hatten. In Bereichen wie Klima und Energie entwickeln sich seitdem neue hoffnungsstiftende Formen der Zusammenarbeit.

Vor allem in diesen Zeiten stellt sich die Frage, wie Europa mit seinen Verbündeten zusammenarbeiten kann. Dabei gilt es, einem bedrohlichen Bündnis entschieden entgegenzutreten: China, Russland sowie Iran mit seinen Stellvertretern.

Angesichts der volatilen Lage des Nahen Ostens richtete das European Leadership Network (ELNET) auch in diesem Jahr das 2021 gegründete Strasbourg Forum aus. Das deutsch-französische Gesprächsformat bietet Experten und politischen Entscheidungsträgern beider Staaten die Möglichkeit zu einem vertieften Austausch über zentrale außen- und sicherheitspolitische Fragen rund um den Nahen Osten.

Die vorliegende Broschüre widmet sich den vier Themen der diesjährigen Roundtables. Zunächst steht die Bedeutung der Abraham-Abkommen für die Stabilität im Na-

hen Osten im Fokus, bevor sich der Blick auf die Herausforderungen im Energiebereich für Europa und den Nahen Osten richtet, die im Kontext des russisch-ukrainischen Krieges besonders akut geworden sind. Ebenfalls werden die Rolle Irans und die damit verbundenen Herausforderungen in der Region erörtert. Abschließend wird die europäisch-israelische Verteidigungszusammenarbeit vor dem Hintergrund der Zeitenwende thematisiert.

Die Abraham-Abkommen, vor rund drei Jahren zwischen Israel und verschiedenen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas geschlossen, repräsentieren einen der bedeutendsten Friedensprozesse seit den Friedensverträgen zwischen Israel, Ägypten und Jordanien. Vor allem in Zeiten, in denen Konflikte durch Akteure wie Hamas, Iran und Hisbollah eskalieren, ist es von zentraler Bedeutung, diese Abkommen zu stärken und zu erweitern. Experten erörtern diverse Ansätze, wobei insbesondere Deutschland und Frankreich eine führende Rolle einnehmen könnten. Innovative Projekte in den Bereichen Energie, Wasserwirtschaft und Cybersicherheit könnten die Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Partnern festigen und gleichzeitig Europas Interessen dienen.

Der zweite Roundtable konzentrierte sich auf die Energiekrise, welche durch den russischen Angriff auf die Ukraine entstanden ist und für Europa eine präzedenzlose Herausforderung darstellt. Unter Berücksichtigung der Energiestrategien von Deutschland und Frankreich diskutierten die Teilnehmer Wege zur Diversifizierung von Energiequellen und zur Beschleunigung der Dekarbonisierung. Innerhalb der ME-NA-Region bieten sich erhebliche

Kooperationschancen zwischen den jeweiligen Ländern, insbesondere im Bereich Solarenergie und Wasserstofftechnologie.

Die sicherheitspolitische Frage im Umgang mit dem Iran wurde ebenso tiefgreifend behandelt. Die Angriffe der vom Iran maßgeblich mit Waffen und ideologisch unterstützte Hamas gegen Israel unterstreichen die Notwendigkeit, sich mit den Bedrohungen durch das iranische Regime auseinanderzusetzen. Die veränderte Haltung der internationalen Gemeinschaft zum iranischen Atomprogramm sowie die entsprechenden Verhandlungen sowie die Rollen der EU und Russlands beim Aufbau des nuklearen und ballistischen Waffenprogramms des Iran wurden erörtert. Dazu standen Menschenrechtsfragen und der Umgang mit der iranischen Zivilgesellschaft im Fokus.

Zum Abschluss wurden Verteidigungskooperationen zwischen Israel und Europa im Kontext der Zeitenwende diskutiert. Hierbei kam insbesondere die European Sky Shield Initiative (ESSI) zur Sprache. Trotz Meinungsunterschieden zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf ESSI wurden das Beschaffungswesen, der nachrichtendienstliche Austausch bis hin zu Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz, als potenzielle Kooperationsfelder identifiziert.

In einer sich rasant verändernden geopolitischen Landschaft stellt sich die Frage einer europäisch abgestimmten Nahostpolitik mit Nachdruck. Das Strasbourg Forum zielt als parlamentarisches deutsch-französisches Dialogformat darauf ab, drängende Fragen zu behandeln und Handlungsempfehlungen für Frieden, Kooperation, und Sicherheit zu entwickeln.

Handlungsempfehlungen für eine europäische Nahostpolitik

1

... zu der Frage, wie die Abraham-Abkommen zur Stabilität im Nahen Osten und in Europa beitragen können.

- ▶ Wahrnehmung einer aktiveren europäischen Rolle im Nahen Osten im Kontext der Abraham-Abkommen.
- ▶ Vermittlung und Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen Israel und dem arabischen Raum in Bereichen wie Energie- und Wasserwirtschaft, Cybersicherheit sowie Wissenschaft und Forschung.
- ▶ Förderung von Initiativen zur wirtschaftlichen Binnenintegration und dem Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der Region.
- ▶ Unterstützung der Integration weiterer Partner in den Prozess der Abraham-Abkommen.
- ▶ Verknüpfung der Dynamik des Abraham-Prozesses mit Bemühungen im israelisch-palästinensischen Kontext. Einbindung der palästinensischen Seite in neu entstehende wirtschaftliche Dynamiken.
- ▶ Aktive Nutzung des „Kleeblatt-Formates“ (Deutschland, Frankreich, Jordanien und Ägypten) für die Vertiefung der Normalisierung der Beziehungen Israels mit dem arabischen Raum.
- ▶ Einrichtung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe in der Französischen Nationalversammlung und im Senat nach dem Vorbild des Parlamentskreises Abraham Accords im Deutschen Bundestag.

ROUND TABLE 1

2

... im Kontext der Energiekrise

- ▶ Einrichtung eines trilateralen Fonds zur Förderung von Energieinnovationen.
- ▶ Bau einer wasserstofftauglichen EastMed-Pipeline zur mittelfristigen Deckung des europäischen Energiebedarfs.
- ▶ Umfassende Nutzung des EuroAsia-Interconnectors zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Strombereich.
- ▶ Nutzung des Prozesses der Abraham-Abkommen für israelisch-arabische Energiekooperation. Zusammenarbeit mit Europa über die neuen Energiebrücken East-Med und EuroAsia Interconnector in diesem Kontext.
- ▶ Einrichtung einer französisch-israelischen Energiepartnerschaft nach dem Vorbild des deutschen Pendants.
- ▶ Einrichtung von Formaten, um die trilaterale Zusammenarbeit bei Solarenergie, Wasserstoff und neuen vielversprechenden Technologien zu koordinieren.

ROUND TABLE 2

3

... hinsichtlich des Umgangs mit der iranischen Herausforderung im Nahen Osten

- ▶ Aufbau alternativer Formate, die nicht auf dem bisherigen JCPOA beruhen und nicht von einer produktiven Zusammenarbeit mit Russland abhängig sind.
- ▶ Erarbeitung neuer Richtlinien zu nuklearen Schwellenwerten.
- ▶ Einbeziehung weiterer Staaten der Region in den Umgang mit dem iranischen Atomprogramm.
- ▶ Separate Behandlung der Frage von Trägersystemen, um die Gefahr einer nuklearen Eskalation zumindest stückweise zu reduzieren.

ROUND TABLE 3

4

... zum Thema der europäisch-israelischen Verteidigungszusammenarbeit nach der Zeitenwende

- ▶ Rüstungskoooperation: Definition von klaren Eckpunkten und Leitlinien für zukünftige deutsch-französische Rüstungskoooperation sowohl bilateral als auch mit Israel.
- ▶ Engerer Austausch mit Israel zur Modernisierung des Beschaffungswesens.
- ▶ Ausweitung der Kooperation zwischen Israel und der NATO, insbesondere des Informationsaustausches der Nachrichtendienste.
- ▶ Cybersicherheit: Einbindung israelischer Expertise in das European Cyber Competence Centre.
- ▶ Zusammenarbeit mit Israel bei der Forschung und Entwicklung von KI-Lösungen im Verteidigungsbereich.
- ▶ Offene Kommunikation über bestehende Zusammenarbeit und das Potenzial zukünftiger Kooperation mit Israel in verschiedenen sicherheitsrelevanten Bereichen.

ROUND TABLE 4

Der Normalisierungsprozess der Abraham-Abkommen:

Gestaltungsspielraum in unruhigen Zeiten

Am 15. September 2020 kam es in Washington D.C. zu einem Paukenschlag: In einer feierlichen Zeremonie unterzeichneten US-Präsident Donald Trump, Premierminister Benjamin Netanjahu, Außenminister Abdullah bin Zayed Al-Nahyan (Vereinigte Arabische Emirate) und Außenminister Abdullatif bin Rashid Al-Zayani (Bahrain) die Abraham Accords Declaration. Im Rahmen des Prozesses der Abraham-Abkommen schlossen mit den VAE (13. August 2020), Bahrain (11. September 2020), Marokko (10. Dezember 2020) und Sudan (7. Januar 2021) vier arabische Staaten Normalisierungsabkommen mit Israel.

Die Normalisierung der Beziehungen ist ein Produkt mehrerer Entwicklungen. In den Vereinigten Arabischen Emiraten ist die Annäherung an Israel einerseits Teil eines innenpolitischen Reformkurses. Dazu sind die wirtschaftlichen Vorteile einer Normalisierung der Beziehungen unübersehbar. Eine herausgehobene Rolle spielte auch die starke Wahrnehmung einer iranischen Bedrohung sowohl durch Israel als auch durch seine neuen Partner. Ein Schockmoment für die Region war der erfolgreiche Raketenangriff auf Ölförderanlagen im Osten Saudi-Arabiens im September 2019 durch die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen.¹

In Deutschland und Europa stießen die Abraham-Abkommen zuerst sowohl auf Zustimmung als auch Skepsis, unter anderem aufgrund der Rolle der Trump-Administration in der Anbahnung der Abkommen. Deutschland spielte dabei – abgesehen von dem gemeinsamen Besuch israelischer und emiratischer Vertreter des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin am 06. Oktober 2020 mit Bundesaußenminister Heiko Maas – eine untergeordnete Rolle.

Die Abraham-Abkommen sind vor allem als Prozess zu verstehen, der gestaltet werden will. Sie ermöglichen politische Neuerungen, anstatt diese bereits darzustellen. Je nachdem, wer die Initiative in diesem Prozess ergreift, kann die Politik des Nahen Ostens gestalten. Auf amerikanischer Seite wird diese Idee von beiden Seiten des politischen Lagers gelebt.

Während die Unterzeichnung der bisherigen Abkommen unter der Amtszeit von US-Präsident Trump geschah, nahm sich auch US-Präsident Biden dem Prozess an und verfolgt beispielsweise die Unterzeichnung eines Normalisierungsabkommens zwischen Saudi-Arabien und Israel als zentrales nahostpolitisches Ziel.² John Kerry, US-Sondergesandter für Klimafragen, spielte eine Schlüsselrolle in der Aushandlung des Green Blue Deals zwischen Israel, Jordanien und den VAE (siehe unten).

Auch ist die Vorgeschichte der Abraham-Abkommen länger als gemeinhin angenommen. Sie geht nicht allein auf die Amtszeit Trumps zurück: Bereits seit 1994 gab es erste Kontakte zwischen israelischen und emiratischen Diplomaten.³

Europas bisherige Rolle als Beobachter des Abraham-Prozesses ist nicht in Stein gemeißelt. In der Tat eröffnet er auch für Europa umfangreiche Möglichkeiten in der Nahostpolitik und bietet die Chance, eine außenpolitische Neuausrichtung im Rahmen der Zeitenwende auch in diesem Bereich praktisch umzusetzen.

Drei Jahre später: Der aktuelle Stand des Normalisierungsprozesses

Zweieinhalb Jahre nach der Unterzeichnung der Abraham-Abkommen können sich die Errungenschaften des Normalisierungsprozesses sehen lassen. Am 29. Juni 2021 reiste der damalige israelische Außenminister Yair Lapid für die Eröffnung der israelischen Botschaft in die VAE. Im August 2021 unterzeichneten Lapid und sein marokkanischer Amtskollege Nasser Bourita weitgehende Abkommen in den Bereichen Kultur, Sport und Jugend während eines Besuches Lapids, bei dem auch die neue israelische Vertretung

HOCHRANGIGE TREFFEN ZWISCHEN DEN UNTERZEICHNERN DER ABRAHAM-ABKOMMEN

06 2021

Yair Lapid besucht als erster israelischer Außenminister die VAE und eröffnet israelische Botschaft

12 2021

Naftali Bennett unternimmt als erster israelischer Premierminister einen offiziellen Besuch in die VAE

01 2022

Izchak Herzog besucht als erster israelischer Präsident die VAE

03 2022

Negev-Konferenz mit den Außenministern Israels, Ägyptens, Bahreins, der VAE, Marokkos und der USA in Sde Boker in Israel



08 2021

Yair Lapid besucht Marokko und weiht eine israelische Vertretung in Rabat ein

02 2022

Verteidigungsminister Benny Gantz unterzeichnet ein Verteidigungs-kooperationsabkommen mit Bahrein

03 2022

Trilaterales Treffen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah Al-Sisi, dem israelischen Premierminister Naftali Bennett und dem Kronprinz von Abu Dhabi Muhammad bin Zayid in Scharm El-Scheich in Ägypten

in Rabat eingeweiht wurde.⁴ Marokko betrachtet die Entwicklung dabei als eine Revitalisierung der über mehrere Jahre ausgesetzten diplomatischen Beziehungen mit Israel.

Auch in die bilateralen Beziehungen zwischen Israel und Sudan kam jüngst Bewegung. Bei einem Besuch des israelischen Außenministers Eli Cohen in Khartoum am 03. Februar 2023 wurde das bilaterale Normalisierungsabkommen finalisiert. Mit einer offiziellen Unterzeichnungszeremonie möchte man von israelischer Seite jedoch warten, bis die militärische Regierung Sudans ihre Macht wie angekündigt an eine zivile Regierung übergeben hat.⁵ Schon am 07. Januar 2021 hatte der Sudan eine Abraham Accords Declaration unterzeichnet. Diese war jedoch sehr viel weniger weitgehend als die restlichen Vereinbarungen. Auch wurde sie ohne israelische Beteiligung lediglich von sudanesischer und amerikanischer Seite unterzeichnet.⁶ Jüngst wurde über eine mögliche Normalisierung der Beziehungen Israels mit Indonesien,

Niger und Mauretanien berichtet.⁷ So soll Außenminister Cohen seine deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock um Unterstützung insbesondere bei den Bemühungen gegenüber Mauretanien und Niger gebeten haben.⁸

Der Klimawandel im Kontext der Abraham-Abkommen: Eine Chance für den Frieden?

Besonders auf einem Feld sind die Ergebnisse des Abraham-Prozesses bemerkenswert: Der Klimapolitik. Dieses Politikfeld ist für gemeinsame Projekte prädestiniert. Der Nahe Osten leidet im Vergleich mit anderen Regionen überproportional unter steigenden Temperaturen. Ein weiterer Anstieg der Durchschnittstemperatur um 4-5 Grad erscheint realistisch.⁹ Durch verringerte Niederschlagsmengen droht für eine bereits jetzt sehr trockene Region zudem eine fundamentale Wasserkrise. Es gibt jedoch Entwicklungen, die Hoffnung stiften: Bereits heute bringen die gemeinsamen Herausforderungen neue und alte Partner zusammen.

Ein prominentes Beispiel für die positiven Entwicklungen im Rahmen des Abraham-Prozesses ist der im November 2022 zwischen den VAE, Jordanien und Israel geschlossene Green Blue Deal. Das Abkommen sieht die Lieferung von durch Meerwasser-Entsalzung gewonnenem Trinkwasser von Israel an Jordanien vor. Im Austausch liefert Jordanien Solarstrom an Israel. Die VAE sind an dem Abkommen durch Investitionen im jordanischen Solarsektor beteiligt.

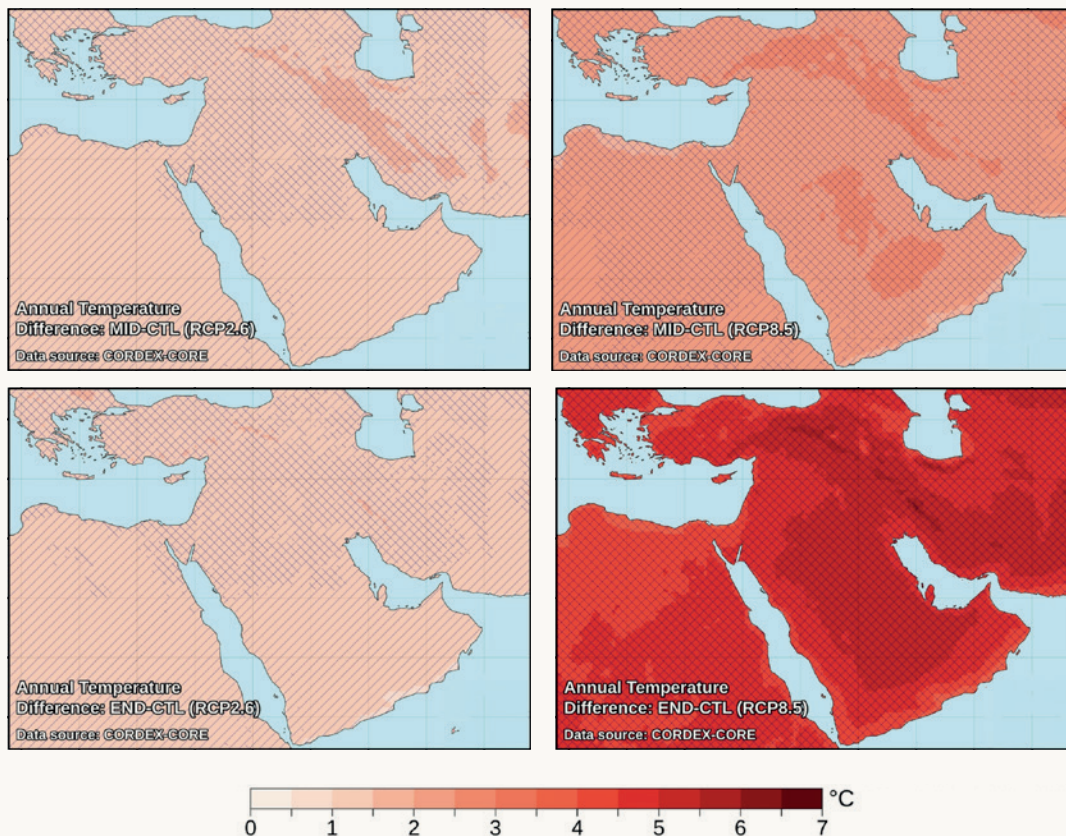
Die maßgeblich an der Projektkonzeption beteiligte Organisation EcoPeace prägte für dieses Abkommen das Bild von der „Montanunion für den Nahen Osten“. Die Idee sei hier, die beteiligten Staaten nach dem Vorbild der Europäischen Integration durch Wirtschaftsbande friedentiftend zu verknüpfen.¹⁰

Die für 2026 geplante Verbindung des israelischen Stromnetzes mit der EU wird in diesem Bereich auch Stromexporte aus dem Nahen Osten nach Europa ermöglichen. Diese können zukünftig auch in Projekten im Rahmen der Abraham-Abkommen generiert werden. Auch würde Zusammenarbeit im Wasserstoffbereich durch eine wasserstofffähige EastMed-Pipeline

denkbar. Solche Möglichkeiten werden momentan im Rahmen der März 2022 vereinbarten Deutsch-Israelische Energiepartnerschaft eruiert.¹² Bereits seit Juni 2022 arbeiten Israel und Ägypten eng mit der Europäischen Union zusammen. Israelisches Gas wird seitdem über ägyptische LNG-Terminals in die EU exportiert.¹³

Zwischen Israel und Marokko ist die Zusammenarbeit im Bereich der Erneuerbaren Energien noch weiter fortgeschritten. Im September 2022 schlossen die zwei Staaten ein umfangreiches Energieabkommen, welches die Zusammenarbeit in den Bereichen Batterien, Recycling, Solarenergie und Wasserstoff vorsieht.¹⁴

Dazu unterzeichneten das israelische Unternehmen H2Pro und die marokkanische Firma Gaia Energy am Rande der COP-27-Konferenz im November 2022 ein Memorandum of Understanding. Sie wollen künftig in der Herstellung von Grünem Wasserstoff zusammenarbeiten, welcher nach Spanien exportiert werden soll. Durch die spanisch-französische Pipeline BarMar, welche ab 2026 das bislang vom Rest Europas abgeschnittene Energiesystem der iberischen Halbinsel in das europäische Netz integrieren soll, könnte in weni-



PROGNOSE DES TEMPERATURANSTIEGS IM NAHEN OSTEN

2050 (obere zwei Kästen) und 2100 (untere zwei Kästen) basierend auf den alternativen Szenarien „geringe Treibhausgasemissionen“ (linke Kästen) und „Business as Usual“ (rechte Kästen).¹¹

Quelle: Lelieveld, Jos/ Zittis, George

gen Jahren Wasserstoff auch nach Nordeuropa fließen, der auf den Abrahams-Friedensprozess zurückgeht.

Israel und der arabische Raum: Chancen für wirtschaftliche Integration

Bei der wirtschaftlichen Binnenintegration des Nahen Ostens besteht zwar Nachholbedarf, sie bietet allerdings auch große Chancen. Eines fällt im Vergleich zwischen Europa und dem Nahen Osten auf: Der prozentuale Anteil des Handels mit der eigenen Region liegt bei Staaten des Nahen Ostens deutlich niedriger als bei europäischen Staaten, deren Handelsbeziehungen von fast 75 Jahren europäischer Integration geprägt sind.

Bereits in den 1990er Jahren versuchten die USA, Anreize zur Handelsintegration als politisches Instrument im Nahen Osten einzusetzen. Mit dem 1996 vom US-Kongress verabschiedeten Qualifying Industrial Zone Protocol führten die USA Zoll- und Einfuhrquotenfreiheit für Produkte aus Ägypten, Jordanien und den Palästinensischen Gebieten ein, wenn diese mindestens 11,7% an israelischem Input beinhalten.¹⁵ Dieser Ansatz bietet sich auch für die europäi-

sche Seite im Rahmen des Abraham-Prozesses an. Die bestehenden Verträge könnten so wirtschaftlich verankert sowie Anreize für den Abschluss neuer Abkommen gesetzt werden.

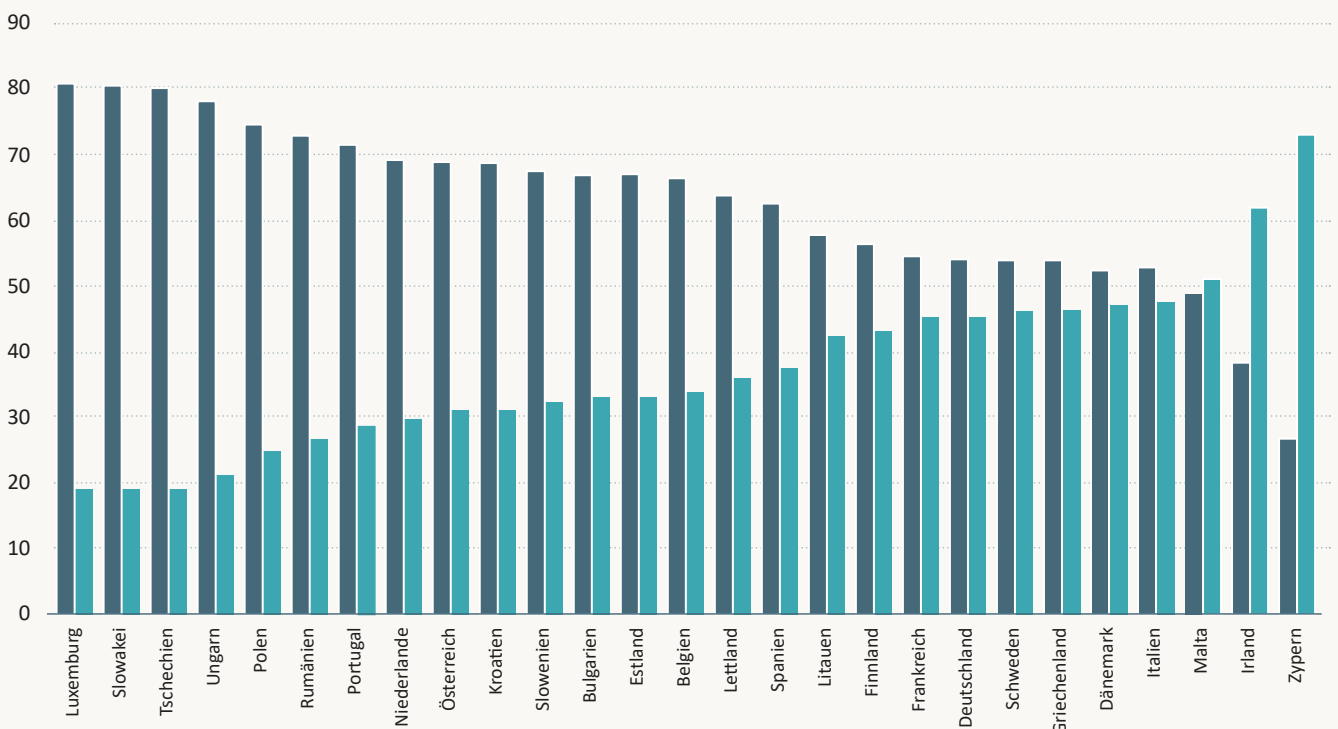
Weiterhin ist offen, inwiefern die Abraham-Abkommen für Fortschritte im Friedensprozess mit der palästinensischen Seite genutzt werden können. Von arabischer Seite stellen die Abraham-Abkommen eine Abkehr von der bisherigen Position dar, die Normalisierung der Beziehungen von einer Lösung des Konflikts abhängig zu machen. Dies geschah auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Fortschritte im Friedensprozess momentan unrealistisch erscheinen und dass kurz- bis mittelfristig realisierbare Schritte in erster Linie im wirtschaftlichen Raum zu suchen sind. Dieser pragmatische Ansatz zielt darauf ab, der israelischen Seite gesteigerte Sicherheit und der palästinensischen weitere wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Die Abraham-Abkommen sind daher nicht in erster Linie als Prozess der wirtschaftlichen Integration zwischen den prosperierenden Staaten VAE, Bahrain und Israel

Quelle: Eurostat (online data code: DS-057009)

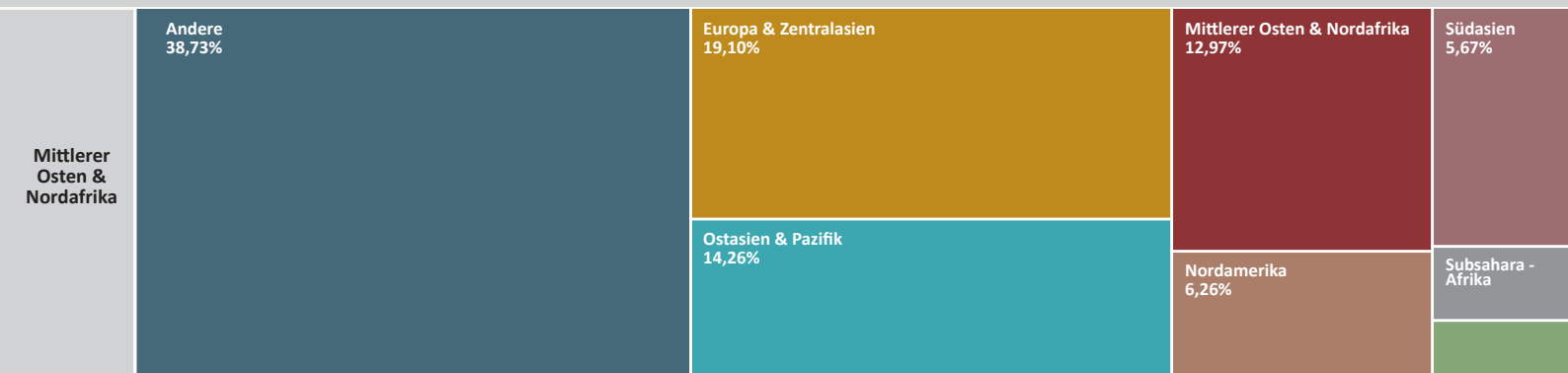
WARENEXPORT DURCH EU-MITGLIEDSTAATEN (2021):

Export in andere EU-Mitgliedstaaten ■ Export in Staaten außerhalb der EU ■ Anteil in Prozent



ZUSAMMENSETZUNG DER EXPORTE AUS DEM MITTLEREN OSTEN UND NORDAFRIKA (MENA-RAUM) NACH ZIELREGIONEN, 2016

Quelle: World Integrated Trade Solution



zu sehen: Der Prozess bietet das Potenzial, die Region unter Einbeziehung verschiedener Partner wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Nahen Osten vor enorme Herausforderungen gestellt, welche sich nicht zuletzt in steigenden Lebensmittelpreisen und Stromengpässen äußern. Israels ausgeprägte Expertise in den Bereichen Agri-Tech und Climate-Tech – von dürreresistenten Getreidesorten bis zur Meerwasserentsalzung – und Zusammenarbeit im Energiebereich bergen das Potenzial, den Nahen Osten langfristig für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu rüsten.

Russland und China im Nahen Osten: Die Abraham-Abkommen als Gegenstück zum Hegemonialstreben undemokratischer Kräfte

Der Nahe Osten war nie frei von äußerer politischer Einflussnahme. Die Vereinigten Staaten haben insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges eine entscheidende Rolle gespielt. Seit 2015 konnte sich Russland zunehmend erfolgreich als Macht im Nahen Osten positionieren. Durch seine Intervention im syrischen Bürgerkrieg ab September 2015 gewann Russland auch gegenüber Israel an Einfluss. Das Vorgehen gegen iranische Kräfte in Syrien ist für Israel aufgrund der dort aktiven russischen Luftabwehr nur im Übereinkommen mit Moskau möglich.

Die so erlangte Macht lässt sich Russland durch Zugeständnisse teuer bezahlen. Angesichts des Krieges in der Ukraine stellt sich jedoch die Frage, inwiefern Russland sein Engagement im Nahen Osten mittel-

fristig aufrechterhalten kann. Einerseits bietet dies eine Gelegenheit für demokratische Kräfte, stärker die Initiative in der Region zu übernehmen. Andererseits birgt es Konfliktstoff, wie die Eskalation des Nagorno-Karabach-Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien Mitte September 2022 zeigt. Unter dem Eindruck der russischen Niederlage in der Oblast Charkiw brach der durch russische Intervention beendete Konflikt erneut auf. Ein Abnehmen russischen Einflusses kann sowohl eine Chance für demokratische Staaten als auch eine Gelegenheit für China und den Iran sein, ihre Machtstellungen auszubauen.

Die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten richtet sich seit einigen Jahren verstärkt auf den indopazifischen Raum und damit weniger auf den Nahen Osten. Derweil wächst der chinesische Einfluss im Nahen Osten. Mit dem 25-jährigen Kooperationsprogramm schlossen China und der Iran im März 2021 eine langfristig angelegte Partnerschaft. Durch seine militärischen Komponenten bietet das Kooperationsprogramm China die Chance, seinen regionalen Einfluss auszubauen. Die wirtschaftliche Rolle im Iran ist bereits groß, sodass China von einem Neuabschluss des Atomabkommens auch wirtschaftlich profitieren würde.¹⁶ Mit der erfolgreichen Vermittlung des Normalisierungsabkommens zwischen dem Iran und Saudi-Arabien im März 2023 machte die Volksrepublik darüber hinaus seinen Gestaltungsanspruch in der Region deutlich.¹⁷

Dem Prozess der Abraham-Abkommen kommt vor diesem Hintergrund eine neue Rolle zu: Es geht in

dieser Konstellation auch um die Frage, ob Vermittlerrollen in der Region zukünftig weiterhin von demokratischen Kräften übernommen werden. Die durch China vermittelte Normalisierung der saudi-iranischen Beziehungen ist somit auch ein Gegenstück zu den Abraham-Abkommen.

Saudi-Arabien: Der nächste Kandidat für die Abraham-Abkommen?

Für die israelische Regierung stellt die Normalisierung der Beziehungen mit Saudi-Arabien eine außenpolitische Priorität dar. Im November 2020 (und damit in der Hochphase der Vermittlung der Abraham-Abkommen) sorgte ein geheimer Besuch Benjamin Netanjahus in Saudi-Arabien für Aufsehen.¹⁸ Kronprinz Mohammed Bin-Salman wird – im Gegensatz zu seinem Vater – nachgesagt, in der Frage der Beziehungen mit Israel pragmatisch zu denken. Auch wäre die Normalisierung der Be-

ziehungen zwischen Bahrain und Israel aufgrund des großen Einflusses Saudi-Arabiens in Manama ohne saudische Zustimmung kaum möglich gewesen. Nichtsdestotrotz scheint das Königreich

gewillt, diesen Schritt nur im Gegenzug für erhebliche Zugeständnisse zu gehen. Im Austausch für eine Normalisierung der Beziehungen verlangte Saudi-Arabien von den Vereinigten Staaten neben Sicherheitsgarantien auch Hilfe bei dem Aufbau eines zivilen Atomprogramms.¹⁹

Saudi-Arabien ist aus vielerlei Hinsicht ein besonders relevanter Partner. Nicht nur spielt das Land kulturell eine wichtige Rolle für die gesamte arabische Region. Auch geographisch nimmt es eine besondere Rolle ein: Als Brückenland bietet es neue Möglichkeiten für die wirtschaftliche Integration. Der Bau von Bahntrassen vom Mittelmeer bis an den Persischen Golf wäre so beispielsweise denkbar.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Nahe Osten steht – wie die gesamte Welt – angesichts der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen vor enormen politischen Herausforderungen. Die Abraham-Abkommen bieten Europa eine Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen, um Stabilität und Wohlstand in der Region – auch im eigenen Interesse – auszubauen.

Auch in Europa stellen die geopolitischen Veränderungen im Rahmen der Zeitenwende eine neue Herausforderung dar. Osteuropa spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle für die europäische Sicherheit. Jedoch hat der russische Einmarsch in die Ukraine auch die Relevanz des Nahen Ostens verstärkt. Nicht nur bietet der Ab-

raham-Prozess die Möglichkeit, durch Wissens- und Technologietransfer die Herausforderungen der europäischen Energiekrise anzugehen. Auch ist Europa auf die Zusammenarbeit mit arabischen Staaten angewiesen, um die Verfügbarkeit von Öl und Gas auf dem Weltmarkt sicherzustellen. Nicht zuletzt bieten die Abraham-Abkommen auch die Möglichkeit, der sich ausweitenden russisch-iranischen Zusammenarbeit zu begegnen, die auch in der Ukraine immer offener zutage tritt.

Um die Abraham-Abkommen für regionale und überregionale Zusammenarbeit zu nutzen, muss Europa eine aktive Rolle übernehmen. Angesichts der in den indopazifischen Raum verschobenen

Aufmerksamkeit Amerikas sollte Europa dem Nahen Osten ohnehin eine größere außenpolitische Priorität einräumen. Nur so kann verhindert werden, dass die Entwicklung der Region von autoritären Staaten dominiert wird.

Für Europa steht im Nahen Osten viel auf dem Spiel. Die Auswirkungen des Klimawandels drohen zur sozio-ökonomischen Instabilität beizutragen: Die Rolle der Dürre der späten 2000er Jahre als Faktor des Ausbruchs des Syrischen Bürgerkrieges und damit auch der Flüchtlingskrise in Europa zeigt, um wieviel es geht. Ein Zusammenführen des ClimateTech-Leaders Israel mit der restlichen Region kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wie können die Abraham-Abkommen zu Stabilität im Nahen Osten und Europa beitragen?

Bei diesem Report handelt es sich um die Zusammenfassung der Diskussionen und Handlungsempfehlungen des ersten Roundtables des Strasbourg Forums 2023. Dieser fand am 27. April 2023 in Berlin statt und behandelte die Abraham-Abkommen – Verträge über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko sowie dem Sudan. Mehr als zwei Jahre nach ihrer Unterzeichnung ging es um Zukunftsperspektiven für eine aktive Rolle Europas.

Das Strasbourg Forum ist ein von ELNET veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern sowie weiteren Experten einen vertiefenden politischen Austausch ermöglicht. Mit zwei Roundtables in Berlin und Paris und dem Summit in Straßburg bieten die ELNET-Büros in Berlin und Paris die Möglichkeit für einen neuen deutsch-französischen Impuls zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Handlungsempfehlungen

- ▶ Wahrnehmung einer aktiveren europäischen Rolle im Nahen Osten im Kontext der Abraham-Abkommen.
- ▶ Vermittlung und Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen Israel und dem arabischen Raum in Bereichen wie Energie- und Wasserwirtschaft, Cybersicherheit sowie Wissenschaft und Forschung.
- ▶ Förderung von Initiativen zur wirtschaftlichen Binnenintegration und dem Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der Region.
- ▶ Unterstützung der Integration weiterer Partner in den Prozess der Abraham-Abkommen.
- ▶ Verknüpfung der Dynamik des Abraham-Prozesses mit Bemühungen im israelisch-palästinensischen Kontext. Einbindung der palästinensischen Seite in neu entstehende wirtschaftliche Dynamiken.
- ▶ Aktive Nutzung des „Kleeblatt-Formates“ (Deutschland, Frankreich, Jordanien und Ägypten) für die Vertiefung der Normalisierung der Beziehungen Israels mit dem arabischen Raum.
- ▶ Einrichtung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe in der Französischen Nationalversammlung und im Senat nach dem Vorbild des Parlamentskreises Abraham Accords im Deutschen Bundestag.

Die Abraham-Abkommen: Paradigmenwechsel in der Nahostpolitik

Mehr als zwei Jahre ist es nun her, dass mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (13. August 2020), Bahrain (11. September 2020), Marokko (10. Dezember 2020) und dem Sudan (7. Januar 2021) vier arabische Staaten Normalisierungsabkommen mit Israel schlossen.

Damit gelang etwas, das viele Beobachter lange Zeit für unmöglich gehalten hatten – eine Zeitenwende im Nahen Osten. Vor August 2020 lag die Vermutung kaum nahe, dass die Abkommen eine Dynamik entfalten würden, wie es seit den Oslo-Verträgen 1993 und den späteren Verhandlungen in Camp David 2000 wohl keinen anderen Vereinbarungen zwischen Israel und seinen Nachbarn gelungen ist. Sie stellen einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel gegenüber der Nahostpolitik der letzten Jahrzehnte dar, indem sie eine Normalisierung der Beziehungen Israels zu seinen Nachbarstaaten ermöglicht haben, ohne dass hierfür die vorherige Gründung eines palästinensischen

Staates zur Bedingung erklärt wurde.

So entsteht die Möglichkeit, bereits im Vorfeld einer Lösung des Konfliktes Fortschritte in einzelnen Politikfeldern zu erreichen und so auf mittel- bis langfristige Ansätze hinzuarbeiten.

Europas Verantwortung für den Nahen Osten

Einigkeit bestand unter den Teilnehmern bezüglich der Tatsache, dass sich die USA aus dem Nahen Osten zurückziehen. Es wäre daher ein Fehler, weiterhin primär auf die Vermittlerrolle Washingtons zu setzen, um

Fortschritte in der Normalisierung der Beziehungen zu erwirken. Es bestand Konsens, dass eine Chance und Verpflichtung für Europa bestehe, neue Machtlücken im Nahen Osten durch eine aktivere Politik gegenüber der Region zu füllen.

Dies sei auch vor dem Hintergrund einer sich vertiefenden Kooperation zwischen Russland und China wichtig. Insbesondere die Volksrepublik erwecke häufig den Eindruck, rein nach ökonomischen Gesichtspunkten zu handeln, verfolge in der Region aber seit langem auch geopolitische Interessen. Als „Motor“ der europäischen Politik könnten und sollten Deutschland und Frankreich dem Einfluss autoritärer Kräfte entgegenwirken. Europa müsse auch hier lernen, geostrategisch zu handeln. Die Teilnehmer betonten, der russische Angriff auf die Ukraine habe hier eine neue Dynamik entfaltet. Es bestehe nun eine Chance auf aktiveres außenpolitisches Handeln, nicht nur in Bezug auf die Ukraine.

Aktuell sei Europa daran durch seine politischen Strukturen und Entscheidungsabläufe häufig noch gehindert. Fehlende gemeinsame Positionen und langwierige Entscheidungsfindung führten dazu, dass Europa in der Region weniger schlagkräftig aufträte als es könnte. Auch Deutschland und Frankreich seien hier nicht immer einer Meinung, was außenpolitisches Handeln zusätzlich erschwere. Der mühsame Prozess der europäischen Kompromissfindung führe aber immer wieder auch zu beachtlichen Erfolgen. So sei beispielsweise die Wiederaufnahme des Assoziationsrats EU-Israel nach etwa zehnjähriger Pause auf stete Überzeugungsarbeit in deutsch-französischer Kooperation zurückzuführen.

Über konkrete Maßnahmen hinaus könne die EU aber auch als historisches Beispiel Wirkung entfalten. Schließlich ist sie selbst Produkt eines jahrzehntelangen Prozesses der Aussöhnung ehemals feindlich gesinnter Staaten. Insbesondere die deutsch-französische Freundschaft könne hier beispielgebend sein. Von Expertenseite wurde herausgestellt, dass den Abraham-Abkommen im Nahost-Kontext eine ebenso historische Bedeutung zukomme wie der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Man müsse allerdings auch verstehen, dass solch langanhaltende Konflikte nicht von einem Tag auf den anderen gänzlich aus der Welt zu schaffen seien.

Neue Impulse für den Prozess der Abraham-Abkommen

In der Diskussion wurde betont, dass die Abkommen in vielen Bereichen durch konkrete Initiativen mit Leben erfüllt worden seien. Der Elan des Neubeginns sei allerdings in einigen Feldern mittlerweile erlahmt, so dass hier eine neue Dynamik entfaltet werden müsse. Auch wenn bei einigen die Meinung vorherrschte, Israel brauche bei dieser Aufgabe wenig Unterstützung aus Europa, stellte die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer doch die Rolle europäischer Partner heraus. Dabei kamen eine Reihe verschiedener Kooperationsfelder zur Sprache.

Im Energiebereich ist aktuell durch den russischen Angriff auf die Ukraine vieles in Bewegung geraten. Europa muss seine Energieversorgung diversifizieren, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Unter den Teilnehmern herrschte Konsens, dass dem Nahen Osten in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zukommt. Das im vergangenen Jahr unterzeichnete Gasabkommen zwischen Israel, Ägypten und der Europäischen Union zur Ausfuhr von israelischem Flüssiggas an Europa über ägyptische LNG-Terminals könnte hier als Vorbild dienen. Auch im Bereich der Wasserversorgung sehen die Teilnehmenden großes Potenzial. Der Green Blue Deal, der – unter Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate – Jordanien mit israelischem Trinkwasser und Israel mit jordanischem Solarstrom versorgt, wurde hier erneut als Beispiel herausgehoben. Ähnliche Projekte seien mit weiteren Partnerstaaten denkbar.

Auch in Wissenschaft und Forschung seien Kooperationen möglich. Israel sei hier in vielerlei Hinsicht an der Weltspitze. Arabische Staaten hingegen seien zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, ihre auf der Nutzung fossiler Ressourcen aufgebauten Wirtschaftsmodelle in eine klimaneutrale Zukunft zu transformieren. Israels Wissenschafts- und Forschungssektor, der weltweit als Innovationstreiber hohe Anerkennung genießt, könne hier ein attraktiver Kooperationspartner sein. Unter europäischer Vermittlung seien Projekte denkbar, die sowohl die Abraham-Abkommen mit Leben füllen, als auch auf klimapolitische Ziele abzielen könnten.

In der Diskussion kam zudem auch die Cybersicherheit als Bereich für engere Kooperationen zur Sprache. Die

Verantwortlichen aus Israel, Bahrain, Marokko, den VAE und den USA trafen sich zuletzt im Februar auf einer Konferenz in Tel Aviv. Die Länder eint, dass sie sich alle verstärkt Cyberangriffen aus Russland, China und dem Iran ausgesetzt sehen. Hier bestünden also klare gemeinsame Interessen, die eine vertiefte Zusammenarbeit ermöglichen. Die französischen Teilnehmenden berichteten von der Einrichtung des französischen „Cyber Campus“, der in Paris die Expertise auf diesem Gebiet bündeln und neue Innovationen fördern soll. Kooperationen mit dem Campus oder vergleichbaren Institutionen seien sehr gut vorstellbar.

Die Zukunft der Abraham-Abkommen

Bei der Unterzeichnung der Abraham-Abkommen bestand die Hoffnung, dass der Normalisierungsprozess im Laufe der Zeit auf andere Staaten ausgedehnt werden kann. Die ursprüngliche Dynamik sei auch durch die Bedrohung durch den Iran und schiitische Bewegungen in der Region zustande gekommen, wurde betont. Irans Atomprogramm wurde seit 2020 weiter vorangetrieben. Um vor diesem Hintergrund dem Prozess neuen Schwung zu verleihen, sollte Europa eine aktive Rolle bei der Erweiterung des Abraham-Kreises spielen. Aktuell strebt Israel eine Normalisierung mit Saudi-Arabien an. Ein Experte sah dieser Annäherung optimistisch entgegen, da das Wirtschaftsmodell Saudi-Arabiens sich langfristig nicht halten können. Dies mache eine Zusammenarbeit mit Israel unumgänglich, um die Abhängigkeit vom Handel mit Öl zu reduzieren. Diese wirtschaftliche Neuausrichtung werde sich auch strategisch niederschlagen, trotz der jüngsten Annäherung Saudi-Arabiens an den Iran.

Der Nahe Osten lasse sich unterteilen in wirtschaftlich erfolgreiche Länder mit gemeinsamen Handelsinteressen, sowie „failed states“, bei denen Kooperation durch die innenpolitisch unsichere Lage und wirtschaftliche Schwäche erschwert sei. Ein Teilnehmer betonte, dass kurzfristig keine Erweiterung des Abraham-Kreises zu erwarten sei. Umso mehr müsse man die bereits erreichten Abkommen verstärkt mit Leben füllen und eine Stagnation oder gar Rückschritte verhindern. Andere Teilnehmer waren der Ansicht, es gebe mit Algerien, Tunesien und dem Oman durchaus weitere potenzielle Partner für zusätzliche Abkommen.

Die Debatte drehte sich zudem auch um die Frage, wie über den Prozess der Abraham-Abkommen auch Fortschritte im Friedensprozess mit den Palästinensern erreicht werden könnten. Ein Zurück zum veralteten Ansatz, nach dem es erst Fortschritte in den Beziehungen mit den Palästinensern geben müsse, bevor von arabischer Seite über eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel nachgedacht werden könne, dürfe es auf keinen Fall geben. Dennoch müsse versucht werden, die Palästinenser – beispielsweise über ökonomische Projekte – in den Prozess einzubinden. So könnten die Lebensbedingungen in den palästinensischen Gebieten verbessert werden.

Der Nahe Osten im Wandel:

Wie kann Europa aktiver werden?

Die deutschen und französischen Teilnehmer tauschten sich darüber aus, durch welche operativen Maßnahmen eine aktivere europäische Rolle im Prozess der Abraham-Abkommen erreicht werden könnte. Die französischen Teilnehmenden zeigten sich dabei sehr an der Arbeit des deutschen Parlamentskreises Abraham Accords interessiert, der als überfraktionelles Gremium den involvierten Abgeordneten die Möglichkeit zu tiefgreifender Beschäftigung mit dem Thema bietet. Die französischen Teilnehmer wünschten sich einen solchen Zusammenschluss auch in der französischen Nationalversammlung sowie im Senat.

Auf Regierungsebene sahen Vertreter beider Seiten erhebliches Potenzial für weitergehendes Engagement. Hier sah man unter anderem die Möglichkeit, sich im Rahmen des vom damaligen Bundesaußenminister Heiko Maas ins Leben gerufenen Kleeblatt-Formats bestehend aus Frankreich, Deutschland, Jordanien und Ägypten für dieses Ziel einzusetzen. Das Format könne helfen, Bemühungen um Fortschritte im israelisch-palästinensischen Konflikt mit dem Abraham-Prozess zu verknüpfen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um weitere muslimische Staaten zur Normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen mit Israel zu bewegen. Die französischen Teilnehmer sahen Frankreich insbesondere in der Verantwortung, zum Normalisierungsprozess zwischen Israel und Tunesien sowie Algerien beizutragen. Solche Projekte seien geeignete Wege, sich im europäischen Zusammenhang stärker einzubringen.

Energiekrise: Herausforderung für Europa und den Nahen Osten zugleich

Der Energiesektor verändert sich rapide. Der Klimawandel und die russische Invasion der Ukraine sorgen dafür, dass sich die Energieversorgung in Europa fundamental verändert. Die hohe Abhängigkeit von Erdgasimporten aus Russland hat Europa unbestreitbar geschwächt. Um dieser Situation zu begegnen, versucht es, seine Energiequellen zu diversifizieren, indem es die Entwicklung erneuerbarer Energien fördert, Energieeffizienzmaßnahmen ergreift und Zusammenarbeit stärkt. Israel und dem Nahen Osten kommen in diesem Zusammenhang wichtige Rollen zu. Aufgrund ihrer geographischen Lage sowie den meteorologischen Bedingungen eignet sich die Region beispielsweise hervorragend für den Ausbau von Solarenergie. Aber auch den Gasvorkommen der Region kommt als schnellem Ersatz für russisches Gas eine herausgehobene Stellung zu. Der Erfolg von Europas angestrebter doppelter Transformation aus klimaneutralem Umbau sowie einer Diversifizierung der Lieferanten hängt auch davon ab, ob es seine Partner im Nahen Osten kooperativ einbindet. Israel steht dabei als Innovationstreiber in der Region an prominenter Stelle.

Die Energiemärkte werden aktuell weltweit von autoritär regierten Staaten dominiert. Europa ist noch nicht stark genug, um sich von ihnen unabhängig zu machen. Mittel- bis langfristig kann jedoch auch die Energiepolitik genutzt werden, um Impulse für eine Außenpolitik zu setzen, welche dem Einfluss von Staaten wie China und Russland entgegenwirkt. Insbesondere die Volksrepublik wird im Nahen Osten immer aktiver. Dies schließt auch den Energiesektor ein. Projekte wie die im Mai 2023 vereinbarte Zusammenarbeit in der Kernenergie zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und China zeigen dies.¹ Ein weitergehendes europäisches Engagement in der Energiepolitik des Nahen Ostens bietet somit eine Möglichkeit, in der Region auch außenpolitisch handlungsbereit zu bleiben. Zielsetzungen mehrerer Politikfelder kommen so zusammen: Die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen, die Sicherung

der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch erschwingliche und verlässliche Energielieferungen sowie die politische Stabilisierung des Nahen Ostens und Europas.

Energieversorgung in der doppelten Transformation: Herausforderungen durch Klimawandel und Ukrainekrieg

Der Klimawandel stellt den Energiesektor weltweit vor große Herausforderungen. Das gilt insbesondere für den Nahen Osten, zählt er doch zu den besonders betroffenen Regionen. Zu den vorhergesagten Folgen für die Länder der Region zählen verstärkte Wüstenbildung, der Verlust von Biodiversität, zunehmende Wasserknappheit sowie steigende Meeresspiegel. Diese Faktoren befördern den Bodenabtrag, Ernährungsunsicherheiten und Migrationsbewegungen. Eine Studie der NASA prognostizierte jüngst, dass Teile des Nahen Ostens schon im Jahr 2050 praktisch nicht mehr bewohnbar sein könnten.² Andere Studien gehen von einem Temperaturanstieg von bis zu 5 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts aus.³

Um die Auswirkungen des Klimawandels auf ein Minimum zu reduzieren, braucht es einen schnellen Umbau der Energieversorgung. Hier steht Europa derzeit besser da als Israel und der Nahe Osten. Auch wenn im vergangenen Jahr Kohle noch immer der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung in Deutschland war, betrug der Anteil erneuerbarer Energieträger insgesamt 46,3 Prozent im deutschen Strommix. Den größten Anteil machte mit 24 Prozent dabei die Windkraft aus, dahinter folgte Solarstrom mit 10,6 Prozent. Gegenüber 2021 stieg der Anteil erneuerbarer Energien damit um fast neun Prozent. Die Stromerzeugung aus Erdgas ging stark zurück.⁴ In der Bilanz importierte Deutschland 2022 etwas weniger und exportierte etwas mehr Strom als im vorausgegangenen Jahr.

In Frankreich kommt der Kernkraft die größte Rolle im Energiemix zu. Im vergangenen Jahr trugen Atomkraftwerke rund 63 Prozent der Stromproduktion bei. Nur etwa ein Viertel des Stroms stammt aus erneuerbaren Energieträgern, unter denen Wasserkraft mit elf Prozent vor Windkraft mit 8,6 Prozent und Solarenergie mit 4,2 Prozent liegt.⁵ Traditionell ist Frankreich Stromexporteur, musste diese Rolle allerdings 2022 kurzzeitig abgeben. Seit Anfang 2023 rangiert Frankreich wieder als Nettoexporteur.⁶ Die deutsche Bundesregierung hat gesetzlich das Ziel verankert, die Stromerzeugung bis 2045 klimaneutral zu gestalten. Dazu sollen bis 2030 rund 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommen.⁷

Auch Frankreich wird die erneuerbaren Energien kräftig fördern müssen, wenn es seine Ausbauziele – 33 Prozent erneuerbare Energien bis 2030⁸ – erreichen und gleichzeitig den Anteil der Kernkraft am französischen Strommix bis 2035 auf 50 Prozent reduzieren möchte.⁹

Auch der Nahe Osten durchläuft eine Energiewende. Israel bezieht allerdings aktuell nur rund sieben Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien. Solarenergie macht dabei mit rund sechs Prozent den überwiegenden Anteil aus, während fossile Energieträger wie Gas (67 Prozent) und Kohle (26 Prozent) noch immer den Großteil stellen.¹⁰ Die israelische Regierung hat sich dennoch klaren Ausbauzielen verschrieben. So soll der Anteil erneuerbarer Energieträger am Strommix des jüdischen Staates bis 2025 auf 20 Prozent steigen. 2030 sollen es bereits 30 Prozent sein.¹¹ 17,1 GW Strom müssen dafür im Jahr 2030 allein Solaranlagen produzieren; 2025 sollen es schon 9,8 GW sein. Vor dem Hintergrund, dass die Leistung

2021 gerade einmal 3,6 GW betrug, ist dies ein ambitioniertes Ziel. Die Stromerzeugung aus Kohle soll dagegen bis Ende 2025 eingestellt werden. Gaskraftwerke bleiben vorerst als Back-Up-Lösung erhalten.¹² Neben die Herausforderung des Klimawandels tritt spätestens seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine ein Abbau bestehender Abhängigkeiten von Russland als ebenso wichtige Aufgabe. Deutschland hat den Import von russischem Erdöl und Erdgas im ersten Jahr nach Kriegsbeginn bereits um 99,8 Prozent gesenkt, Kohle-Importe um 92,5 Prozent.¹³ Auch in Frankreich lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten, auch wenn die Abhängigkeit dort von Beginn an kleiner war. Im Herbst 2022 ließ Wirtschaftsminister Bruno Le Maire allerdings verkünden, dass sich Frankreich auf ein komplettes Ende der russischen Gaslieferungen vorbereite.¹⁴

Entscheidend wird sein, Alternativen der Energiegewinnung zu finden, wie etwa die Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz, eine Diversifizierung von Energiequellen sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit bei neuen Technologien. Israel bietet sich hier als Kooperationspartner an. Das Land hat in den vergangenen Jahren erhebliche Erdgasreserven erschlossen. Kollaborative Energieprojekte wie (wasserstofffähige) Gaspipelines oder der Export von verflüssigtem Erdgas (LNG) können Europas Energiequellen diversifizieren. In diese Richtung weist beispielsweise das Memorandum, welches die Europäische Kommission, Ägypten und Israel im Juni 2022 über die Verschiffung israelischen Flüssiggases von Ägypten nach Europa unterzeichnet haben.¹⁵

INFO

In Europa hat sich das Bewusstsein etabliert, dass Russland seine Position in der Energieversorgung als Druckmittel einsetzt. Dies bringt auf regionaler und globaler Ebene mehrere Herausforderungen mit sich:

- Die Militarisierung von Energieressourcen trägt zur regionalen Instabilität bei, indem sie Spannungen und Konflikte zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern sowie Nachbarstaaten schafft.
- Länder, die von Energieressourcen aus militarisierten Regionen abhängig sind, werden anfällig für Versorgungsunterbrechungen und damit einhergehende wirtschaftliche und soziale Turbulenzen.
- Die Militarisierung der Energieressourcen ist mit erheblichen Militärausgaben verbunden, sowohl für den Schutz der Energieinfrastruktur als auch für Operationen zur Sicherung der Ressourcen.
- Militärische Aktivitäten im Zusammenhang mit der Sicherung von Energieressourcen haben negative Umweltauswirkungen wie die Schädigung von Ökosystemen oder Wasser- und Bodenverschmutzung zur Folge.

Israels Rolle in strategischen Infrastrukturprojekten und grünen Initiativen

Israel hat bedeutende technologische Fortschritte erzielt, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Weitergabe dieses Fachwissens kann wichtige Beiträge zu Europas strategischen Infrastrukturprojekten und grünen Initiativen leisten. Insbesondere im Bereich der Solarenergie liegt viel Potenzial in Israel. Die Bedingungen für einen großflächigen Ausbau – Sonneneinstrahlung, wenig Niederschlag, ungenutztes flaches Land in der Nähe großer Strom- und Verkehrsstrassen – sind erfüllt.¹⁶

Den Wert einer engen Kooperation mit dem jüdischen Staat hat Deutschland bereits erkannt. Im März 2022 wurde eine deutsch-israelische Energiepartnerschaft begründet.¹⁷ Im Mittelpunkt dieser Kooperation soll der Ausbau erneuerbarer Energien stehen – hier kommt der Solarenergie eine herausgehobene Rolle zu. Für Frankreich wäre eine offizielle Energiepartnerschaft mit Israel ebenfalls ein attraktives Modell. Erfahrungen aus der deutsch-israelischen Kooperation können helfen, ein solches Programm in die Wege zu leiten.

Ein Problem beim großflächigen Solarausbau liegt in der Speicherung des erzeugten Stroms. Verstärkt

wird die Herausforderung dadurch, dass das israelische Stromnetz weitgehend isoliert ist und wenig Verbindungen zu Nachbarstaaten bestehen, die etwaige Kapazitätslücken ausgleichen könnten. Die israelische Regierung hat darum Maßnahmen getroffen, um die Entwicklung und Nutzung von Speicherkapazitäten zu fördern.¹⁸

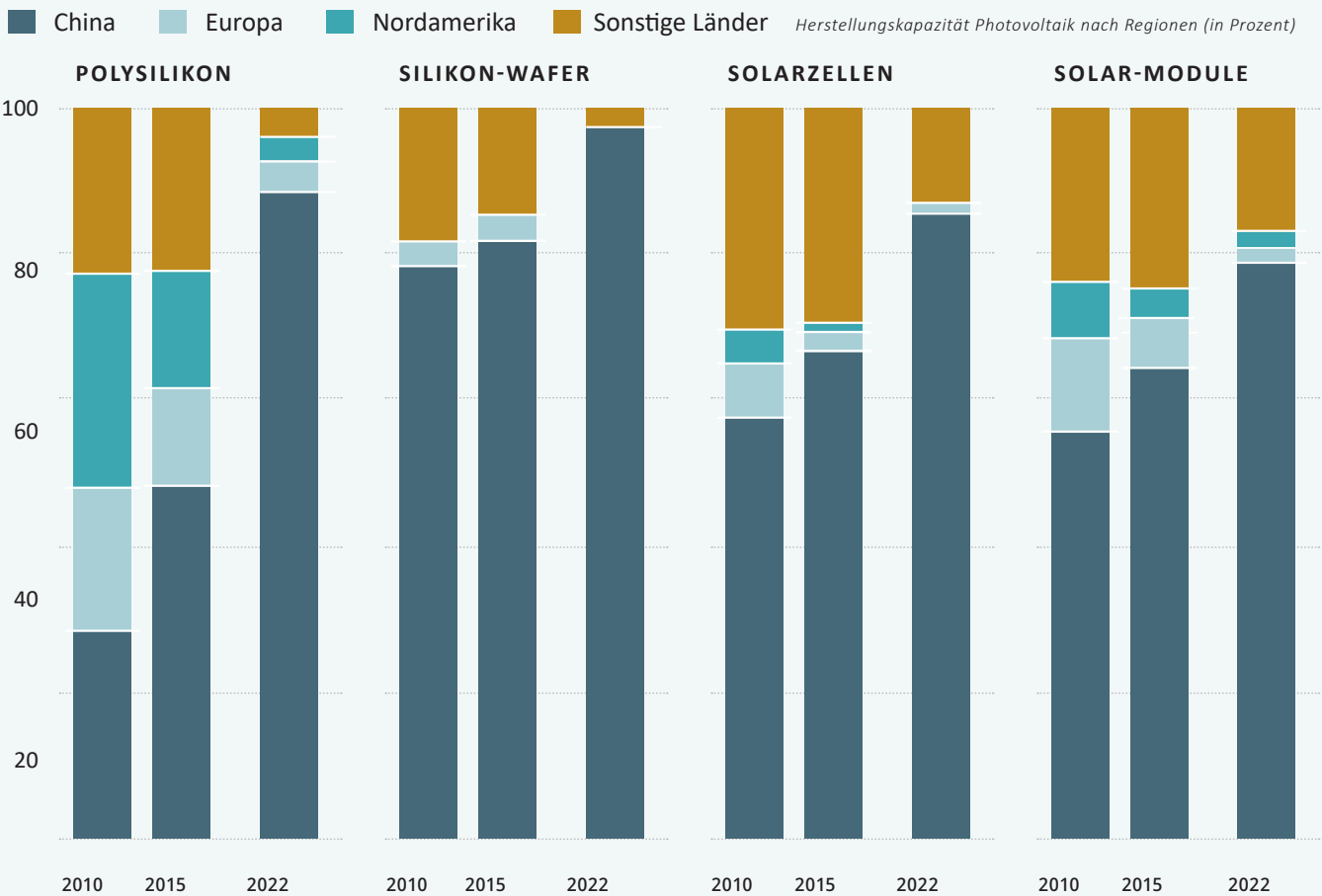
In absehbarer Zeit wird die Anbindung Israels an das europäische Stromnetz durch den EuroAsia Interconnector für Abhilfe sorgen. Über 1.200 Kilometer Kabel sollen die Stromnetze Israels und Europas verbinden. Der Betrieb soll 2026 starten. Die rund 2,5 Milliarden Euro teure Verbindung bietet Israel die Möglichkeit, das eigene Stromnetz aus der Isolation herauszuführen und so auftretende Kapazitätsengpässe leichter auszugleichen.¹⁹

Europa kann durch die Leitung seine Energieversorgung weiter diversifizieren und vom Solarpotenzial der Region profitieren. Dies verdeutlichen auch Kooperationen, die Israel mit weiteren Partnern in der Region eingegangen ist. Im November 2022 schloss Israel mit Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten den sogenannten Green Blue Deal. Israel exportiert zukünftig Trinkwasser aus seinen Entsalzungsanlagen am Mittelmeer nach Jordanien. Das Königreich wiederum liefert Solarstrom nach Israel.

GEPLANTE UNTERSEE-STROMLEITUNGEN ZWISCHEN EUROPA, ASIEN UND AFRIKA



DER PRODUKTIONSANTEIL CHINAS IN DER WERTSCHÖPFUNGSKETTE DER SOLARINDUSTRIE IST ENORM GESTIEGEN



Die VAE sind durch Investitionen in den jordanischen Solarsektor beteiligt.²⁰

Das blühende Startup-Ökosystem Israels hat bereits beeindruckende innovative Lösungen im Energie- und Umweltsektor hervorgebracht. Die Zusammenarbeit mit israelischen Startups kann die Fähigkeiten Europas verbessern und die Einführung grüner Technologien beschleunigen. In Israel sind aktuell über 850 Climate-Tech-Startups beheimatet.²¹ Der Sektor wuchs zwischen 2016 und 2022 um beachtliche 60 Prozent und mobilisierte mehr als drei Milliarden US-Dollar an Venture Capital. Im Fokus steht dabei die Energieerzeugung, neben Landwirtschaft und Mobilität. Auch zur Dekarbonisierung energieintensiver Industrieprozesse wird in Israel an Lösungen gearbeitet.²²

Europa muss sich mit aktuellen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auseinandersetzen, wie zum Beispiel dem Temperaturanstieg, extremen Wetterereignissen sowie dem Anstieg des Meeres-

spiegels. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Infrastruktur, Landwirtschaft, Küstengebieten und anderen sensiblen Bereichen ist von entscheidender Bedeutung. Auch hier lohnt sich aus deutscher wie französischer Sicht der Blick nach Israel. Das Land kämpft schon heute mit vielen der Herausforderungen, denen sich zukünftig auch Europa stellen muss. So hat beispielsweise der israelische Landwirtschaftssektor gelernt, unter den teils wüstenartigen Bedingungen des Landes erfolgreich zu sein. Rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden in der Negev-Wüste produziert, wo dem Wassermangel durch umfangreiches Abwasser-Recycling erfolgreich begegnet wird.²³ Auch im Küstenschutz ist Israel führend.²⁴

Chancen und Herausforderungen für Europa und das deutsch-französische Tandem

Die Herausforderungen für Europa sind nach wie vor groß: Die Treibhausgasemissionen müssen deutlich gesenkt werden, um die im Pariser Abkommen fest-

gelegten Ziele zu erreichen. Das erfordert eine umfassende Energiewende, insbesondere durch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und die Förderung erneuerbarer Energien.

Europa kann jedoch aus der weltweit steigenden Nachfrage nach erneuerbaren Energien Kapital schlagen und eine führende Rolle in diesem Sektor übernehmen. Durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur für erneuerbare Energien würde Europa einerseits die eigene Abhängigkeit von externen Energiequellen verringern und damit gleichzeitig seine strategische Autonomie stärken. Dies gilt insbesondere für den Solarsektor, in welchem China derzeit eine technologische Vormachtstellung innehat. Europa verfolgt auch hier das strategische Ziel einer weitreichenderen Unabhängigkeit. Gemeinsame Solarprojekte mit Israel und dem Nahen Osten, zum Beispiel im Rahmen der Abraham-Abkommen, bieten hinreichende Chancen, die europäische Solarindustrie in einer Schlüsselregion gegenüber China zu positionieren.²⁵

Noch liegen deutsche und französische Positionen in der Energiepolitik in manchen Punkten weit aus-

einander. Politische Kohärenz zwischen Frankreich und Deutschland ist jedoch für die wirksame Umsetzung von energiepolitischen Projekten unumgänglich. Während die deutsche Seite spanische Absichten hinsichtlich einer Positionierung als Wasserstoff-Hub Europas durch Projekte wie die Midcat-Pipeline unterstützte, trat Frankreich hier bislang zurückhaltend auf.²⁶ Aus politischer Sicht ist dabei bedeutsam, dass Marokko die Absicht verfolgt, sich in Kooperation mit Spanien zum Wasserstoffproduzenten zu entwickeln. Dies erfolgt nicht zuletzt in Zusammenarbeit mit Israel. Am Rande der COP-27-Konferenz wurden umfangreiche Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen, beispielsweise zwischen der marokkanischen Gaia Energy und dem israelischen Wasserstoffspezialisten H2Pro.²⁷ Um die friedenspolitischen Impulse dieser Entwicklung zu fördern, sollten Deutschland und Frankreich gemeinsam eine möglichst weitgehende Integration der iberischen Halbinsel und Marokkos in das europäische Energienetz anstreben: Eine Politik, die ohnehin im Sinne der Bekämpfung des Klimawandels und erschwinglicher Energiepreise in Europa ist.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Status quo der europäischen Energiepolitik ist unbefriedigend. Durch die aktuelle Abhängigkeit von fossilen Energieträgern profitieren autoritäre Staaten, deren finanzielle Mittel auf Exporten nach Europa basieren. Gleichzeitig sind die Folgen des Klimawandels bereits heute evident. Das Vorantreiben der Energiewende ist daher aus mehreren Gründen im europäischen Interesse.

Noch ist die Energiezusammenarbeit mit dem Nahen Osten von Öl und Gas geprägt. Dies umfasst seit Juni 2022 auch den Export von LNG-Gas aus Israel über Ägypten nach Europa. Mittelfristig kann Israel jedoch als Technologievorreiter eine Schlüsselrolle bei der grünen Transformation spielen. Im Rahmen der deutsch-israelischen Energiepartner-

schaft soll dieses Potenzial bereits gehoben werden. Für Frankreich könnten sich durch ein analoges Format vielfältige Möglichkeiten ergeben, von denen ganz Europa profitieren könnte.

Mittelfristig bestehen große Chancen auf Veränderung: Die bereits von der EU bewilligte Unterseestromverbindung von Israel nach Europa schafft Möglichkeiten, die genutzt werden könnten, um europäisch-nahöstliche Projekte nach dem Vorbild des Green Blue Deals umzusetzen. Dies könnte einerseits einen Beitrag zu Stabilität und Frieden leisten und andererseits die zunehmende europäische Nachfrage nach grüner Energie bedienen. Gleichzeitig würde Europa dazu beitragen, die Abraham-Abkommen durch konkrete Projekte weiterzuentwickeln. Gerade

die Normalisierung der Beziehungen zwischen Marokko und Israel bietet neue Möglichkeiten: Nicht zufällig konzentriert sich die Zusammenarbeit hier auf Zukunftstechnologien wie Wasserstoff. Auf europäischer Ebene müssen jedoch die infrastrukturellen Voraussetzungen für solche Projekte geschaffen werden.

Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die eine enge internationale Zusammenarbeit erfordert. Insbesondere Deutschland und Frankreich sollten in der Klimapolitik eine europäische Führungsrolle übernehmen. Der Ende 2023 in Dubai stattfindende COP-28-Gipfel bietet eine historische Chance, um die Zusammenarbeit mit Israel und der arabischen Welt als eine strategische Option auszubauen.

Energiekrise in Europa: Umgang mit den Herausforderungen der Zeitenwende

Der zweite Roundtable des 2. Strasbourg Forums fand am 19. Juni 2023 in Paris statt. Das von ELNET organisierte Format brachte politische Entscheidungsträger und weitere Experten aus Deutschland und Frankreich zusammen, um die Energiekrise und ihre Auswirkungen auf Europa und den Nahen Osten zu diskutieren.

Die Energiekrise stellt aufgrund Europas Abhängigkeit von externen Ressourcen und den damit verbundenen wirtschaftlichen und geopolitischen Auswirkungen eine große Herausforderung dar. Die hohe Abhängigkeit von Erdgasimporten, insbesondere aus Russland, hat sich zweifelsohne als großes Problem erwiesen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten versuchen dieser Situation durch Diversifizierung zu begegnen. Dies schließt die Entwicklung erneuerbarer Energien, Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau der Zusammenarbeit mit

Partnern ein. Dieser Bericht fasst die wichtigsten Punkte zusammen, die während des Roundtables erörtert wurden. Auf diese Weise legt er potenzielle Bereiche der Zusammenarbeit sowie Lösungen zur Bewältigung gemeinsamer Probleme dar.

Das Strasbourg Forum ist ein von ELNET veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern sowie weiteren Experten einen vertiefenden politischen Austausch ermöglicht. Mit zwei Roundtables in Berlin und Paris und dem Summit in Straßburg bieten die ELNET-Büros in Berlin und Paris die Möglichkeit für einen neuen deutsch-französischen Impuls zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Frankreich und Deutschland: Verschiedene Ausgangssituationen, gleiche Herausforderungen

Frankreichs Energiemix wird derzeit durch die Kernenergie dominiert. Die französischen Teilnehmer des Roundtables betonten daher die Notwendigkeit, die Erosion der Kernkraft in Frankreich zu verlangsamen und gleichzeitig in erneuerbare Energiequellen zu investieren. Frankreich stehe vor der Herausforderung, seine Atomindustrie zu erhalten, seine Energiequellen aber gleichzeitig zu diversifizieren und erneuerbare Energien auszubauen.

Das Land strebt zwar in den unterschiedlichsten Bereichen die Produktion von CO₂-armen Technologien an. Viele davon befinden sich allerdings noch im Anfangsstadium der Entwicklung. Die anwesenden Experten hoben zudem hervor, dass sich als Konsequenz aus dem Krieg in der Ukraine russische Energielieferungen von Europa in andere Erdteile verlagert hätten, die dann auf Umwegen dennoch nach Europa gelängen. Für die EU müsse die Dekarbonisierung insgesamt oberste Priorität haben.

- ▶ Einrichtung eines trilateralen Fonds zur Förderung von Energieinnovationen.
- ▶ Bau einer wasserstofftauglichen EastMed-Pipeline zur mittelfristigen Deckung des europäischen Energiebedarfs.
- ▶ Umfassende Nutzung des EuroAsia-Interconnectors zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Strombereich.
- ▶ Nutzung des Prozesses der Abraham-Abkommen für israelisch-arabische Energiekooperation. Zusammenarbeit mit Europa über die neuen Energiebrücken East-Med, EuroAsia Interconnector in diesem Kontext.
- ▶ Einrichtung einer französisch-israelischen Energiepartnerschaft nach dem Vorbild des deutschen Pendants.
- ▶ Einrichtung von Formaten, um die trilaterale Zusammenarbeit bei Solarenergie, Wasserstoff und neuen vielversprechenden Technologien zu koordinieren.

In Deutschland hingegen hat sich die Zusammensetzung der Energieversorgung stark verändert. Das Land ist aus der Kernenergie ausgestiegen und hat in hohem Maße in erneuerbare Energiequellen wie Wind- und Solarenergie investiert. Die anwesenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages betonten, wie wichtig es sei, die sogenannte „Netto-Null“ zu erreichen. Dafür müsse ein Mix von Technologien, einschließlich Elektrifizierung und Wasserstoff, eingesetzt werden. Die Herausforderungen für Deutschland liegen in der Bewältigung des Übergangs zur klimaneutralen Energieversorgung, der Gewährleistung von Netzstabilität und dem Management begrenzter Ressourcen (inklusive Flächen) für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Trotz ihrer unterschiedlichen Energieversorgungssituation stehen sowohl Frankreich als auch Deutschland vor ähnlichen Herausforderungen. Teilnehmer aus beiden Ländern betonten die Notwendigkeit der Diversifizierung von Energiequellen, um Abhängigkeiten von bestimmten Brennstoffen zu verringern und Energiesicherheit zu gewährleisten. Dazu gehören die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, die Erforschung innovativer Technologien und die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen. Die Dekarbonisierung sei eine weitere gemeinsame Herausforderung.

Beide Länder streben an, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und so den Klimawandel zu bekämpfen. Dazu gehören neben dem schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen die Förderung erneuerbarer Energien und die Einführung emissionsarmer und -freier Technologien in verschiedenen Sektoren.

Die Speicherung von Energie hat sich für beide Länder als entscheidende Aufgabe erwiesen. Da erneuerbare Energieerzeugung stets naturbedingten Schwankungen unterworfen ist, sind effektive Speicherslösungen erforderlich, um Angebot und Nachfrage auszugleichen. Die Teilnehmer betonten, wie wichtig die Weiterentwicklung von Energiespeichertechnologien sei, um ein zuverlässiges und flexibles Energiesystem zu gewährleisten. Dies hat aus israelischer Sicht auch deshalb besonders große Bedeutung, da das israelische Stromnetz isoliert ist und keine Verbindungen zu den Nachbarländern bestehen. Ungleichgewichte im Netz lassen sich so nicht ohne weiteres ausgleichen. Schließlich wurden

auch die Rollen Russlands und Chinas erörtert. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass China aus wirtschaftlicher Sicht die größte industriepolitische Herausforderung darstellt, weil das Land massiv in den Nahen Osten investiert und dadurch neue Abhängigkeiten zu schaffen versucht. Russland hingegen sei langfristig nicht in der Lage, Energie im großen Umfang wettbewerbsfähig zu exportieren.

Der industrielle Wettbewerb der Zukunft werde daher zwischen den westlichen Staaten und China stattfinden, nicht Russland. Von deutscher Seite wurde ergänzt, dass die Qualitätsanforderungen an Solarpanels unter Wüstenbedingungen höher seien. Da die europäische Solarpanelindustrie hochwertiger fertige als die chinesische, biete sich hier eine weitere Möglichkeit für die Kooperation mit Israel und dem Nahen Osten.

Das Potenzial der Zusammenarbeit mit Israel in verschiedenen Sektoren

In der Diskussion betonten Experten und Politiker die mögliche Rolle Israels bei der Bewältigung der energiepolitischen Herausforderungen in Frankreich und Deutschland mit Fokus auf drei Schwerpunktthemen:

Solarenergie

Israelisches Know-How im Bereich der Solarenergie wurde von verschiedenen Seiten als wertvoller Vorteil bei der Diversifizierung von Energiequellen herausgestrichen. Das Land ist in zunehmendem Maße auf Solarenergie angewiesen, da diese Energieform den größten Teil des klimaneutralen Umbaus der israelischen Energieversorgung bewerkstelligen soll. Diese Abhängigkeit bringt Herausforderungen mit sich. Sie kann beispielsweise zu Schwankungen im Stromnetz führen, die Israel aufgrund der Isolation seines Energienetzes nicht ohne weiteres durch Import oder Export ausgleichen kann. Für ein Land mit einem vergleichsweise kleinen Schwerindustrie-Sektor und einem zu vernachlässigenden Heizbedarf ist die Solarenergie jedoch zweifellos die beste Option.

Wasserstoff

Auch das Potenzial von Wasserstoff als sauberer und vielseitiger Energieträger kam zur Sprache. In Zukunft könne Wasserstoff als Bindeglied zwischen verschie-

denen Wirtschaftssektoren dienen, so die Teilnehmer. Die Experten hoben Israels Fortschritte in wasserstoffbasierten Technologien hervor, die das Land zu einem potenziellen Impulsgeber für europäische Dekarbonisierungsbemühungen machen. Die Teilnehmer betonten das enorme Potenzial grünen Wasserstoffs und die Notwendigkeit einer Diversifizierung in diesem Bereich. Darüber hinaus wurde in den Diskussionen auch die Pyrolyse als effiziente Methode zur Herstellung von Wasserstoff ohne CO₂-Emissionen erörtert, der großes Potenzial für die Zukunft beigemessen wird.

Europa betrachtet Wasserstoff als zentrales Mittel für die Aufrechterhaltung seiner industriellen Basis in einer klimaneutralen Zukunft. Dabei gilt es jedoch zu vermeiden, während des Übergangs von fossilem Gas zu Wasserstoff neue Abhängigkeiten zu schaffen. Insbesondere Deutschland ist entschlossen, nicht erneut den Fehler zu begehen, sich zu sehr auf einen einzigen Anbieter zu verlassen. Israels Expertise in der Produktion und Nutzung von Wasserstoff können beide Länder daher nutzen, um ihre Dekarbonisierungs- und Diversifizierungsziele zu verwirklichen.

Startup- und Innovationssektor

Israels dynamischer Startup- und Innovationssektor wurde von allen Teilnehmern als wertvolle Ressource für die Bewältigung der Herausforderungen im Energiebereich identifiziert. Sowohl Experten als auch politische Entscheidungsträger würdigten das florierende israelische Startup-Ökosystem und sein Potenzial zur Förderung des technologischen Fortschritts. Die Teilnehmer betonten auch den dringenden Bedarf an weiteren Innovationen in verschiedenen Bereichen.

Die Verwirklichung einer Netto-Null-Zukunft werde ohne wesentliche Innovationen und neue Entwicklungen in unterschiedlichen Technologiebereichen nicht möglich sein. Israels Startups und innovative Lösungen könnten zur Entwicklung von Spitzentechnologien, Energiespeicherlösungen und intelligenten Netzsystemen beitragen und damit die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands um Energiespeicherung und Netzoptimierung unterstützen.

Durch das Auspielen israelischer Stärken in den Bereichen Solarenergie, Wasserstofftechnologien sowie im Startup- und Innovationssektor können Frankreich

und Deutschland von der Expertise und den Fortschritten des israelischen Energiesektors profitieren. Gemeinsame Anstrengungen wie gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsinitiativen, Technologietransfer und Wissensaustausch können die Wirksamkeit dieser Beiträge weiter erhöhen.

Spezifische Projekte zur Intensivierung der Zusammenarbeit

Um das Potenzial der Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Israel zu maximieren, entwickelten die Teilnehmer im Rahmen des Roundtables verschiedene konkrete Handlungsempfehlungen zur Entwicklung gemeinsamer Projekte.

Trilaterale Zusammenarbeit bei Technologien

Experten und Parlamentarier bekräftigten das Potenzial einer trilateralen Zusammenarbeit bei neuen Technologien, um Innovationen im Energiebereich zu fördern und gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Von deutscher Seite wurde dabei das Potenzial für Zusammenarbeit in der Solarenergie und Gastransporttechnologien hervorgehoben. Hier wurde zudem die deutsch-israelische Energiepartnerschaft als Best-Practice-Modell zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen angebracht. In diesem Zusammenhang wurde die Idee geäußert, die Partnerschaft zu einem trilateralen deutsch-französisch-israelischen Format auszubauen.

Alternativ dazu wurde eine französisch-israelische Energiepartnerschaft als mögliches Zukunftsprojekt ins Gespräch gebracht. Deutsche und französische Teilnehmer betonten, dass beide Länder zwar oft hervorragende Forschungsarbeit leisteten, die entwickelten Lösungen aber häufig nicht so schnell und effektiv umgesetzt würden wie erhofft. Durch die Expertise aller drei Länder könnten gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsinitiativen durchgeführt werden, die Wissensaustausch und Technologietransfer fördern. Diese trilaterale Zusammenarbeit könne Fortschritte in den Bereichen der erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und Netzoptimierung beschleunigen.

Einrichtung eines trilateralen Fonds

Die Teilnehmer sprachen darüber hinaus über den hohen Bedarf an finanzieller Unterstützung, um ge-

meinsame Energieprojekte, Startups und innovative Unternehmungen zu fördern. Das Ausmaß der Innovation, das für den Übergang in eine klimaneutrale Zukunft erforderlich ist, erfordert jetzt und in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen. In diesem Zusammenhang erörterten die Teilnehmer die Errichtung eines trilateralen Fonds. Ein solcher von öffentlichen und privaten Akteuren aus Frankreich, Deutschland und Israel unterstützter Fonds könnte die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um gemeinsame Initiativen zur Diversifizierung, Dekarbonisierung und Energiespeicherung voranzutreiben.

Die Finanzierung von Forschung und Entwicklung, wie auch Technologieeinsatz und Kommerzialisierung ließe sich so erleichtern und eine nachhaltige und langfristige Zusammenarbeit gewährleisten. Französische Experten waren der Idee jedoch eher skeptisch gegenüber eingestellt.

***EastMed-Pipeline und EuroAsia Interconnector:
Chancen für eine vertiefte Energiezusammenarbeit
zwischen Europa, Israel und dem Nahen Osten***

Während des Roundtables hoben die Diskutanten auch die Bedeutung von Infrastrukturprojekten für die Verbesserung der Energiezusammenarbeit hervor. Eine wasserstofftaugliche EastMed-Pipeline, die Israel und Zypern mit dem europäischen Festland verbinden würde, wurde als wichtige Möglichkeit zur Deckung des künftigen europäischen Energiebedarfs erkannt. Eine solche Pipeline könnte in einem Übergangszeitraum Erdgas und mittelfristig im Nahen Osten produzierten Wasserstoff nach Europa transportieren. Damit würde sie zur zentralen Drehscheibe für die Lieferung grünen Wasserstoffs und könnte Wasserstoffprojekte ermöglichen, die Israel und seine alten und neuen Partner in der arabischen Welt einschließen.

Der EuroAsia Interconnector, ein geplanter Stromverbund, wurde ebenfalls aufgrund seines Potenzials hervorgehoben, die Integration erneuerbarer Energien zu verbessern und Europa mit einer unabhängigen Stromquelle zu versorgen. Die Verbindung dient damit den beiden zentralen Zielen Europas: Diversifizierung und Dekarbonisierung. Für Israel ist der EuroAsia-Interconnector eine Möglichkeit, die langjährige Isolation des Landes in der Stromversorgung zu beenden. Die Anbindung an das europäische Stromnetz wird

es Israel ermöglichen, Schwankungen bei der Solarenergie leichter auszugleichen und dem Problem der Energiespeicherung etwas von seiner Dringlichkeit zu nehmen. Die Nutzung dieser Infrastrukturprojekte würde die Energiesicherheit stärken, Energiequellen diversifizieren und den Export klimaneutraler Energien erleichtern.

Durch die Förderung der trilateralen technologischen Zusammenarbeit, die Einrichtung eines trilateralen Fonds und die Nutzung der EastMed-Pipeline und des EuroAsia Interconnectors können Frankreich, Deutschland und Israel ihre Zusammenarbeit fördern und Herausforderungen im Energiebereich wirksam begegnen. Diese Projekte bieten Möglichkeiten für gemeinsame Forschung, technologischen Fortschritt und Infrastrukturentwicklung, die in der Energieversorgung den Übergang zu einer nachhaltigen und resilienten Zukunft erleichtern. Durch enge Zusammenarbeit und Koordination können die drei Länder ihr gemeinsames Potenzial maximieren und zur regionalen und globalen Energiewende beitragen.

Zusammenfassung

Der zweite Roundtable des Strasbourg Forums hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Herausforderungen im Energiebereich gemeinsam zu bewältigen. Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen in der Energieversorgung stehen Frankreich und Deutschland vor gemeinsamen Herausforderungen in Bezug auf Diversifizierung, Dekarbonisierung und Energiespeicherung. Israel kann mit seiner Expertise in den Bereichen Solarenergie, Wasserstofftechnologien und seinem hochinnovativen Ökosystem für Klimatechnologien eine wichtige Rolle bei der Bewältigung dieser Herausforderungen spielen. Spezifische Projekte wie eine trilaterale Zusammenarbeit bei Technologien, die Einrichtung eines trilateralen Fonds und die Maximierung des Potenzials von Infrastrukturprojekten wie der EastMed-Pipeline und dem EuroAsia Interconnector bieten dabei Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Indem sie diese Chancen ergreifen und ihre Zusammenarbeit stärken, können Frankreich, Deutschland und Israel zu einer diversifizierten, emissionsarmen und nachhaltigen Zukunft der Energieversorgung beitragen.

Europa und Israels Umgang mit der iranischen Herausforderung

Der Iran befindet sich in einer beispiellosen nuklearen Eskalation. Während die Bestimmungen des „Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA“ von Juni 2015 den Iran auf eine Obergrenze von 300kg Uran, eine maximale Anreicherung von 3,67 Prozent und eine verstärkte Überwachung seiner nuklearen Aktivitäten festlegten, hat Teheran viele der eingegangenen Verpflichtungen verletzt.¹ Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) hat im März 2023 aufgedeckt, dass der Iran heute auf fast 84 Prozent angereichert hat, nahezu den 90 Prozent, die für die Herstellung einer Atombombe benötigt werden.²

Irans Aktivitäten und die mangelnde Zusammenarbeit mit der IAEO werfen ernsthafte Zweifel an seinen Absichten auf. Wie bereits in einer gemeinsamen Erklärung von Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten betont wurde, hat diese Situation schwerwiegende Auswirkungen auf die Überprüfungsbemühungen der Agentur im Rahmen des JCPOA.³ Die Fähigkeit sicherzustellen, dass das iranische Nuklearprogramm friedlich bleibt, ist ernsthaft beeinträchtigt.

Externe Faktoren wie der Krieg in der Ukraine, welcher Russen und Iraner zu einer engeren Zusammenarbeit bringt, verkompliziert den Verhandlungsprozess und die Rückkehr zur Vereinbarung.⁴ Die Unterstützung Teherans für Moskau in diesem Konflikt hat die Fortsetzung der Gespräche unmöglich gemacht. Gleichzeitig wird die Interaktion mit dem Westen durch die innenpolitische Lage der Islamischen Republik begrenzt. Dies wird besonders durch die intensive Unterdrückung der im Herbst 2022 entstandenen Proteste vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen und sozialen Krise verschärft. Diese Situation nutzt der Iran, um sein Nuklearprogramm in besorgniserregendem Tempo zu beschleunigen.

Das iranische Nuklearprogramm: Das Scheitern des JCPOA

Das JCPOA-Atomabkommen wurde 2015 zwischen dem Iran und den P5+1-Ländern (USA, Vereinigtes Königreich, Russland, China, Frankreich und Deutschland) abgeschlossen. Gemäß dieser Vereinbarung verpflichtete sich der Iran, sein Nuklearprogramm im Austausch gegen die Aufhebung bestimmter wirtschaftlicher Sanktionen zu begrenzen. Im Mai 2018 zogen die Vereinigten Staaten jedoch ihre Teilnahme an der Vereinbarung zurück und verhängten erneut Sanktionen gegen den Iran. Seit dem Tod von Qasem Soleimani im Januar 2020 hat der Iran unterdessen mehrmals die Anreicherungsschwellen von Uran überschritten.

Bereits vor 20 Jahren untersuchte die Abteilung für Schutzmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) das geheime Nuklearprogramm des Iran. Am 10. November 2003 wurde dem Gouverneursrat der IAEO ein belastender Bericht vorgelegt. Das Dokument zeigte, dass der Iran nahezu die vollständige Beherrschung des vorderen Teils des nuklearen Brennstoffkreislaufs erlangt hat, einschließlich des Prozesses der Urananreicherung, der sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann. Es wurde auch betont, dass der Iran bereits „18 Jahre lang Anreicherungsaktivitäten durch Zentrifugation und 12 Jahre lang Anreicherungsaktivitäten durch Laser“ durchgeführt hat, ohne die IAEO darüber zu informieren.^{5/6}

Zwei Jahrzehnte später, im Januar 2023, wurden „beunruhigende Hinweise“ auf 84 Prozent angereichertes Uran identifiziert.⁷ Dieses zuvor noch nie dagewesene Anreicherungslevel wurde von den israelischen Geheimdiensten zwar erwartet.⁸ Dennoch bedeutet dieses hohe Niveau nicht zwangsläufig, dass der Iran bereits eine erhebliche Menge an Uran mit diesem Grad angehäuft hat. Es handelt sich

wohl eher um ein Manöver, um die internationalen Reaktionen auf rote Linien zu testen.

Im Sommer 2022 gab der Leiter der iranischen Atomenergieorganisation bekannt, dass sein Land nun die technischen Fähigkeiten zur Entwicklung einer nuklearen Waffe habe. Eine entsprechende Absicht bestehe jedoch nicht.⁹ Im Januar 2023 folgte diese Ankündigung einer Umstrukturierung der Zentrifugenanlagen in der Fordo-Anlage und einer allgemeinen Beschleunigung des Urananreicherungsprozesses.¹⁰ Diese Entwicklungen verkürzen die Zeit, die der Iran benötigen würde, um genügend spaltbares Material für eine nukleare Vorrichtung zu sammeln.

Die internationale Gemeinschaft verfolgt vorrangig das Ziel, die Rolle der IAEO im Iran zu stärken und die Kontinuität des Wissens der Agentur über das iranische Nuklearprogramm wiederherzustellen, um eine genaue und effektive Überwachung zu gewährleisten. Während das JCPOA in den ersten Jahren zu eher respektvollen Beziehungen zwischen dem Iran und der IAEO geführt hatte, begleitet von einer deutlichen Zunahme der Inspektionshäufigkeit, hat sich diese Dynamik seit dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Vereinbarung und der Verletzung der Urananreicherungsschwellen durch den Iran wieder deutlich verschlechtert.¹¹ Die COVID-19-Krise und die daraus resultierende Schließung der iranischen Grenzen haben zur Verschiebung mehrerer Inspektionen geführt. Darüber hinaus berichteten IAEO-Inspektoren von Belästigungen während ihrer Mission im Iran. Dazu wurden Überwachungsgeräte an verschiedenen nuklearen Standorten demontiert. Diese Verschlechterung der iranischen Haltung gegenüber der IAEO erschwert die effektive Überwachung des iranischen Nuklearprogramms zusätzlich.

Verschärfend kommt hinzu, dass obwohl die UN-Resolution UNSC/2231 den Iran auffordert, die Entwicklung nuklearfähiger ballistischer Raketen zu stoppen, Teheran dennoch mehrere Tests durchgeführt hat.^{12/13} Das Regime verfügt nun über ein vielfältiges Raketenarsenal, das die gesamte Region mit zunehmender Präzision erreichen kann. Diese ballistischen Trägersysteme stellen die direkteste Bedrohung für regionale Mächte dar, was zu entsprechenden Reaktionen führt.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns des Westens, die nuklearen Ambitionen des Iran auf diplomatischem Wege zu stoppen, hat Israel mehrfach die Möglichkeit einer militärischen Intervention ins Spiel gebracht. Am 23. März 2023 überraschte eine Erklärung von General Mark Milley, dem Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, die Politik der Vereinigten Staaten. Bei einer Anhörung vor einem Unterausschuss des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses erklärte er laut Berichten der Nachrichten-Website Axios, dass die „USA entschlossen sind, zu verhindern, dass der Iran über eine einsatzfähige Atomwaffe verfügt“.¹⁴ Die Hinzufügung des Wortes „einsatzfähige“ stellt tatsächlich eine Nuance in der Haltung der Biden-Regierung dar. Bis dahin hatte diese darauf bestanden, dass die Islamische Republik niemals im Besitz einer Atomwaffe sein würde, unabhängig von ihrer Einsatzbereitschaft.

Der Iran im Zentrum des Russisch-Ukrainischen Krieges

Der Krieg in der Ukraine hat dem Iran die Möglichkeit gegeben, engere Beziehungen zu Russland aufzubauen.¹⁵ Bereits zu Beginn des Krieges behauptete der Iran, dass die russische Invasion eine legitime Reaktion auf Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit den Aktionen der USA und der NATO sei. Der iranische Außenminister Hossein Amir Abdollahian erklärte, dass „die ukrainische Krise ihre Wurzeln in den Provokationen der NATO habe“.¹⁶

Für den Iran spielt Russland auf strategischer, wirtschaftlicher und ideologischer Ebene eine zentrale Rolle. Die Fortschritte des iranischen Nuklearprogramms und seiner ballistischen Fähigkeiten stützen sich stark auf Wissenstransfer aus Russland. Der bilaterale Handel zwischen den beiden Ländern erreichte 2021 mehr als 3,5 Milliarden US-Dollar und verzeichnete gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 38 Prozent.¹⁷ Die beiden Länder befinden sich auch in Gesprächen über eine langfristige wirtschaftliche Partnerschaft von zwanzig Jahren. Auf militärischer Ebene unterstützt der Iran die regionalen Ambitionen Russlands und beteiligt sich an gemeinsamen militärischen Manövern mit Russland und China. Die Revolutionsgarden, die den ideologischen bewaffneten Arm des Regimes darstellen und viele Aspekte

der iranischen Regierung kontrollieren, streben eine Annäherung an ein anti-westliches Russland an. Experten zufolge sehen sie in dieser Dynamik eine Gelegenheit, die von Khomeini geerbte islamistische Ideologie zu revitalisieren und aufzuwerten. Diese wird von ihnen wiederum als Alternative zum globalisierten Kapitalismus gesehen.

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat die Verhandlungen offensichtlich ausgebremst. Während Moskau zuvor eine aktive Rolle im Prozess gespielt hatte, scheint sich seine Position nun geändert zu haben.

Russland nimmt jetzt eine „anti-imperialistische“ Haltung ein und unterstützt den Iran gegenüber westlichen Forderungen, die es für inakzeptabel hält. Die russische Forderung nach spezifischen Garantien im Zusammenhang mit seinem Handel und seiner Zusammenarbeit mit dem Iran stört die Verhandlungen. Zusammen mit Terminproblemen und der verminderten Dringlichkeit dieses Themas in den weltweiten diplomatischen Prioritäten, führte diese russische Haltung zu einer Unterbrechung der Verhandlungen zwischen März und Juli 2022. Eine bemerkenswerte Ausnahme innerhalb dieser Zeit war der Besuch von Enrique Mora, dem Verhandlungsführer des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), im Mai in Teheran. Nach dem Scheitern der Gespräche in Doha Ende Juni 2022 wurden die Diskussionen im Juli in Wien fortgesetzt.¹⁸ Sie basierten auf einem neuen Text, welchen Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, als den „bestmöglichen“ bezeichnete.¹⁹ Trotz dieser Wiederaufnahme und des neuen Textes stockt der Verhandlungsprozess weiterhin. Dies liegt teilweise an der zunehmenden Intervention Russlands und seinen spezifischen Forderungen, die mit einer weniger kompromissbereiten iranischen Position im Einklang zu stehen scheinen.

Die Annäherung zwischen dem Iran und Russland erhielt im Herbst 2022 eine neue Dimension. Russland setzt seitdem iranische Drohnen in der Ukraine ein, deren iranische Piloten von der Krim aus agieren.²⁰ Obwohl der Iran dies leugnet und darauf besteht, dass die Lieferungen vor Ausbruch des Konflikts erfolgten, erscheint diese Rechtfertigung wenig über-

zeugend. Dennoch ist die Nachhaltigkeit der Allianz zwischen dem Iran und Russland fragwürdig. Der Iran ist nicht in der Lage, Russlands Bedarf an Spitzentechnologie langfristig zu decken. Dies deutet darauf hin, dass die Partnerschaft eher opportunistisch als langfristig sein könnte. In diesem Zusammenhang birgt die iranisch-russische Annäherung Risiken für den Iran, insbesondere in Bezug auf seinen internationalen Ruf und seine Beziehungen zu anderen Weltmächten. Die Annäherung an Russland schafft nicht nur zusätzliche Spannungen in den Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm, sondern auch in breiteren geopolitischen Dynamiken, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen des Iran zu westlichen Ländern.

Welche Strategie für Europa und Israel?

Die Chancen, den JCPoA wiederzubeleben, sind mittlerweile als sehr gering anzusehen. In Europa hat sich die Einstellung gegenüber dem Iran geändert. Die brutale Unterdrückung der inneren Proteste durch das Regime und seine Unterstützung für Russland haben die politischen Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung weniger kompromissbereit gemacht. Die Islamische Republik hat eine besorgniserregende Bilanz bei der Verletzung der Menschenrechte, einschließlich der Unterdrückung von Dissidenten, standrechtlichen Hinrichtungen und systemischer Diskriminierung.²¹

Im Laufe des Jahres 2022 haben die USA neue Sanktionen gegen das iranische ballistische Raketenprogramm und seinen Ölhandel verhängt. Die EU und die USA haben auch Einzelpersonen und Einrichtungen im Iran sanktioniert, welche in die innere Repression verwickelt sind oder die russische Invasion unterstützen.²² Brüssel neigt zu einer härteren Position: Das Europäische Parlament hat eine Resolution verabschiedet, welche die Bezeichnung der Revolutionsgarden als terroristische Organisation fordert. Diese Maßnahme wird auch von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, unterstützt. Die Bundesregierung lehnt diesen Schritt jedoch bislang ab. Selbst wenn der Iran sein Nuklearprogramm nicht weiter ausdehnt, könnte die aktuelle Situation zu einem Konflikt führen. Teheran könnte auf den wachsenden wirtschaftlichen Druck

reagieren, indem es seine Proxykräfte dazu anhält, Angriffe gegen die USA oder ihre Verbündeten (wie bereits während der Präsidentschaft von Donald Trump geschehen) durchzuführen.²³ Die Angriffe der Huthi-Rebellen auf Schiffe im Roten Meer im Dezember 2023 zeigen, dass die Bereitschaft zu Eskalation vorhanden ist.

Die nukleare Bedrohung sollte im Zentrum der europäischen Politik gegenüber dem Iran stehen. Gleichzeitig sollte Europa Maßnahmen ergreifen, um die Unterstützung des Iran für Russland einzuschränken, indem es die gezielten Sanktionen gegen Einzelpersonen und Einrichtungen ständig aktualisiert und sicherstellt, dass kein sanktioniertes Material von Drittstaaten in den Iran gelangt. Solange es Raum für Diplomatie gibt, hat Europa keine andere Wahl als zu versuchen, den wachsenden Druck der USA und Israels auf den Iran zu nutzen, um Teheran zu Zugeständnissen in Bezug auf sein Nuklearprogramm zu bewegen. Europa benötigt daher eine neue Strategie gegenüber dem Iran, die seine Schlüsselinteressen sichert: Erstens die Verhinderung eines nuklearen Irans und zweitens die Vermeidung eines destabilisierenden Konflikts im Nahen Osten.

Seit 2010 war Israel an mindestens einem Dutzend Maßnahmen gegen das iranische Nuklearprogramm beteiligt, einschließlich Cyberangriffen und verdeckten Operationen. Anfang 2023 schätzten US-amerikanische und israelische Beamte, dass der Iran noch keine politische Entscheidung getroffen habe, eine Atomwaffe herzustellen.²⁴ Im Januar erklärte Aviv Kohavi, dass der Iran bereits genug Uran habe, um vier Nuklearwaffen zu versorgen – drei mit 20 Prozent angereichertem Uran und eine mit 60 Prozent angereichertem Uran. Die übliche Anreicherungsstufe für eine Bombe beträgt 90 Prozent. Selbst wenn Teheran sich dazu entscheiden würde, seine technologischen Fortschritte zu nutzen, würde es ein bis zwei Jahre

dauern, bis die zahlreichen Schritte zur Montage einer Bombe und ihrer Kombination mit einem Trägersystem für Raketen abgeschlossen wären.

Im Juni 2023 berichtete das israelische Medium Ynet News, dass die israelischen Verteidigungskräfte eine neue Nachrichtendiensteinheit zur Vorbereitung auf mögliche Feindseligkeiten mit dem Iran gebildet haben.²⁵ Diese 30-köpfige Einheit namens Abteilung 54 ist für die Sammlung von Informationen über die Revolutionsgarden verantwortlich und liefert der Armee das Wissensgerüst über die militärischen Fähigkeiten des Iran und die strategischen Systeme unter ihrer Kontrolle. Sie ist damit beauftragt, Informationen über Kontrollstellen im Iran von der obersten Führungsebene bis hin zu den Frontbetreibern zu recherchieren.

Der nationale Sicherheitsberater von Premierminister Benjamin Netanjahu, Tzachi Hanegbi, erklärte, dass derzeit keine Angriffe auf iranische Nuklearanlagen geplant seien.²⁶ Dennoch könne Israel, das den Iran als existenzielle Bedrohung betrachtet, in der Zukunft nicht daran gehindert werden. Zu der Frage, ob eine israelische Entscheidung über einen präventiven Angriff auf den Iran näher rücke, sagte Hanegbi: „Dies kann passieren. Wir bereiten uns daher auf den Fall vor, dass wir das Volk Israel gegen ein fanatisches Regime verteidigen müssen, das entschlossen ist, uns auszulöschen und mit Massenvernichtungswaffen bewaffnet ist.“ Die Herausforderungen, die der Iran darstellt, sind vielfältig und miteinander verbunden. Sie erfordern eine umfassende politische Antwort, welche die Fragen der nuklearen Verbreitung, der regionalen Instabilität und der Achtung der Menschenrechte anspricht. Es ist unerlässlich, ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem und diplomatischem Druck zu wahren und gleichzeitig die Kräfte der Zivilgesellschaft und demokratische Akteure im Iran zu unterstützen.

Die iranische Herausforderung im Nahen Osten

Der Summit des diesjährigen Strasbourg Forums fand am 11. und 12. September 2023 in Straßburg statt. Das Format, organisiert von den ELNET-Büros in Deutschland und Frankreich, brachte Experten und politische Entscheidungsträger aus beiden Ländern zusammen, um unter anderem die iranische Herausforderung und ihre Auswirkungen auf Europa, Israel und den Nahen Osten als Ganzes zu diskutieren.

Das Strasbourg Forum ist ein von ELNET veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern sowie weiteren Experten einen vertiefenden politischen Austausch ermöglicht. Mit zwei Roundtables in Berlin und Paris und dem Summit in Straßburg bieten die ELNET-Büros in Berlin und Paris die Möglichkeit für einen neuen deutsch-französischen Impuls zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Iran betreibt eine beispiellose nukleare Eskalation. Obwohl die Bestimmungen des Atom-Abkom-

mens, dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), von Juni 2015 dem Land eine Obergrenze von 300 kg Uran, eine maximale Anreicherung von 3,67% und eine verstärkte Überwachung seiner nuklearen Aktivitäten auferlegten, hat die Islamische Republik viele ihrer Verpflichtungen verletzt.

Die Einbeziehung externer Faktoren in den Verhandlungsprozess erhöht die Komplexität einer Rückkehr zum Abkommen. Dazu gehört auch der Russisch-Ukrainische Krieg, der Russland und Iran zu einer engeren Zusammenarbeit geführt hat. Die Unterstützung Teherans für Moskau in diesem Konflikt hat eine Fortführung der Atomverhandlungen um ein Vielfaches verkompliziert. Gleichzeitig begrenzt die interne Dynamik der Islamischen Republik, verstärkt durch eine intensive Unterdrückung der im Zuge des Todes von Mahsa Amini entstandenen Protestbewegung unter dem Slogan „Frau, Leben, Freiheit“, die Interaktionen mit dem Westen. In dieser Situation beschleunigt der Iran sein jetzt bereits auf hohem Niveau befindliches nukleares Programm in einem äußerst besorgniserregenden Tempo.

Das JCPOA auf Abwegen

Ein Teilnehmer führte zu Beginn die zeitliche Dimension an, die in Diskussionen über das iranische Atomprogramm oft vernachlässigt werde, aber von entscheidender Bedeutung sei. In den letzten zwanzig Jahren habe die ambivalente Haltung des Iran zu seinem nuklearen Programm mehr Akzeptanz in der internationalen Gemeinschaft gefunden, als es noch vor zwei Jahrzehnten der Fall gewesen sei. Trotz teilweiser Fortschritte im Rahmen des JCPOA wurde das iranische Atomprogramm im Laufe der Zeit verstärkt und sei zu einem identitätsstiftenden politischen Eckpfeiler des Landes geworden.

- ▶ Aufbau alternativer Formate, die nicht auf dem bisherigen JCPOA beruhen und nicht von einer produktiven Zusammenarbeit mit Russland abhängig sind.
- ▶ Erarbeitung neuer Richtlinien zu nuklearen Schwellenwerten.
- ▶ Einbeziehung weiterer Staaten der Region in die Behandlung des iranischen Atomprogramms.
- ▶ Separate Behandlung der Frage von Trägersystemen, um die Gefahr einer nuklearen Eskalation zumindest stückweise zu reduzieren.

Gleichzeitig bot die Eskalation des Konflikts in der Ukraine dem Iran die Möglichkeit, seine Beziehungen zu Russland auszubauen. Seit Beginn des Konflikts stellte der Iran die russische Intervention als berechtigte Reaktion auf die Bedrohung der Sicherheit Russlands durch die NATO und die USA dar. Wie einer der Experten betonte, investiere Russland stark im Iran. Für Teheran sei Moskau ein entscheidender Akteur in strategischer, wirtschaftlicher und ideologischer Hinsicht. Die nukleare und ballistische Entwicklung des Irans profitiere erheblich von russischer Expertise. Auf militärischer Ebene stimme der Iran seine Ambitionen eng mit denen Russlands ab und arbeite zudem bei Militärübungen eng mit Russland und China zusammen.

Die Revolutionsgarden, die einen starken Einfluss auf die politische Struktur des Iran haben, streben ebenso eine Annäherung an Russland an, da es dem Westen gegenüber feindlich eingestellt sei, bestätigten einige Teilnehmer.

Der Ukraine-Konflikt habe die Verhandlungen über eine mögliche Neuauflage des JCPOA verlangsamt. Obwohl Moskau in der Vergangenheit ein Schlüsselakteur in den Verhandlungen war und bilaterale Gespräche mit China und dem Iran bevorzugte, scheint sich die russische Strategie geändert zu haben. Russland unterstützt nun den Iran gegenüber dem, was es als übermäßige Forderungen des Westens betrachtet. Dies verkompliziert die Verhandlungen.

Die Verwendung iranischer Drohnen durch Russland gegen die Ukraine seit Herbst 2022 erhöhe die Komplexität weiter, betonten die Experten. Der Iran weise diese Vorwürfe zwar zurück und behauptete, dass diese Transfers vor dem Krieg stattgefunden hätten. Dies sei aber nicht überzeugend.

Schließlich sei es schwer, die Frage der Menschenrechte im Zusammenhang mit der iranischen Herausforderung nicht anzusprechen, stellten die Teilnehmer heraus. Hier sei die entstandene Kluft zwischen dem Regime und der iranischen Gesellschaft nicht mehr rückgängig zu machen. Die Hoffnung auf Reformen sei heute begraben, während das iranische Regime sich in Sicherheit wiege.

Marginalisierung der Europäischen Union

Ein Experte erinnerte daran, dass die EU zwischen 2006 und 2012 eine einzigartige Gelegenheit gehabt habe, ihre Vermittlung anzubieten, damit ihren Einfluss als „Soft Power“ zu demonstrieren und ihre Position als relevanter globaler Akteur wieder zu stärken. Von 2012 bis 2018 konkretisierte sich diese Dynamik in der Vision des „echten Multilateralismus“, die von der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von 2003 verkörpert wurde. Von 2018 bis 2023 lasse sich dann allerdings ein allmählicher Rückgang der Glaubwürdigkeit der EU gegenüber Teheran und ein Rückschritt gegenüber ihrem früheren Einfluss beobachten. Obwohl die EU versucht habe, sich von der durch US-Präsident Trump eingeleiteten Strategie des „maximalen Drucks“ abzusetzen, sei es ihr nicht gelungen, eine tragfähige Alternative vorzulegen.

Das Scheitern von Instex, gedacht als Option zur Aufrechterhaltung von Handelsaktivitäten mit dem Iran nach dem Austritt der USA aus dem JCPOA, sei ein deutliches Beispiel für diese europäische Ohnmacht. Derzeit befinde sich die EU bedauerlicherweise am Rand der Diskussionen über nukleare und strategische Angelegenheiten mit dem Iran, beklagten die Teilnehmer.

Im Laufe der Jahre hat die internationale Gemeinschaft ihre Erwartungen an den Iran angepasst. Sie ging von der Forderung nach einer vollständigen Abschaffung des Programms (2006-2012) zu einem Ansatz der Mäßigung durch ein vorläufiges Abkommen über (2012-2022). Das JCPOA begrenzte insbesondere die Menge an angereichertem Uran, die der Iran besitzen durfte, und die Entwicklung fortschrittlicher Zentrifugen. Das Abkommen erleichterte auch tiefgehende Inspektionen durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA). Derzeit gehe es hauptsächlich darum, eine Eskalation zu verhindern, die zu einer härteren Reaktion durch Israel und die USA führen könnte, so die anwesenden Experten.

Die diplomatischen Ziele haben sich dadurch mehr und mehr auf kurzfristige Anliegen konzentriert. Darüber hinaus wurde die Bedeutung von Raketen in der strategischen und diplomatischen Gleichung in

den letzten zehn Jahren allmählich in den Hintergrund gedrängt.

Letztendlich scheinen die Verhandlungspartner des Iran nun Tatsachen als tolerierbar hinzunehmen, die früher als unannehmbar erachtet wurden. Diese erhöhte Toleranz befördert die iranischen Ambitionen, insbesondere da sich das globale strategische Umfeld schnell verändert. Der Iran wird zu einer wichtigen Schachfigur im russisch-amerikanischen und chinesisch-amerikanischen geopolitischen Spiel, was seine Position stärkt.

Der Iran hat es geschafft, vor allem dank einer langfristigen Strategie und der Ausnutzung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten einen klaren Sieg davonzutragen.

Mögliche neue Gesprächsformate

Die Fortschritte in Forschung, Technologie, Industrie und Ballistik deuten darauf hin, dass eine vollständige Lösung der iranischen Atomfrage eine erzwungene Aufgabe des Programms implizieren würde. Von Expertenseite wurde auch darauf hingewiesen, dass der Iran inzwischen über deutlich mehr Infrastruktur und Expertise verfüge, die eine schnelle Wiederherstellung eines Atomprogramms ermöglichen könnte, sollte dies erforderlich sein. Darüber hinaus garantiere ein Regimewechsel nicht die Aufgabe der nuklearen Bemühungen, die sich über drei Jahrzehnte erstreckten.

Aus strategischer Sicht bleibe die Frage bestehen, ob die Position eines Staates an der nuklearen Schwelle eine effektive Abschreckung ermögliche. Bisher haben die Fortschritte des Iran gezielte militärische Maßnahmen nicht verhindert. Die USA haben immer die Option von Militärschlägen gegen den Iran

aufrechterhalten. Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass die bloße Tatsache, ein Staat an der nuklearen Schwelle zu sein, keine vollständige Abschreckung garantiert. Zudem ist unsicher, ob das bisherige Ausbleiben einer bedeutenden militärischen Aktion auf den nuklearen Status des Iran zurückzuführen ist.

Die Politik des „maximalen Drucks“ der USA habe ihre Grenzen erreicht. Ein kompletter Neuanfang sei selten eine gute Idee, betonten Experten, da große internationale Meinungsverschiedenheiten im Laufe der Zeit durch schrittweise aufgebaute Verhandlungsblöcke bewältigt werden könnten, die die Perspektiven der beteiligten Akteure leicht verändern. Man wisse, was zerstört sei, aber nie, was wieder aufgebaut werden könne: Es sei denn, man handele aus einer unbestreitbaren Position der Stärke heraus, was hier nicht der Fall sei. Durch das JCPOA sei Zeit gewonnen worden. Der Rückzug der USA im Mai 2018 beschleunigte allerdings das iranische Programm.

Mehrere Teilnehmer gaben an, dass das JCPOA veraltet und es an der Zeit sei, einen neuen Diskussionsrahmen zu finden. In dieser Hinsicht betonte ein Experte, dass eine internationale Zusammenarbeit zwischen den USA, China und Russland aktuell kaum Erfolgchancen habe.

Zusammenfassung

Der Iran stellt eine Reihe komplexer und miteinander verbundener Herausforderungen dar, die eine integrierte politische Strategie erfordern, welche sich mit Fragen der nuklearen Proliferation, regionaler Turbulenzen sowie dem Schutz der Menschenrechte befasst. Es ist entscheidend, ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und diplomatischen Maßnahmen zu finden und gleichzeitig progressive Elemente und demokratische Kräfte im Iran zu stärken.

Angewandte Zeitenwende: Europas verteidigungspolitische Neuausrichtung und Chancen der Kooperation mit Israel

Frankreich und Deutschland stehen vor großen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die russische Invasion in die Ukraine führt Europas Verwundbarkeit seit dem 24. Februar 2022 direkt vor Augen. Auch die zunehmende systemische Rivalität mit der Volksrepublik China birgt Gefahren.¹ Dies betrifft nicht zuletzt Frankreich, welches sich selbst als indopazifischen Staat betrachtet.² Auch sehen sich Deutschland und insbesondere Frankreich in Staaten in denen der russische und chinesische Einfluss wächst, einer negativer eingestellten öffentlichen Meinung gegenüber, welche auch auf Einflussnahme von außen zurückzuführen ist. Im Falle Nigers hat dies einen direkten Einfluss auf die europäische Außenpolitik gegenüber der Region.

In diesem Kontext kommt es zu einer umfassenden verteidigungspolitischen Neuausrichtung. Allein 2022 investiert die Bundesregierung mehr als 50 Milliarden Euro in die Bundeswehr und stellt mit dem Sondervermögen Bundeswehr zusätzliche 100 Milliarden Euro für Wehrtechnik bereit.³ Frankreich dagegen investiert bereits seit Jahrzehnten stringenter in seine Verteidigungsfähigkeiten. Präsident Emmanuel Macron betont dabei die Notwendigkeit europäischer Souveränität in der Verteidigungspolitik. Er machte schon 2017 deutlich, dass er bestehende Abhängigkeiten von nichteuropäischen Staaten für ein sicherheitspolitisches Risiko hält. Dies schließt ausdrücklich auch Bündnispartner wie die Vereinigten Staaten oder Israel ein.

Aufgrund der konstanten Bedrohungslage seit der Staatsgründung ist in Israel ein Verteidigungsapparat entstanden, der denen größerer Staaten technologisch in nichts nachsteht. Auch wenn der Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober gezeigt hat, dass Technologie allein keine Sicherheit garantieren kann, bietet Israel bereits heute Antworten auf die Herausforderungen von morgen (wie Künstlicher Intelligenz

(KI)-gestützte Software). Die Bundeswehr nutzt seit bald zehn Jahren Drohnen israelischer Herkunft und beschafft nun mit dem Arrow-3-Raketenabwehrsystem im Kontext der European Sky Shield Initiative (ESSI) eine weitere israelische Technologie, die Europa vor Angriffen aus der Luft schützen soll. Jüngst erhobene Daten zeigen, dass dieses Vorhaben auch in der Bevölkerung große Zustimmung findet.⁴ Frankreich dagegen kooperiert mit Israel bei der Entwicklung von Cyberabwehrmitteln, sowie im Drohnenbereich.⁵

Verteidigungspolitische Prioritäten in Deutschland und Frankreich

Aus deutscher Perspektive gilt die Ertüchtigung der Bundeswehr samt Ausbau der Fähigkeiten in der Luftverteidigung als oberste Priorität. Beschaffungshürden sollen abgebaut und das beschlossene Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro investiert werden. Neben der Beschaffung von neuem Gerät, wie beispielsweise F-35-Kampfflugzeugen, gehört auch die Aufstockung der lange vernachlässigten Munitionsreserve zu den Prioritäten. Zusammen mit in- und ausländischer Industrie werden Produktionskapazitäten ausgebaut. Grundsätzlich lässt sich dabei ein Wandel in der Rolle der Bundeswehr feststellen. Während der Fokus in der Vergangenheit auf Friedenseinsätzen im Ausland lag, so rückt seit Februar 2022 die Landes- und Bündnisverteidigung in den Mittelpunkt.

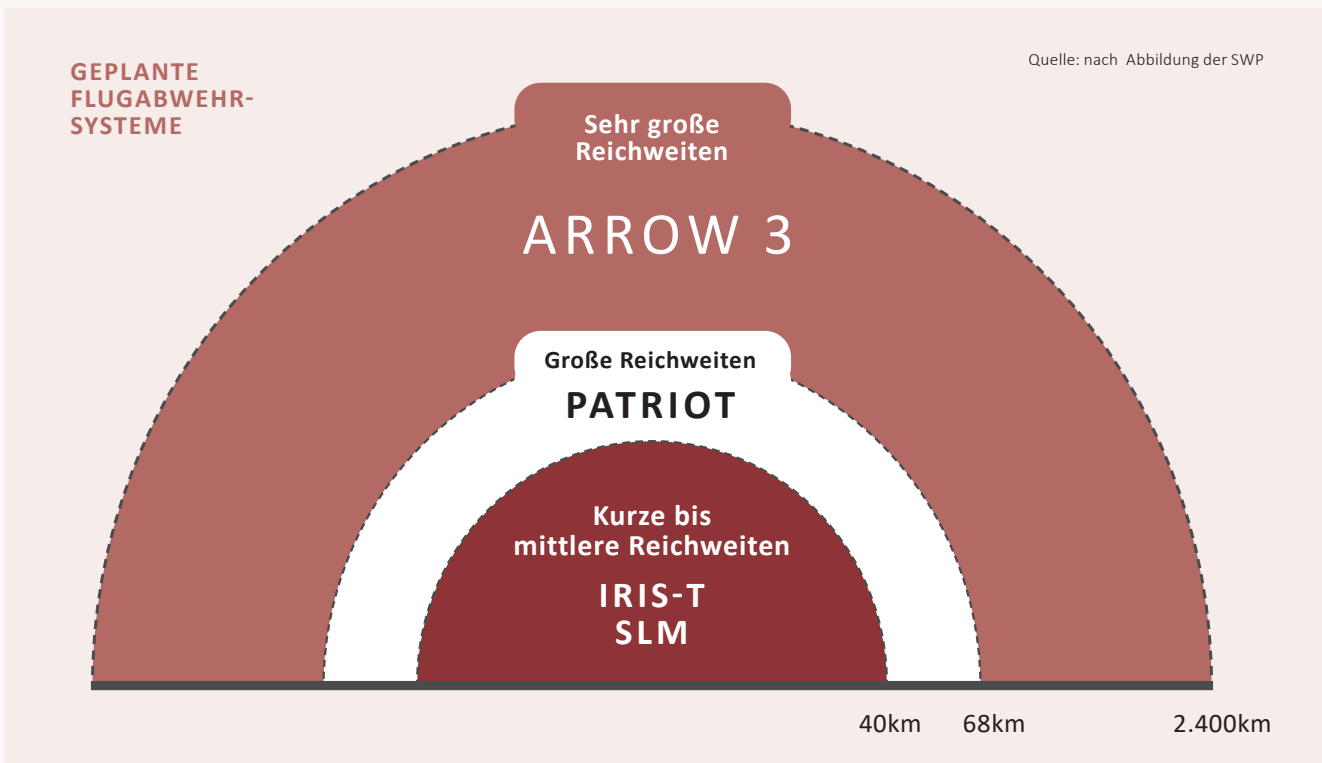
Die aktuelle französische Nationale Sicherheitsstrategie definiert die strategische Autonomie Frankreichs als Voraussetzung für den Schutz der fundamentalen Interessen des Landes.⁶ Dies bedingt unter anderem den Ausbau von Cyberabwehrfähigkeiten und eine souveräne französische Verteidigungsindustrie, welche die französischen Streitkräfte, wenn nötig, auch allein versorgen kann. Weiter werden Ausbau und Op-

timierung von Informationsgewinnung und-übermittlung unterstrichen. Relevante Daten wie tagesaktuelle Lagebilder oder durch Erfassung von elektronischen Signalen gewonnene Informationen effektiv zu erheben und auszuwerten erleichtert die Entscheidungs-führung im Felde erheblich. Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte setzen bereits heute Software ein, die auf künstlicher Intelligenz basiert, um beispielsweise Satellitenbilder zu analysieren und mögliche Bedrohungen und Ziele automatisiert zu identifizieren.⁷ Im Bereich der Luftverteidigung zeigen sich aktuell die unterschiedlichen Herangehensweisen Deutschlands und Frankreichs. Die auf Bestreben der Bundesregierung ins Leben gerufene European Sky Shield Initiative (ESSI) hat sich zum Ziel gesetzt, die Flugabwehr-fähigkeit Europas auszubauen und dabei „politische, finanzielle und technologische Synergieeffekte“ zu erzielen.⁸ Dieser Initiative haben sich bereits 19 europäische Staaten angeschlossen, darunter Österreich und die Schweiz, die sich historisch der Bündnisneutralität verpflichtet haben.

Im Rahmen der Initiative werden israelische Raketen des Typs Arrow 3 mit einer Reichweite von bis zu 2.400 Kilometern beschafft. Sie sollen den Schutz gegenüber Langstreckenraketen (einschließlich derer, die bei ihrem Flug die Erdatmosphäre verlassen) gewährleisten und dabei das bestehende Patriot-System, das

für Reichweiten von bis zu 68 Kilometern ausgelegt ist, ergänzen.⁹ Die Mitgliedstaaten der ESSI verfügen aktuell über keine geeigneten Systeme, welche diese Aufgabe erfüllen könnten. Zudem sind Arrow-3-Raketen in der Lage, Satelliten und andere Objekte außerhalb der Atmosphäre zu neutralisieren.¹⁰ Die Integration des Systems in die bestehende NATO-Infrastruktur bedingt einen umfangreichen Wissens- und Technologietransfer.¹¹ Damit wird der Weg für eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Verteidigungssektor und NATO-Bündnisstaaten geebnet. Auch bestehende europäische Projekte zum Ausbau der Flugabwehrkapazitäten können von diesem Technologietransfer profitieren, indem Hürden in der Kooperation mit israelischen Unternehmen und Akteuren abgebaut werden.

Die französische Seite kritisiert die ESSI und den Kauf des Arrow-3-Systems mit Verweis auf die europäische Souveränität. Der Kauf einer israelischen Technologie wird als Aufbau problematischer Abhängigkeiten bewertet. Im Juni sprach Präsident Emmanuel Macron davon, dass der Erwerb außereuropäischer Systeme mit Problemen bei der Flexibilität, der Liefergeschwindigkeit und der Prioritätensetzung einhergehe.¹² Es ist jedoch fraglich, in welchem Ausmaß dieses Problem besteht. Der Kauf des Arrow-3-Systems kann zum einen zu einer Diversifizierung der Importstaaten



von Rüstungsgütern beitragen. Israels Interessen als einzige Demokratie im Nahen Osten decken sich zudem weitgehend mit denen seiner westlichen Partner. Israels Wirtschaftskraft ist außerdem bei einer Einwohnerzahl von etwa 10 Millionen in etwa mit Österreich oder Portugal vergleichbar – ein weiterer Anlass, der Sorgen über gefährliche Abhängigkeiten zerstreuen sollte.

Trotz seiner zögerlichen Haltung zu Arrow 3 kann Frankreich auf eine Geschichte der Kooperation mit Israel im Raketenbereich zurückblicken. 2011 testeten die französischen Streitkräfte eine Aster-Flugabwehrrakete durch den Abschuss einer israelischen Black-Sparrow-Rakete. Bei dem Test kamen außerdem israelische Kampfflieger des US-amerikanischen Typs F-15 zum Einsatz.¹³

Zusammenarbeit im Bereich Drohnen

Neben der aktuell viel diskutierten Luftverteidigung ergeben sich eine Reihe möglicher Kooperationsfelder zwischen Deutschland, Frankreich und Israel.

Diese reichen von konkreten Waffensystemen über Cybersicherheit bis hin zu Innovation und ihrer Rolle bei der Entwicklung neuer Technologien.

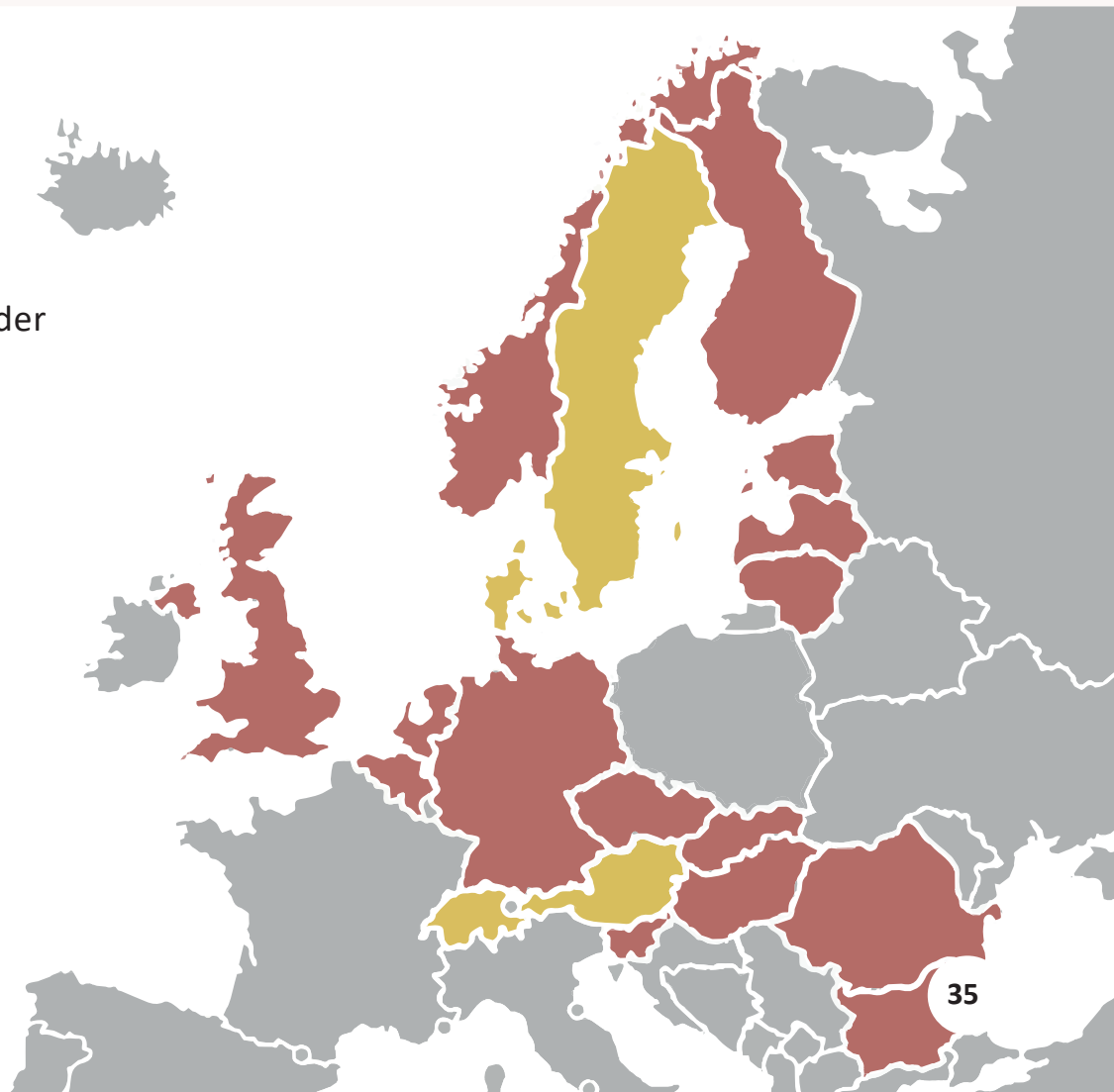
Im Bereich Drohnen arbeiten sowohl Deutschland als auch Frankreich seit langem eng mit dem jüdischen Staat zusammen und nutzen israelische Technologie zur Weiterentwicklung der Fähigkeiten ihrer Streitkräfte. Die Bundeswehr least seit 2010 israelische Heron-Drohnen, die unter anderem in Afghanistan zum Einsatz kamen. 2018 beschloss der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Anmietung der größeren israelischen Heron TP. 2022 wurden die Drohnen erstmals bewaffnet.¹⁴ Daraufhin wurde für sie im Wert von rund 160 Millionen US-Dollar Munition vom israelischen Rüstungsunternehmen Israel Aerospace Industries (IAI) beschafft.¹⁵

Auch mit Frankreich besteht seit langem eine enge Kooperation bei Drohnen. Seit Beginn der 1990er-Jahre erwirbt das Land immer wieder israelische Drohnen. Die französischen Streitkräfte fanden sich (beispielsweise während der Balkankriege) zuneh-

MITGLIEDSLÄNDER DER EUROPEAN SKY SHIELD INITIATIVE

■ Gründungsmitglieder
(seit 2022)

■ Neue Mitglieder
(seit 2023)



Quelle: nach Abbildung der SWP

mend in asymmetrischen Kriegssituationen wieder, wodurch der Vorteil technologisch ausgereifter Drohnen erkennbar wurde. Durch den israelisch-palästinensischen Friedensprozess im Zuge der Oslo-Abkommen wurden zudem französische Bedenken ausgeräumt.¹⁶ In diesem Zusammenhang kam es zu mehreren Kooperationen zwischen israelischen und französischen Rüstungsunternehmen. Ein Beispiel ist die auf dem Heron-Modell basierende französische „Harfang“-Drohne. Sie wurde in Zusammenarbeit zwischen IAI und der damaligen EADS entwickelt und vom französischen Militär beispielsweise in Afghanistan eingesetzt.¹⁷

Diese Kooperation hat jüngst allerdings auch Rückschritte erlitten. So entschied sich die französische Regierung unter François Hollande 2016 gegen den Kauf der „Watchkeeper“-Aufklärungsdrohne, die auf dem Modell „Hermes 450“ des israelischen Herstellers Elbit beruht und in einem Gemeinschaftsprojekt zwischen Elbit und dem französischen Thales-Konzern gebaut wird. Stattdessen beschaffte das französische Militär die Drohne „Patroller“ des französischen Herstellers Safran Electronics & Defense (früher SAGEM).¹⁸

Zusammenarbeit im Cyberbereich

Cyberattacken durch den Iran und iranische Proxies wie die Hisbollah¹⁹ sind immer wieder gegen Israel gerichtet.²⁰ Verschiedene israelische Regierungen der letzten Jahrzehnte haben das Thema schon früh sehr ernst genommen und eine effiziente Cybersicherheitsinfrastruktur aufgebaut. Auch im Privatsektor und an Forschungseinrichtungen, die für einen beträchtlichen Teil des Fortschritts verantwortlich sind, spielt Cybersicherheit eine große Rolle. Israelische Universitäten bieten umfassende Cybersicherheitsprogramme an, darunter auch das weltweit erste PhD-Programm, das sich ausschließlich auf Cybersicherheitsfragen fokussiert.²¹ Zudem hat das Land über Jahrzehnte ideale Bedingungen für die Ansiedlung von Startups geschaffen.²²

Bereits 2002 gründete sich in Israel die National Information Security Authority (NISA), die für die Sicherung öffentlicher und privater Cyberinfrastruktur zuständig war. Ein Jahrzehnt später kam das Israel

National Cyber Bureau (INCB) hinzu, das erstmalig eine nationale Strategie erstellte und später die National Cyber Security Authority (NCSA) ins Leben rief. Die NCSA war seither mit der operativen Steuerung von Cybersicherheitsaktivitäten beauftragt. NCSA und INCB gingen 2017 gemeinsam im Israel National Cyber Directorate (INCD) auf – dem zentralen Koordinationsgremium für alle israelischen Cybersicherheitsangelegenheiten.

Hinter der komplexen israelischen Cybersicherheitsinfrastruktur steht der Wille, das Land auf die Zukunft vorzubereiten. Die Bedeutung einer koordinierenden Rolle beim Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur ist eine der Lehren, die auch Deutschland und Frankreich ziehen sollten. Insbesondere im Cyberbereich bedarf das komplexe Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Akteuren enger Koordination.

Ein weiterer bedeutender Faktor ist das Verständnis für Cybersicherheit in der Bevölkerung. Während in Europa häufig noch das Bewusstsein fehlt, ist es in der israelischen Gesellschaft weit verbreitet. Das liegt unter anderem darin begründet, dass die IDF umfassende Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Cyber durchführen, die Wehrpflichtleistenden zugutekommen. Dies trägt zu einer hohen Sensibilität für das Thema in der israelischen Bevölkerung bei.

Die deutsche Regierung betrachtet den Umbau der Cybersicherheitsinfrastruktur der Bundesrepublik als politische Priorität.²³ Dies findet sich auch in der jüngst vorgestellten Nationalen Sicherheitsstrategie.²⁴ Dazu soll das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur „zentralen Stelle im Bereich der IT-Sicherheit“ ausgebaut werden. Eine bessere Koordination der Verantwortlichkeiten ist Kernstück der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Juli 2022 vorgestellten Cybersicherheitsagenda.²⁵ Auch in Frankreich steht das Thema Cybersicherheit nicht erst seit Beginn des Russisch-Ukrainischen Krieges weit oben auf der Agenda. 2021 stellte Präsident Macron eine neue Cybersicherheitsstrategie vor, deren Umsetzung von der Französischen Nationalen Cybersicherheitsagentur (ANSSI) koordiniert wird.²⁶ Im Folgejahr öffnete in Paris der Cyber Campus seine Tore. Die neu

gegründete Institution unterstützt die Koordination zwischen Regierungsstellen, öffentlichen Einrichtungen und privatwirtschaftlichen Unternehmen und erarbeitet innovative Lösungen für Cyberabwehrprobleme.²⁷

Zusammenarbeit bei militärischer Innovation und Künstlicher Intelligenz

Israel ist ein kleines Land mit einer großen Armee. Aufgrund der relativen Größe der Volkswirtschaft und der Streitkräfte sind innovative Ansätze notwendig, um die IDF aufrechtzuerhalten. Diese besonderen Bedingungen haben das Land militärisch immer wieder zu Innovationen getrieben. Ohne sie hätte es in der Vergangenheit gegen zahlenmäßig überlegene (und häufig von der Sowjetunion unterstützte) Gegner nicht bestehen können.²⁸ Existierende Lösungen bei unterschiedlichen Waffentechnologien waren für israelische Zwecke häufig schlicht nicht ausreichend.²⁹ Der Begriff der „Qualitative Military Edge“, den es gegenüber feindlichen Streitkräften stets zu bewahren galt, steht für den israelischen Ansatz.³⁰

Die israelischen Verwaltungsstrukturen spiegeln dies wider. Das Directorate of Defense Research and Development (DDR&D) des Verteidigungsministeriums dient als zentrale Stelle, welche auch die IDF einbindet. Zivile und militärische Experten arbeiten dort gemeinsam an Lösungen für Israels militärische Herausforderungen. Zu den Aufgaben der Einheit gehört neben Forschung und Entwicklung auch die

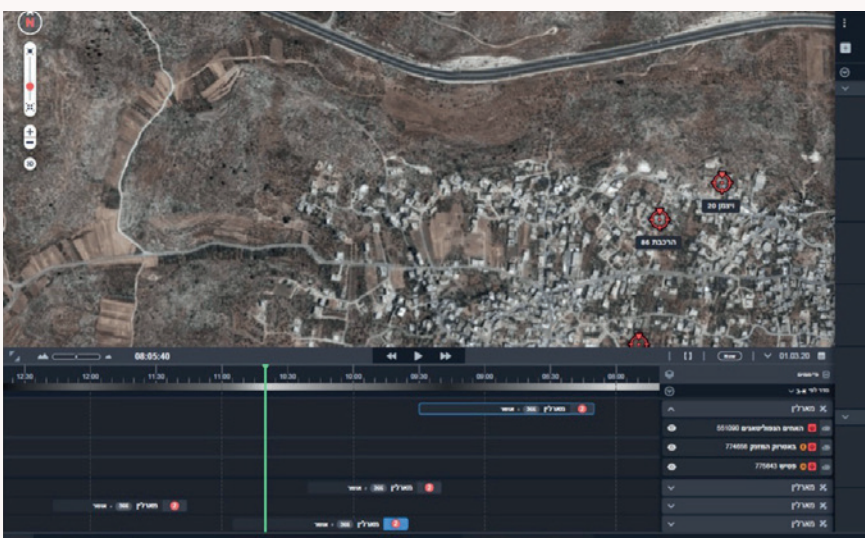
Kooperation mit internationalen Partnern. Der Kern der bestehenden israelischen Raketenabwehr – Iron Dome, David’s Sling und Arrow – hat ihren Ursprung im DDR&D.³¹

Das Raketenabwehrsystem Iron Beam befindet sich derzeit in der Entwicklung. Es soll das bestehende Schichtensystem der israelischen Luftverteidigung im Nahbereich ergänzen. Iron Beam arbeitet mit Lasertechnologie und soll Raketen, Artillerie- und Mörsergeschosse sowie Drohnen in einem Radius von einigen hundert Metern bis zu sieben Kilometern neutralisieren.³² Das System wurde 2022 bereits erfolgreich getestet und ist das erste Lasersystem seiner Art, das in der Lage ist, eine Reihe unterschiedlicher Bedrohungen aus der Luft abzufangen.³³ Die Erstauslieferung des vom DDR&D und dem israelischen Rüstungskonzern Rafael gemeinsam entwickelten Systems ist für 2024 geplant. Auch wenn sich Europa im Kontext der Beschaffung des Arrow-3-Systems aktuell auf Bedrohungen durch Langstreckenraketen konzentriert, können Systeme dieser Art für die europäischen Partner Israels langfristig interessant sein. Schließlich betragen die Kosten für den Einsatz eines laserbasierten Systems nur einen Bruchteil von Systemen wie Iron Dome.³⁴

Zu mechanischen Innovationen bei konkreten Waffensystemen treten Künstliche Intelligenz und ihre Einsatzmöglichkeiten im militärischen Kontext. Das Iron-Dome-Raketenabwehrsystem nutzt KI bei der Auswahl des besten Abfangpunkts für gegnerische

Raketen. Die IDF nutzen ihre Vorteile auch in weiteren Bereichen. So hilft ein KI-gestütztes System den Luftstreitkräften bei der Auswahl von Zielen für Luftschläge. Dafür wertet die Software riesige Mengen an Daten (z.B. Drohnenaufnahmen) aus und schlägt den militärischen Befehlshabern Ziele zur Auswahl vor.

Ähnlich operiert die Software Fire Factory, die ebenso bei der Planung von Militäroperationen hilft. Das System wertet Daten über zuvor ausgewählte mili-



Quelle: Israel Defence Forces/Bloomberg

tärische Ziele aus, berechnet benötigte Munitionsmengen und schlägt Ablaufpläne vor. Es weist zudem Flugzeugen und Drohnen Ziele und ihre jeweilige militärische Priorität zu. So werden Prozesse, die manuell Stunden in Anspruch nehmen würden, auf wenige Minuten verkürzt. In beiden Fällen liegt die Abwägung in letzter Instanz beim Menschen. Trotzdem erleichtern sie den beteiligten Soldaten ihren Einsatz erheblich und können im besten Fall die Zahl ziviler Opfer minimieren.³⁵

Auch für Deutschland und Frankreich ist der militärische Einsatz von KI ein Zukunftsthema. Die Bundeswehr hat beispielsweise 2022 ein KI-gestütztes System zur Geländeaufklärung getestet.³⁶ Auch im Gemeinsamen Lagezentrum Cyber- und Innovationsraum (GLZ CIR) der Bundeswehr kommt KI bei der Erstellung von Lagebildern zum Einsatz.³⁷ Im Labor für Künstliche Intelligenz, das beim Bataillon für Elektronische Kampfführung 912 angesiedelt ist, werden die digitalen Kompetenzen der Soldaten verbessert.³⁸ Das französische Militär hat das Potenzial von KI ebenso erkannt. 2019 veröffentlichte die KI-Taskforce der Armee einen Report, der neue Richtlinien zum Einsatz KI-gestützter Technologien empfahl. Im

vergangenen Jahr stimmte das französische Verteidigungsministerium dem Start der letzten Phase des Datenmanagement-Systems Artemis zu. Ziel ist es, eine souveräne und sichere Plattform zur Verfügung zu stellen, welche die riesigen Datenmengen von militärischen Geräten und anderen Sensoren analysiert, um so die Basis für einen großflächigen Einsatz KI-gestützter Systeme in den französischen Streitkräften zu schaffen.³⁹

Trotz jüngster Fortschritte im KI-Bereich besteht in Deutschland und Frankreich noch viel Nachholbedarf. In der Zusammenarbeit mit Israel liegt auch hier großes Potenzial. Technologien, die bei den IDF schon jetzt Einsatz finden, könnten in angepasster Form künftig auch europäischen Streitkräften helfen. Entsprechende Projekte werden bereits erprobt und beispielsweise vom European Defence Fund gefördert. Der Fonds wurde für den Zeitraum 2021 bis 2027 mit knapp acht Milliarden Euro ausgestattet, um gemeinsame europäische Verteidigungsprojekte zu unterstützen. Eine der Prioritäten ist dabei die militärische Nutzung Künstlicher Intelligenz.⁴⁰ Hier böte sich in Zukunft eine Zusammenarbeit mit israelischen Partnern an.

ZUSAMMENFASSUNG

Europa sieht sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine einer neuen Bedrohungslage gegenübergestellt. Auch Israel steht seit dem Angriff der Hamas am 07. Oktober 2023 einem neuen Sicherheitskontext gegenüber. Auch die Bundesrepublik hat verstanden, dass die europäische Verteidigungsinfrastruktur an diese neue Realität angepasst werden muss. Mit der European Sky Shield Initiative (ESSI) und der Beschaffung des israelischen Raketenabwehrsystems Arrow-3 setzt

die Bundesregierung diese Erkenntnis in die Tat um. Frankreich hat im Bereich der Luftverteidigung andere Vorstellungen und setzt sich für europäische Technologien ein. Für eine konstruktive Weiterentwicklung der europäischen Wehrfähigkeit ist Dialog daher maßgeblich. Unabhängig davon bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit Israel aufgrund der Qualität israelischer Technologien in vielen Bereichen an. Mögliche Kooperationsfelder reichen vom Erwerb konkreter Waffensysteme und

Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung bis hin zum Einsatz von KI und Cybertechnologien. Auch bei der Frage, wie Innovation bei der Entwicklung neuer oder der Weiterentwicklung bestehender Systeme in die zivilen und militärischen Strukturen eingebunden werden kann, kann Israel als Beispiel dienen.

REPORT 4

Europäisch-israelische Zusammenarbeit nach der Zeitenwende

Bei diesem Report handelt es sich um die Zusammenfassung der Diskussionen und Handlungsempfehlungen des Summits des Strasbourg Forums 2023. Er fand am 11. und 12. September 2023 in Straßburg statt und behandelte neben europäisch-israelischer Kooperation im Verteidigungsbereich auch den politischen Umgang mit dem Iran. In einer abschließenden Diskussion wurden zudem gemeinsame Herausforderungen und Chancen für Europa und Israel herausgestellt.

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ging auch eine Neuausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik einher. Der Begriff „Zeitenwende“, den Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung wenige Tage nach Kriegsbeginn prägte, hat mittlerweile Eingang in das europäische Vokabular gefunden. In Frankreich werden sicherheitspolitische Fragestellungen schon lange deutlich offener diskutiert. Dabei ist auch das Verhältnis zum Einsatz der eigenen Streitkräfte ein grundsätzlich anderes. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs und einer weiteren internationalen Destabilisierung, ist die deutsch-französische Zusammenarbeit weiter von großer Bedeutung. Dennoch gab es jüngst Spannungen zwischen beiden Ländern, hervorgerufen durch Projekte wie der European Sky Shield Initiative (ESSI) – in deren Rahmen Deutschland das israelische Raketenabwehrsystem Arrow 3 erworben hat – und durch Herausforderungen bei der Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers, dem Main Ground Combat System (MGCS).

Herausforderungen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Während des Strasbourg Forums waren sich die Teilnehmer einig, dass europäische und insbesondere deutsch-französische Kooperationen im Rüstungs-

Das Strasbourg Forum ist ein von ELNET veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern sowie weiteren Experten einen vertiefenden politischen Austausch ermöglicht. Mit zwei Roundtables in Berlin und Paris und dem Summit in Straßburg bieten die ELNET-Büros in Berlin und Paris die Möglichkeit für einen neuen deutsch-französischen Impuls zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

und Verteidigungsbereich erhebliche Vorteile für alle Beteiligten bieten. Das gelte auch für die gemeinsame Beschaffung oder Entwicklung von Waffensystemen. Die aktuelle Situation sei allerdings von einigen Zwängen und Widersprüchen gekennzeichnet. Deutsche Teilnehmer betonten die dringende Notwendigkeit von Anschaffungen angesichts jahrzehntelanger Unterinvestitionen in die Bundeswehr. Da über Jahrzehnte zu wenig in die Bundeswehr investiert worden sei, müsse jetzt umso schneller aufgeholt werden. Die Bereitschaft, bestehende und erprobte militärische Systeme „von der Stange zu kaufen“, sei daher auf deutscher Seite aktuell besonders ausgeprägt. Ein Teilnehmer betonte, Deutschland könne in der aktuellen Lage schlicht nicht zehn Jahre auf die Entwicklung neuer Systeme warten. Frankreich habe seine Streitkräfte hingegen stets auf dem neuesten Stand gehalten und könne es sich daher eher leisten, auf die Entwicklung neuer Systeme zu warten.

Diese Problematik zeigt sich aktuell bei zwei zentralen gemeinsamen Rüstungsprojekten: dem Future Combat Air System (FCAS) und dem Main Ground Combat System (MGCS). Beide Projekte erlebten jüngst Verzögerungen. Beim MGCS führte die Klärung der Zuständigkeiten unter den Partnerländern zu Spannungen. Parallel riefen deutsche Rüstungskonzerne eine neue Initiative mit Spanien, Italien und Schweden ins

Leben, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung eines neuen Kampfpanzers besteht. Das stieß in Frankreich auf erheblichen Unmut. In den Diskussionen während des Summits betonten die deutschen Teilnehmer allerdings, die Presseberichte hierzu seien übereilt und auf stark ausgeprägtes Lobbying einzelner Konzerne zurückzuführen gewesen. Deutschland stehe nach wie vor zum MGCS-Projekt. Auch die Kompetenzstreitigkeiten seien ein vollkommen normales „Tautziehen“ unter Partnern, das aufgelöst werden könne. Das Engagement für das FCAS-Projekt sei ebenfalls unvermindert.

Zwischen Deutschland und Frankreich bestünden allerdings durchaus Unterschiede in der Prioritätensetzung, betonten einige Teilnehmer. Frankreich verfüge über moderne Flugzeuge, die auch zum Transport seiner Nuklearwaffen geeignet seien. Deutschland müsse sich hingegen schnell um eine Nachfolge für die veralteten Tornado-Kampfflugzeuge bemühen und habe daher die Entscheidung getroffen, F-35-Kampffjets aus US-amerikanischer Produktion anzuschaffen. Deutschland könne hier schlicht nicht auf FCAS warten, so ein Teilnehmer. Eine ähnliche Situation ergebe sich auf französischer Seite bei Kampfpanzern. Hier dränge Frankreich auf eine schnelle Lösung als Ersatz für den Leclerc-Panzer, während Deutschland sich mehr Zeit lassen könne. Teilnehmer auf beiden Seiten stimmten aber darin überein, dass solche Differenzen gemeinsamen Projekten nicht im Weg stehen dürften.

Die European Sky Shield Initiative (ESSI) wurde während des Summits intensiv diskutiert. Während Deutschland das Projekt als Initiator vorantreibt, steht Frankreich dem Vorhaben weiterhin skeptisch gegenüber. Französische Teilnehmer betonten, dass für sie europäische Souveränität in der Raketenabwehr zentral sei. Daher sei auch die Beschaffung des israelischen Luftverteidigungssystems Arrow 3 nicht die richtige Lösung. Von deutscher Seite wurde dagegen die Qualität des Systems sowie die einfache Integrierbarkeit in bestehende NATO-Strukturen betont. Im Bereich der Luftverteidigung bestehe eine bedeutende Lücke, die so schnell wie möglich geschlossen werden müsse. In einem langen Prozess auf die Entwicklung und Implementation eigener europäischer Systeme zu warten, sei für Deutschland keine Option. Von französischer Seite wurde zudem der bestehen-

de Konflikt zwischen strategischen Anforderungen und wirtschaftspolitischen Interessen angeführt. Frankreich habe das Ziel, seine Verteidigungsindustrie zu stärken und in Zusammenarbeit mit Partnern effizient zu positionieren. Abhängigkeiten von nicht-europäischen Staaten in derart sensiblen Bereichen seien unbedingt zu vermeiden. Betont wurde aber ebenso, dass es außerhalb der Luftverteidigung zahlreiche Bereiche gebe, in denen eine enge Kooperation mit Israel notwendig sei.

Das Potenzial europäisch-israelischer Verteidigungskooperation

Die anwesenden Experten stellten das gänzlich andere Verhältnis zwischen den Israeli Defense Forces (IDF) und der Zivilbevölkerung heraus. Israel musste seit Gründung praktisch kontinuierlich auf einen möglichen Kriegszustand vorbereitet sein. Diese jahrzehntelange Vorbereitung hat zu besonderen militärischen Fähigkeiten geführt, die auf der Welt ihres Gleichen suchten. Das mache das Land gerade in einer Situation, in der sich Europa einer neuen Bedrohungslage ausgesetzt sieht, zu einem attraktivem Kooperationspartner, so die Teilnehmer. Im September veröffentlichte Daten des Israeli Foreign Policy Index 2023 zeigten auch, dass beispielsweise Deutschland von der israelischen Bevölkerung als enger Partner wahrgenommen wird. Die israelische Regierung sollte diese Stimmung in der Bevölkerung nun aufnehmen, um das volle Potenzial europäisch-israelischer Kooperation auszuschöpfen, betonte eine Teilnehmerin.

Von deutscher Seite wurde unterstrichen, dass Israel beispielsweise dabei helfen könne, das Beschaffungswesen effizienter zu gestalten und neue Innovationen direkt in Prozesse einzubinden. Auch ein engerer Austausch mit der NATO sei in diesem Zusammenhang wünschenswert. Insbesondere in der Kooperation zwischen den Nachrichtendiensten liege hier großes Potenzial. Aktuell bestehe bereits eine enge Zusammenarbeit mit den britischen und US-amerikanischen Diensten, die ausgeweitet werden könne, wie die anwesenden Experten betonten. Dies käme insbesondere kleinen Ländern in der NATO zugute, die selbst nicht über umfangreiche nachrichtendienstliche Ressourcen verfügen.

Von Expertenseite wurde darüber hinaus herausgestellt, wie sehr europäische und israelische Interessen sich in der Region und darüber hinaus deckten. So sei die sich vertiefte Achse zwischen Russland und dem Iran für beide gleichermaßen eine Bedrohung, der gemeinsam begegnet werden müsse. Israel sei dabei ein „natürlicher Verbündeter“. Weiter betonten Teilnehmer aus beiden Ländern, dass Europa sich schon jetzt auf eine mögliche weitere Trump-Präsidentschaft und den damit einhergehenden fortschreitenden Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Nahen Osten einstellen müsse. In dieser Situation sei es besonders wichtig, Partner eng an sich zu binden, die dieselben Ziele verfolgten.

Französische Teilnehmer sprachen eine besondere Herausforderung an: Trotz der umfangreichen Zusammenarbeit mit Israel dränge nur wenig davon an die Öffentlichkeit. Dies liege oft an der Annahme, dass aufgrund des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht offen über diese Partnerschaft gesprochen werden könne. Dieser Ansatz wurde von den Teilnehmern kritisiert. Sie betonten die Bedeutung der Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz, und warnen davor, aufgrund von Vorbehalten Chancen ungenutzt zu lassen.

Zusammenarbeit bei Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz

Die Diskussionsteilnehmer hoben die Bedeutung von Cybersicherheit hervor. Angesichts der Prognose,

dass zukünftige Konflikte vermehrt im Cyberraum stattfinden werden, betonten die Experten die Notwendigkeit einer effizienten Abwehrinfrastruktur. Israel sei in diesem Bereich ein Vorbild, da es Bedrohungen im Cyberraum früher als andere erkannt und effektiver darauf reagiert habe. Ein Beispiel für engere Zusammenarbeit könnte eine Einbindung israelischer Expertise in das European Cyber Competence Centre sein, das den Austausch zu Cybersicherheitsfragen unter den Mitgliedsstaaten organisiert und Kompetenzen in diesem Bereich weiterentwickelt. Französische Teilnehmer zeigten sich zudem überrascht, dass es im Cyberbereich noch keine Rahmenkooperation zwischen der Europäischen Union und Israel gebe. Dies sei schnellstens nachzuholen.

Die anwesenden Experten betonten zudem, wie wichtig es sei, bei militärischen Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz nicht den Anschluss zu verlieren. Anderenfalls könne es hier in Zukunft zu Situationen kommen, in denen Europa anderen aufgrund fehlender KI-Lösungen strategisch unterlegen sei. Um das zu vermeiden, bedürfe es nicht nur substanzieller Investitionen in diesen Bereich, sondern auch einer engen Kooperation mit technologisch fortgeschrittenen Partnern wie Israel. Aktuell liege eine Herausforderung im KI-Bereich darin, die richtigen Talente an sich zu binden. Auch hier könne Israel mit seiner breiten Expertise unterstützen, da hier KI-gestützte Lösungen in den IDF bereits im Einsatz sind, die beispielsweise dem Raketenabwehrsystem Iron Dome bei der Berechnung des besten Abfangpunkts für feindliche Raketen unterstützt. Experten

- ▶ Rüstungskooperation: Definition von klaren Eckpunkten und Leitlinien für zukünftige deutsch-französische Rüstungskooperation sowohl bilateral als auch mit Israel.
- ▶ Engerer Austausch mit Israel zur Modernisierung des Beschaffungswesens.
- ▶ NATO-Zusammenarbeit: Ausweitung der Kooperation zwischen Israel und der NATO, insbesondere des Informationsaustausches der Nachrichtendienste.
- ▶ Cybersicherheit: Einbindung israelischer Expertise in das European Cyber Competence Centre.
- ▶ Militärische KI: Zusammenarbeit mit Israel bei der Forschung und Entwicklung von KI-Lösungen im Verteidigungsbereich.
- ▶ Offene Kommunikation über bestehende Zusammenarbeit und das Potenzial zukünftiger Kooperation mit Israel in verschiedenen sicherheitsrelevanten Bereichen.

plädierten für die Etablierung von Mechanismen, um neu entwickelte Technologien sicher mit Partnern teilen zu können. In der Vergangenheit habe es hier insbesondere mit den Vereinigten Staaten aufgrund mangelnder Sicherheitsfreigaben Schwierigkeiten gegeben. Diese ließen sich so zukünftig umschiffen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Diskussionen im Rahmen des Strasbourg Forum Summits haben gezeigt, dass in gemeinsamen deutsch-französischen Projekten im Verteidigungsbereich trotz einiger aktuell bestehender Verstimmungen nach wie vor großes Potenzial steckt. Europa richtet seine Verteidigungspolitik aktuell im Zuge des Russisch-Ukrainischen Krieges grundlegend neu aus und ist dabei insbesondere auch auf das klassische deutsch-französische Tandem angewiesen. Die Beratungen im Rahmen des Strasbourg Forums zeigen auch, dass beide Länder trotz unterschiedlicher Ansätze und Prioritätensetzung immer wieder zusammenfinden können. In Anbetracht der aktuellen Sicherheitslage in Europa rückt die enge Einbindung internationaler Partner wie Israel in den Vorder-

grund. Israels Beitrag, insbesondere durch das Arrow-3-Raketenabwehrsystem im Rahmen der European Sky Shield Initiative stärkt Europas Sicherheit erheblich. Auch wenn Frankreich insbesondere diesem Projekt nach wie vor skeptisch gegenübersteht, gibt es in vielen weiteren Bereichen keinen Zweifel am Potenzial einer engeren Verteidigungskooperation mit dem jüdischen Staat.

Neben einer Neuordnung des Beschaffungswesens und einer engeren Zusammenarbeit der Nachrichtendienste liegen die Chancen hier vor allem in den Bereichen Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz. Israel ist auf beiden Gebieten führend. Durch die Einbindung in europäische Strukturen und Initiativen können beide Seiten voneinander profitieren. Gemeinsamen Bedrohungen, wie der Moskau-Teheran-Achse, und veränderte Prioritätensetzungen in den Vereinigten Staaten, können Israel und Europa nur zusammen begegnen. Durch eine enge Partnerschaft können sie so langfristig zur Sicherheit im Nahen Osten wie auf dem europäischen Kontinent beitragen.



Une initiative franco-allemande
pour le Moyen-Orient

Table des matières

<i>Mot d'accueil</i>	44
<i>Introduction</i>	46
<i>Recommandations pour une politique européenne au Moyen-Orient</i>	47
LES ACCORDS D'ABRAHAM	48
<i>Briefing politique 1 : Le processus de normalisation des Accords d'Abraham :</i>	48
<i>Compte-rendu 1 : Interdiction du Hezbollah : quels enjeux pour l'Europe ?</i>	54
LA CRISE DE L'ENERGIE	57
<i>Briefing politique 2 : La crise de l'énergie : un défi pour l'Europe et le Moyen-Orient</i>	57
<i>Compte-rendu 2 : Crise énergétique en Europe, faire face aux nouveaux défis</i>	62
L'IRAN	66
<i>Briefing politique 3 : L'Europe et Israël face au défi iranien</i>	66
<i>Compte-rendu 3 : Première table-ronde : le défi iranien</i>	70
LA DÉFENSE	73
<i>Briefing politique 4 : Le tournant de l'époque en action : Réorientation de la politique de défense de l'Europe et opportunités de coopération avec Israël</i>	73
<i>Compte-rendu 4 : La coopération israélo-européenne après un tournant historique</i>	78
<i>Bibliographie</i>	82

Préface

Le 7 octobre 2023 marque un tournant cruel dans les 75 ans d'histoire de l'État d'Israël. Tôt le matin, des terroristes du Hamas lourdement armés ont pénétré en Israël depuis la bande de Gaza et ont assassiné plus d'un millier d'innocents, dont des femmes, des enfants et des adolescents. Un nombre à trois chiffres de personnes ont été enlevées dans la bande de Gaza. Parallèlement, des milliers de roquettes ont été tirées en direction d'Israël, causant des souffrances et des destructions supplémentaires.

Israël - fondé en 1948 après les terribles expériences de l'Holocauste dans la ferme intention d'offrir à l'avenir une patrie sûre à tous les Juifs - a été attaqué sournoisement et le sentiment de sécurité de ses citoyens a été ébranlé dans ses fondements. Les manifestations internationales de solidarité avec Israël sont les bienvenues, mais elles ne suffisent pas. Comme auparavant, l'antisémitisme n'est pas seulement profondément enraciné au Proche-Orient. En Europe aussi, il y a encore beaucoup trop de forces qui se solidarisent avec les actes horribles du Hamas ou qui tentent de dissimuler sommairement leurs sympathies pour le terrorisme derrière de creux slogans de liberté palestinienne. Cette haine d'Israël et cet antisémitisme qui méprisent l'être humain doivent être combattus avec encore plus de force, tant au Proche-Orient qu'en Europe. Il doit être combattu avec tous les moyens de l'État de droit !

Parallèlement, nous ne devons pas relâcher nos efforts pour offrir à toutes les personnes désireuses de paix en Israël et dans les territoires palestiniens une vie de liberté et de dignité sur la base d'une solution à deux États. L'absence de perspectives est un élément essentiel du terreau du terrorisme. Les terroristes islamistes disposent d'un réservoir de recrutement pratiquement inépuisable pour commettre leurs atrocités. Cette spirale fatale ne peut être brisée que si l'on parvient à offrir à des centaines de milliers de jeunes la perspective d'un avenir digne d'être vécu, sans violence ni terreur.

Les dernières semaines ont été les plus difficiles pour Israël depuis sa création. Et elles se poursuivent. Les



ennemis d'Israël ne se trouvent pas seulement dans la bande de Gaza. Ils se trouvent également au Liban, où une milice du Hezbollah armée à outrance n'attend qu'une chose : raser Israël, sous la houlette de Téhéran, où les fantasmes de destruction d'Israël font partie intégrante de la légitimité du pouvoir. Mais il y a aussi de l'espoir, et nous ne devons pas laisser les récents événements l'anéantir complètement. Les nombreux accords conclus par Israël avec des États du monde arabe au cours des dernières années soulignent que la paix et la compréhension sont possibles. C'est précisément pour cette raison qu'il vaut la peine de continuer à travailler sur la vision d'un Proche et Moyen-Orient pacifique et de nous engager de toutes nos forces pour surmonter la haine et la terreur.

Le Forum de Strasbourg peut contribuer au dialogue franco-allemand existant sur la politique européenne au Proche-Orient, en permettant aux parlementaires des deux pays de développer ensemble des stratégies et des recommandations sur les questions cruciales de la politique proche-orientale d'aujourd'hui.

Dr. Nils Schmid

Membre du Bundestag, Porte-parole du groupe parlementaire du SPD pour les affaires étrangères

Préface

Pendant plusieurs mois, l'espoir a été grand que, suivant les exemples des Émirats Arabes Unis, de Bahreïn, du Maroc et du Soudan, Israël pourrait conclure la paix avec d'autres voisins au Moyen-Orient. Les accords d'Abraham existants montraient déjà des premiers succès et le gouvernement de l'Arabie Saoudite envisageait une normalisation des relations avec Israël. Cependant, le 07 octobre, un événement terrible a mis temporairement fin à cette atmosphère positive.

Dans une action planifiée de longue date, des milliers de terroristes du Hamas ont surpris les troupes frontalières israéliennes, assassinant et kidnappant des centaines de personnes. Quelle est la suite ? Le conflit restera-t-il limité à l'élimination du Hamas dans la bande de Gaza ou doit-on s'attendre à un embrasement généralisé au Moyen-Orient, impliquant le Hezbollah au Liban, voire à un conflit avec l'Iran ?

Le conflit au Moyen-Orient nous concerne également directement en Europe. Plus que jamais, il est crucial de se demander comment la France, l'Allemagne et l'UE peuvent se positionner ensemble en ces temps difficiles. Quel rôle Israël joue-t-il dans la politique étrangère et de sécurité de l'UE ? Quel rôle l'UE peut-elle jouer dans l'apaisement de la région et la normalisation des relations ? Comment devons-nous gérer la menace iranienne ?

Le Forum de Strasbourg offre une plateforme exceptionnelle pour les parlementaires allemands et français afin de discuter de ces questions avec des experts du Moyen-Orient. Ainsi, les perspectives franco-allemandes ont pu être prises en compte pour dériver des recommandations d'action concrètes.

Les discussions ont clairement montré que l'Europe devrait à présent percevoir les accords de normalisation entre Israël, les Émirats Arabes Unis, le Soudan, Bahreïn et le Maroc comme une opportunité pour promouvoir la stabilité et la paix au Moyen-Orient. Dans le contexte de la guerre russo-ukrainienne et de la crise énergétique européenne qui en a résulté, la future énergie commune de l'Europe et du Moyen-Orient a également été abordée. Le rôle d'Israël et du Moyen-Orient en tant que partenaires énergétiques potentiels et le progrès technologique, en particulier dans les domaines de l'énergie solaire et de l'hydrogène, ont été soulignés comme une opportunité pour l'Europe.

Le forum a également souligné l'importance particulière des échanges franco-allemands sur les questions de défense en ces temps. Ceci est particulièrement vrai pour la politique de défense en relation avec la coopération avec Israël.

Comme l'année précédente, la gestion de l'Iran a été un sujet cen-



tral. Outre l'évolution de l'attitude de la communauté internationale envers le JCPOA, les questions des droits de l'homme et la gestion de la société civile iranienne ont également été abordées.

Le Forum de Strasbourg est une plateforme centrale que les parlementaires allemands et français peuvent utiliser pour exprimer notre solidarité avec Israël et développer des recommandations d'action concrètes pour un avenir sûr et paisible en Europe et au Moyen-Orient. Mettre en œuvre ces recommandations et apporter un changement positif est notre tâche commune.

Benjamin Haddad

Député de Paris, porte-parole de la majorité présidentielle, membre de la Commission des Affaires étrangères

Introduction

Le 7 octobre 2023, Israël a été victime d'une attaque brutale du Hamas qui change non seulement la donne au Moyen-Orient mais également en Europe où les effets déstabilisateurs se font déjà ressentir.

Ces trois dernières années pourtant, les Accords d'Abraham ont permis à de nouveaux partenaires, qui avaient refusé d'entretenir jusqu'alors des relations diplomatiques avec Israël depuis son indépendance, de faire la paix, et de lancer des projets conjoints dans des domaines comme le climat ou encore l'énergie.

Au même moment, se pose la question de savoir comment l'Europe peut coopérer avec ses alliés. Il s'agit de faire face à un choix d'alliances menaçant : la Chine, la Russie ainsi que l'Iran et ses supplétifs, notamment le Hamas et le Hezbollah.

Face à la situation volatile du Moyen-Orient, European Leadership Network (ELNET) a organisé une nouvelle édition du Forum de Strasbourg, créé en 2021. Ce format de discussion franco-allemand offre aux experts et aux décideurs politiques des deux États la possibilité d'un échange approfondi sur des questions centrales de politique étrangère et de sécurité au Moyen-Orient.

La présente brochure est consacrée aux quatre thèmes des tables rondes de cette année. Tout d'abord, l'importance des accords d'Abraham pour la stabilité au Moyen-Orient est mise en avant, de même que les défis énergétiques pour l'Europe et le Moyen-Orient, qui sont devenus particulièrement aigus dans le contexte de la guerre russo-ukrainienne. Le rôle de l'Iran et les défis qui en découlent dans la région seront également abordés. Enfin, la coopération israélo-européenne en matière de défense sera abordée dans le contexte du nouvel ordre mondial.

Les Accords d'Abraham entre Israël et différents pays du Moyen-Orient et d'Afrique du Nord, représentent l'un des processus de paix les plus importants depuis les accords de paix entre Israël, l'Égypte et la Jordanie. Il est essentiel de les renforcer et de les élargir, en particulier à un moment où les conflits s'intensifient en raison de l'implication d'acteurs tels que le Hamas, l'Iran

et le Hezbollah. L'Allemagne et la France pourraient notamment porter des projets innovants dans les domaines de l'énergie, de la gestion de l'eau et de la cybersécurité, et ainsi consolider les relations entre Israël et ses partenaires arabes tout en servant les intérêts de l'Europe.

La deuxième table ronde s'est concentrée sur la crise énergétique provoquée par l'attaque russe contre l'Ukraine, qui représente un défi sans précédent pour l'Europe. En tenant compte des stratégies énergétiques de l'Allemagne et de la France, les participants ont discuté des moyens de diversifier les sources d'énergie et d'accélérer la décarbonisation. Au sein de la région MENA, les opportunités de coopération entre les pays sont significatives, notamment dans le domaine de l'énergie solaire et de la technologie de l'hydrogène.

La question de la politique sécuritaire vis-à-vis de l'Iran a également été analysée. Les attaques menées contre Israël par le Hamas, qui bénéficie d'un soutien idéologique et militaire important de la part de l'Iran, soulignent la nécessité de se pencher sur la menace que représente le régime iranien. Le changement d'attitude de la communauté internationale s'agissant du programme nucléaire iranien ainsi que le rôle de l'UE et de la Russie dans le développement du programme d'armement nucléaire et balistique de l'Iran ont été abordés. Les questions des droits de l'homme et les relations avec la société civile iranienne ont également été au centre des débats.

Enfin, la coopération en matière de défense entre Israël et l'Europe a été discutée, en particulier l'initiative European Sky Shield (ESSI). Malgré les divergences d'opinion entre la France et l'Allemagne sur l'ESSI, des domaines de coopération possibles ont été identifiés tels que la collecte, l'échange de renseignements, la cybersécurité et l'intelligence artificielle.

Dans un paysage géopolitique en rapide évolution, la question d'une politique européenne concertée au Moyen-Orient se pose avec acuité. Le Forum de Strasbourg, en tant que format de dialogue parlementaire franco-allemand, a pour objectif de traiter des questions urgentes et de développer des recommandations d'action pour la paix, la coopération et la sécurité.

Recommandations pour une politique européenne au Moyen-Orient

1

... sur la façon dont les accords d'Abraham peuvent contribuer à la stabilité au Proche-Orient et en Europe.

- ▶ Assumer un rôle européen plus actif au Moyen-Orient dans le contexte des Accords d'Abraham.
- ▶ Organiser et soutenir des projets de coopération entre Israël et le monde arabe dans des domaines tels que la gestion de l'énergie et de l'eau, la cybersécurité, les sciences et la recherche.
- ▶ Promouvoir des initiatives d'intégration économique et d'expansion des relations commerciales entre les pays de la région.
- ▶ Soutenir l'intégration d'autres partenaires dans le processus des Accords d'Abraham. Lier la dynamique du processus des Accords d'Abraham au contexte israélo-palestinien en impliquant la partie palestinienne dans les dynamiques économiques émergentes.
- ▶ Utiliser le format « en feuille de trèfle » (Allemagne, France, Jordanie et Égypte) pour approfondir la normalisation des relations d'Israël avec le monde arabe.
- ▶ Créer un groupe de travail parlementaire à l'Assemblée nationale et au Sénat sur le modèle allemand.

TABLE RONDE 1

2

... dans le contexte de la crise énergétique

- ▶ Établir des formats de coopération trilatérale sur l'énergie solaire, l'hydrogène et les nouvelles technologies prometteuses.
- ▶ Mise en place d'un fonds trilatéral pour favoriser l'innovation énergétique.
- ▶ Construire un pipeline EastMed prêt pour l'hydrogène afin de répondre aux besoins énergétiques de l'Europe à moyen terme.
- ▶ Tirer pleinement parti de l'interconnexion EuroAsia pour approfondir la coopération en matière d'électricité.
- ▶ Utiliser l'opportunité des accords d'Abraham pour les projets israélo-arabes qui utilisent à la fois le pipeline EastMed et l'interconnexion EuroAsia.
- ▶ Établir un partenariat énergétique franco- israélien sur le modèle de son homologue allemand.

TABLE RONDE 2

3

... en ce qui concerne la gestion du défi iranien au Moyen-Orient

- ▶ Mise en place de formats alternatifs ne reposant pas sur le JCPOA existant et ne dépendant pas d'une coopération productive avec la Russie.
- ▶ Élaborer de nouvelles directives sur les seuils nucléaires.
- ▶ Impliquer d'autres États de la région dans le traitement du programme nucléaire iranien.
- ▶ Traiter séparément la question des lanceurs afin de réduire, au moins en partie, le risque d'escalade nucléaire.

TABLE RONDE 3

4

... sur le thème de la coopération de défense euro-israélienne après le tournant de l'époque

- ▶ Coopération en matière d'armement : définition de points clés et de lignes directrices claires pour la future coopération franco-allemande en matière d'armement, tant au niveau bilatéral qu'avec Israël.
- ▶ Échanges plus étroits avec Israël pour moderniser les achats.
- ▶ Coopération avec l'OTAN : extension de la coopération entre Israël et l'OTAN, en particulier l'échange d'informations des services de renseignement.
- ▶ Cybersécurité : intégrer l'expertise israélienne dans le Centre européen de compétences en cybersécurité.
- ▶ Coopération avec Israël en matière de recherche et de développement de solutions d'IA dans le domaine de la défense.
- ▶ Communication ouverte sur la coopération existante et le potentiel de coopération future avec Israël dans différents domaines liés à la sécurité.

TABLE RONDE 4

Le processus de normalisation des Accords d'Abraham :

Une marge de manœuvre en période troublée

Cette normalisation des relations résulte de plusieurs évolutions. Aux Émirats arabes unis, le rapprochement avec Israël s'inscrit dans une démarche de réforme intérieure. En outre, les avantages économiques de ce rapprochement sont évidents. La forte perception d'une menace iranienne tant par Israël que par ses nouveaux partenaires a également joué un rôle de premier plan : l'attaque à la roquette contre des installations de production de pétrole dans l'est de l'Arabie saoudite en septembre 2019 par les rebelles houthis, soutenus par l'Iran, avait été un choc pour la région.¹

En Allemagne et en Europe, les Accords d'Abraham ont d'abord rencontré assentiment et scepticisme à la fois, en partie à cause du rôle de l'administration Trump dans leur mise en œuvre. En dehors de la visite conjointe de représentants israéliens et émiratis au Mémorial aux Juifs assassinés d'Europe à Berlin le 6 octobre 2020, l'Allemagne a joué un rôle subordonné.

Avant tout, les Accords d'Abraham doivent être compris comme un processus toujours en développement. Ils permettent des innovations politiques et ceux qui en prennent l'initiative peuvent changer la situation politique au Moyen-Orient. Aux États-Unis, les deux camps politiques sont engagés dans ce processus.

Alors que les accords précédents ont été signés pendant le mandat du président Trump, le président Biden a pris la relève en tentant d'œuvrer, par exemple, à la signature d'un accord de normalisation

entre l'Arabie saoudite et Israël, comme objectif politique prioritaire au Moyen-Orient.² John Kerry, envoyé spécial américain sur les questions climatiques, a joué un rôle clé dans la négociation du Green Blue Deal entre Israël, la Jordanie et les Émirats arabes unis (voir ci-dessous). Toutefois, les prémices des Accords d'Abraham sont plus anciennes qu'on ne le pense. Elles ne remontent pas seulement au mandat de Trump : des premiers contacts entre diplomates israéliens et émiratis ont eu lieu dès 1994.³

Le rôle de l'Europe en tant qu'observateur du processus des Accords d'Abraham n'est pas gravé dans le marbre. De vastes opportunités peuvent s'ouvrir pour l'Europe au Moyen-Orient et lui offrent la possibilité de réorienter concrètement sa politique étrangère, face à ce changement historique.

Deux ans et demi plus tard : l'état actuel du processus de normalisation

Deux ans et demi après la signature des Accords d'Abraham, le bilan du processus de normalisation est impressionnant. Le 29 juin 2021, le ministre israélien des Affaires étrangères de l'époque, Yair Lapid, s'est rendu aux Émirats arabes unis pour l'ouverture de l'ambassade d'Israël. En août 2021, Lapid et son homologue marocain Nasser Bourita ont signé des accords de grande envergure dans les domaines de la culture, des sports et de la jeunesse lors d'une visite qui a également eu pour but l'inauguration de la nouvelle représentation israélienne à Rabat.⁴ Le Maroc voit dans ce développement une revitalisation des relations diplomatiques avec Israël, suspendues depuis plusieurs années.

Il y a aussi eu récemment une évolution dans les relations bilatérales entre Israël et le Soudan. L'accord bilatéral de normalisation a été finalisé lors d'une visite du ministre israélien des Affaires étrangères Eli Cohen à Khartoum le 3 février 2023. Cependant, la partie israélienne attend la remise du pouvoir par le gouvernement militaire soudanais à un gouvernement civil, comme annoncé, avant une cérémonie de signature officielle.⁵ Le Soudan avait déjà signé la déclaration

RÉUNIONS DE HAUT NIVEAU ENTRE LES SIGNATAIRES DES ACCORDS D'ABRAHAM

06 2021

Yaïr Lapid est le premier ministre israélien des Affaires étrangères à se rendre aux EAU et à y inaugurer une ambassade d'Israël.

12 2021

Naftali Bennett est le premier Premier ministre israélien à se rendre en visite officielle aux EAU.

01 2022

Isaac Herzog est le premier Président israélien à se rendre en visite officielle aux EAU.

03 2022

Conférence du Néguev avec les ministres des Affaires étrangères d'Israël, d'Égypte, du Bahreïn, des EAU, du Maroc et des États-Unis à Sde Boker en Israël.

2021

2022

08 2021

Yaïr Lapid se rend au Maroc et inaugure une représentation israélienne à Rabat.

02 2022

Le ministre israélien de la Défense Benny Gantz signe un accord de coopération en matière de défense avec le Bahreïn.

03 2022

Réunion trilatérale entre le président égyptien Abdel Fattah Al-Sisi, le Premier ministre israélien Naftali Bennett et le prince héritier d'Abu Dhabi Mohammed ben Zayid à Charm el-Cheikh en Égypte.

des Accords d'Abraham le 7 janvier 2021, sur demande américaine, mais sans accords de coopération précis avec Israël.⁶

Une éventuelle normalisation des relations d'Israël avec l'Indonésie, le Niger et la Mauritanie a récemment été évoquée.⁷ Le ministre israélien des Affaires étrangères Eli Cohen aurait demandé à son homologue allemande, Annalena Baerbock, un soutien, notamment dans les discussions pour traiter avec la Mauritanie et le Niger.⁸

Une éventuelle normalisation des relations d'Israël avec l'Indonésie, le Niger et la Mauritanie a récemment été évoquée. Le ministre israélien des Affaires étrangères Eli Cohen aurait demandé à son homologue allemande, Annalena Baerbock, un soutien, notamment dans les discussions pour traiter avec la Mauritanie et le Niger.

Le changement climatique dans le contexte des Accords d'Abraham : une chance pour la paix ?

Les résultats du processus des Accords d'Abraham sont particulièrement remarquables dans un domaine : la politique climatique, qui se prête à des projets communs. Le Moyen-Orient souffre plus que les autres. Une nouvelle hausse moyenne de 4 à 5 degrés est réaliste.⁹ La réduction des précipitations annonce également une crise de l'eau dans une région déjà très exposée aux sécheresses. Cependant, les développements récents donnent espoir : des partenaires anciens et nouveaux se rassemblent autour de ces défis communs. Un exemple frappant est le Green Blue Deal conclu entre les Émirats arabes unis, la Jordanie et Israël en novembre 2022. L'accord prévoit la livraison d'eau potable obtenue par dessalement d'eau de mer d'Israël à la Jordanie. En échange, la Jordanie fournit de l'énergie solaire à Israël. Les Émirats arabes unis sont impliqués dans l'accord par le biais d'investissements dans le secteur solaire jordanien.

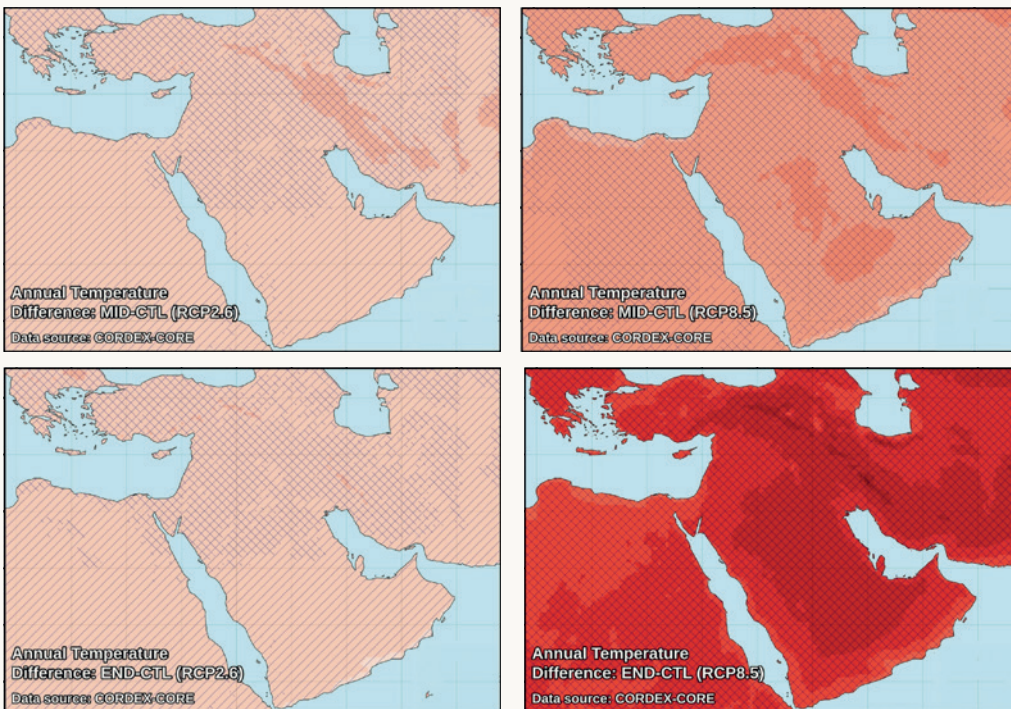
L'organisation EcoPeace, fortement impliquée dans la conception de cet accord, est à l'origine du projet « Mining Union for the Middle East », dont l'idée est de développer des liens économiques et pacifiques entre les États participants, sur le modèle de l'intégration européenne.

La connexion prévue du réseau électrique israélien à l'Union européenne en 2026 permettra également les exportations d'électricité du Moyen-Orient vers l'Europe et pourra, à l'avenir, générer des projets dans le cadre des Accords d'Abraham.¹⁰ Une coopération dans le secteur de l'hydrogène serait également envisageable via le pipeline EastMed. De telles possibilités sont actuellement explorées dans le cadre du partenariat énergétique germano-israélien conclu en mars 2022. Israël et l'Égypte travaillent en étroite collaboration avec l'Union européenne depuis juin 2022.¹² Dès lors, le gaz israélien est exporté vers l'UE via les terminaux GNL égyptiens.¹³ La coopération entre Israël et le Maroc dans le domaine des énergies renouvelables est encore plus avancée. En septembre 2022, les deux pays ont conclu un accord énergétique global qui prévoit une coopération dans les domaines des bat-

teries, du recyclage, de l'énergie solaire et de l'hydrogène.¹⁴ A cet effet, la société israélienne H2Pro et la société marocaine Gaia Energy ont signé un protocole d'accord en marge de la conférence COP 27 en novembre 2022. À l'avenir, ils veulent travailler ensemble à la production d'hydrogène vert, qui doit être exporté vers l'Espagne. Grâce au gazoduc franco-espagnol BarMar, qui doit intégrer à partir de 2026 le système énergétique de la péninsule ibérique, jusqu'à présent coupée du reste de l'Europe, dans le réseau européen, l'hydrogène pourrait également affluer vers l'Europe du Nord dans quelques années, et s'inscrire là aussi dans le cadre des Accords d'Abraham.

Israël et le monde arabe : des opportunités d'intégration économique

L'intégration économique au Moyen-Orient est encore à faire mais elle offre aussi de belles opportunités. Si l'on compare cette intégration économique avec celle de l'Europe, le pourcentage des échanges est nettement plus faible entre les pays du Moyen-Orient qu'entre les pays européens, dont les relations com-



PRONOSTIC DE L'AUGMENTATION DE LA TEMPÉRATURE AU MOYEN-ORIENT

en 2050 (deux graphiques du haut) et 2100 (deux graphiques du bas) sur la base de scénarios alternatifs de faibles émissions de gaz à effet de serre (graphiques de gauche) et de statu quo (graphiques de droite).¹¹

Source: Eurostat (online data code: DS-057009)



merciales sont façonnées par près de 75 ans d'intégration européenne.

Dès les années 1990, les États-Unis ont tenté d'inciter à l'intégration commerciale comme outil politique au Moyen-Orient. Avec le protocole sur les zones industrielles qualifiées adopté par le Congrès américain en 1996, les États-Unis ont introduit des exemptions de droits de douane et de quotas d'importation pour les produits en provenance d'Égypte, de Jordanie et des territoires palestiniens s'ils contiennent 11,7 % d'intrants israéliens.¹⁵ Cette approche se prête également du côté européen dans le cadre du processus des Accords d'Abraham. Les contrats existants pourraient être ancrés économiquement et des incitations à la signature de nouveaux accords pourraient être mises en place. Une incertitude demeure quant à l'efficacité des Accords d'Abraham pour obtenir des avancées avec la partie palestinienne. Du côté arabe, les Accords d'Abraham représentent une rupture avec la position antérieure consistant à lier la normalisation des relations à une résolution du conflit. Ils ont été signés avec la prise de conscience suivante : des progrès dans le processus

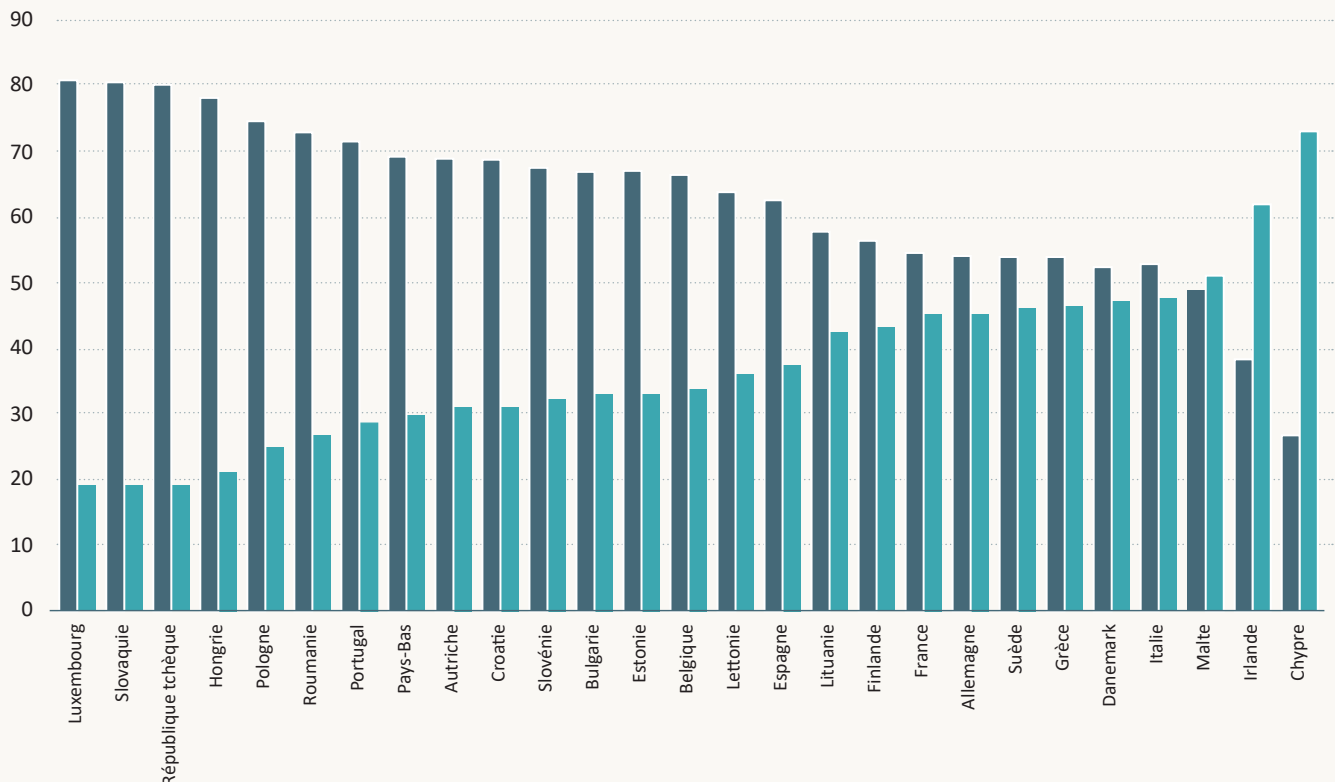
de paix semblent actuellement irréalistes, les mesures qui peuvent être mises en œuvre à court et à moyen terme sont donc principalement à rechercher dans le domaine économique. Cette approche pragmatique vise à permettre une sécurité accrue pour la partie israélienne et un développement économique plus poussé pour la partie palestinienne.

Les Accords d'Abraham ne doivent donc pas être considérés uniquement comme un processus d'intégration économique entre les États prospères des Émirats arabes unis, de Bahreïn et d'Israël : ils représentent une opportunité unique de stabiliser la région économiquement et politiquement avec l'implication de divers partenaires. L'attaque russe contre l'Ukraine a présenté au Moyen-Orient des défis majeurs, qui se reflètent notamment dans la hausse des prix des denrées alimentaires et les pénuries d'électricité. La solide expertise d'Israël en Agri-Tech et Climate-Tech (cultures résistantes à la sécheresse, dessalement de l'eau de mer et coopération dans le domaine de l'énergie) a la capacité de préparer le Moyen-Orient aux défis à long terme du XXI^e siècle.

Source: Eurostat (online data code: DS-057009)

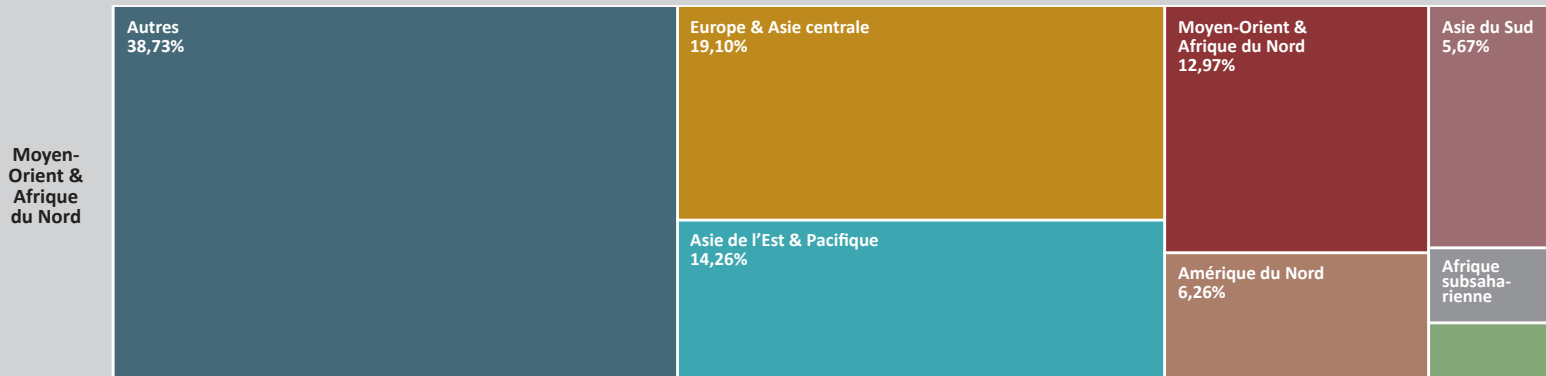
EXPORTATIONS DE MARCHANDISES (2021)

à l'intérieur ■ et hors de l'UE ■ en pourcentage



Source: World Integrated Trade Solution

EXPORTATIONS DE LA RÉGION ANMO EN POURCENTAGE ET PAR DESTINATION (2016)



La Russie et la Chine au Moyen-Orient : les Accords d'Abraham comme contrepoids à des forces anti-démocratiques en quête d'hégémonie

Le Moyen-Orient n'a jamais été à l'abri d'ingérences politiques extérieures. Les États-Unis ont joué un rôle crucial, surtout après la fin de la guerre froide. Depuis 2015, la Russie réussit de mieux en mieux à se positionner comme une puissance au Moyen-Orient. Par son intervention dans la guerre civile syrienne à partir de septembre 2015, la Russie a également gagné en influence sur Israël. Une action contre les forces iraniennes en Syrie n'est possible pour Israël qu'en accord avec Moscou en raison des défenses aériennes russes qui y sont actives.

Compte tenu de la guerre en Ukraine, la Russie peut-elle maintenir son engagement au Moyen-Orient à moyen terme ? Face à un éventuel retrait, les démocraties occidentales pourraient prendre plus d'initiatives dans la région. L'escalade du conflit du Haut-Karabakh entre l'Azerbaïdjan et l'Arménie à la mi-septembre 2022, autour duquel se sont retrouvés ou affrontés indirectement tous les acteurs présents au Moyen Orient, pourrait à l'avenir déstabiliser les équilibres en présence. La défaite russe dans l'oblast de Khar-kiv a eu un impact sur la médiation de Moscou entre Erevan et Bakou et n'a pas su empêcher une reprise du conflit entre les deux parties. Un déclin de l'influence russe peut donc se révéler à double tranchant : soit une opportunité pour les États démocratiques de s'engager davantage soit l'occasion pour la Chine et l'Iran d'étendre leurs positions hégémoniques.

Ces dernières années, les États-Unis ont concentré davantage leur attention sur la région indopacifique que sur le Moyen-Orient. Pendant ce temps, l'influence chinoise s'y accroît. Avec le programme de coopération de 25 ans, la Chine et l'Iran ont conclu un partenariat à long terme en mars 2021. Avec ses composantes militaires, ce programme de coopération offre à la Chine l'opportunité d'étendre son influence régionale. Le rôle économique de l'Iran est déjà important, de sorte que la Chine bénéficierait également économiquement d'un nouvel accord nucléaire.¹⁶ Avec la médiation réussie de l'accord de normalisation entre l'Iran et l'Arabie saoudite en mars 2023, la République populaire a également clairement indiqué qu'elle avait une légitimité dans la stabilisation régionale.¹⁷

Dans ce contexte, les pays signataires des Accords d'Abraham assument un nouveau rôle : celui d'une coalition des forces démocratiques dans la région. Leur ambition d'une paix juste et durable pourrait être contestée voire mise à mal par la récente normalisation des relations saoudo-iraniennes sous l'égide de la Chine.

Arabie Saoudite : le prochain candidat aux Accords d'Abraham ?

Pour le gouvernement israélien, la normalisation des relations avec l'Arabie saoudite était une priorité en matière de politique étrangère. En novembre 2020 (et donc au plus fort de la médiation des Accords d'Abraham), une visite secrète de Benjamin Netanya-

hu en Arabie saoudite avait fait grand bruit.¹⁸ Contrairement à son père, le prince héritier Mohammed Bin-Salman se montre plus pragmatique quant aux relations avec Israël ayant probablement donné son approbation au Royaume du Bahreïn pour la signature des Accords dès 2020.

Néanmoins, l'Arabie saoudite ne semble disposée à franchir cette étape qu'en échange de concessions importantes. En vue d'une normalisation des relations, l'Arabie saoudite a demandé aux États-Unis des garanties de sécurité ainsi qu'une aide à

la mise en place d'un programme nucléaire civil qu'elle n'a pas obtenues, changeant alors d'ambition en œuvrant à un rapprochement avec l'Iran.¹⁹ L'Arabie saoudite reste néanmoins un partenaire particulièrement pertinent à bien des égards. Non seulement le pays possède une influence religieuse et culturelle importante dans la région, mais il joue aussi un rôle géographique particulier : en tant que pays-pont, il offre de nouvelles opportunités d'intégration économique, comme la construction de lignes de chemin de fer de la Méditerranée au golfe Persique par exemple.

RÉSUMÉ

Le Moyen-Orient – comme le reste du monde – est confronté à d'énormes défis politiques, compte tenu des développements sociaux et économiques actuels. Les Accords d'Abraham offrent à l'Europe l'occasion de prendre l'initiative de renforcer la stabilité et la prospérité dans la région, également dans son propre intérêt sécuritaire et migratoire.

En Europe aussi, les changements géopolitiques liés au retour de la guerre sur son territoire posent un nouveau défi. Dans ce contexte, l'Europe de l'Est joue un rôle central dans la sécurité européenne face à l'ambition hégémonique de la Russie. Cependant, l'invasion russe de l'Ukraine a également mis en lumière l'implication d'acteurs du Moyen-Orient. En effet, les Accords d'Abraham

pourraient permettre de contrer l'expansion de la coopération russo-iranienne, qui devient de plus en plus évidente en Ukraine.

Par ailleurs, les Accords d'Abraham ne se limitent pas qu'à la possibilité de relever les défis de la crise énergétique en Europe par de nouvelles formes de coopération, ils joueraient aussi un rôle d'intermédiaire avec les autres pays arabes non-signataires pour assurer la disponibilité du pétrole et du gaz sur le marché mondial.

Afin que les Accords d'Abraham puissent jouer leur rôle en matière de catalyseur de coopération régionale et interrégionale, l'Europe doit prendre part à cette nouvelle dynamique historique. Les États-Unis ayant fait de la région indopacifique leur priorité,

l'Europe peut devenir un acteur de la stabilité du Moyen-Orient. C'est sans doute l'unique rempart face aux volontés hégémoniques des États autoritaires voisins.

L'enjeu pour l'Europe au Moyen-Orient demeure important. Les impacts du changement climatique menacent de contribuer à l'instabilité socio-économique : le rôle de la sécheresse de la fin des années 2000 dans le déclenchement de la guerre civile syrienne et donc de la crise des réfugiés en Europe illustre l'ampleur des enjeux. Les innovations technologiques israéliennes en la matière et le partenariat énergétique avec les acteurs régionaux peuvent apporter une contribution décisive à la résolution des crises d'aujourd'hui et de demain.

Comment le tournant historique des Accords d'Abraham peut-il contribuer à la stabilité au Moyen-Orient et en Europe ?

Ce compte rendu est la synthèse des discussions et des recommandations de la première table ronde du Forum de Strasbourg organisé par ELNET. Elle s'est tenue le 27 avril 2023 à Berlin et a porté sur les Accords d'Abraham. Plus de deux ans après leur signature, il s'agissait de voir dans quelle mesure l'Europe peut jouer un rôle actif dans leur approfondissement.

Avec deux tables rondes et un sommet à Strasbourg le 14 septembre 2023, ce Forum a pour but d'offrir à des parlementaires et à des experts allemands et français l'opportunité d'impulser une nouvelle dynamique en matière de politique étrangère européenne au Moyen-Orient.

Les Accords d'Abraham : un changement de paradigme politique au Moyen-Orient

Cela fait plus de deux ans désormais que quatre États arabes (les Émirats arabes unis, le 13 août 2020 ; Bahreïn, le 11 septembre 2020 ; le Maroc, le 10 décembre 2020 et le Soudan, le 7 janvier 2021) normalisaient leurs relations avec Israël. De nombreux observateurs

avaient longtemps considéré comme impossible ce qui est aujourd'hui un tournant pour la région. Depuis les Accords d'Oslo en 1993 et les négociations de Camp David en 2000, peu d'indices laissaient croire que d'autres accords de cette ampleur seraient signés entre Israël et ses voisins. On assiste donc à un changement fondamental de paradigme en matière de politique régionale, puisque l'établissement d'un État

- ▶ Assumer un rôle européen plus actif au Moyen-Orient dans le contexte des Accords d'Abraham.
- ▶ Organiser et soutenir des projets de coopération entre Israël et le monde arabe dans des domaines tels que la gestion de l'énergie et de l'eau, la cybersécurité, les sciences et la recherche.
- ▶ Promouvoir des initiatives d'intégration économique et d'expansion des relations commerciales entre les pays de la région.
- ▶ Soutenir l'intégration d'autres partenaires dans le processus des Accords d'Abraham. Lier la dynamique du processus des Accords d'Abraham au contexte israélo-palestinien en impliquant la partie palestinienne dans les dynamiques économiques émergentes.
- ▶ Utiliser le format « en feuille de trèfle » (Allemagne, France, Jordanie et Égypte) pour approfondir la normalisation des relations d'Israël avec le monde arabe.
- ▶ Créer un groupe de travail parlementaire à l'Assemblée nationale et au Sénat sur le modèle allemand.

palestinien n'a pas été exigé comme condition préalable à la normalisation. En outre, ces avancées au niveau bilatéral sont une véritable opportunité à moyen et à long terme pour travailler, dans un deuxième temps, à la résolution du conflit.

La responsabilité de l'Europe au Moyen-Orient

Les participants se sont accordés sur un fait : les États-Unis se retirent progressivement du Moyen-Orient. Ce serait donc une erreur de continuer à s'appuyer sur leur rôle de médiateur pour faire avancer le processus de normalisation. Il y a consensus sur le fait qu'il s'agit d'une opportunité et d'une obligation, pour l'Europe, de combler ce nouveau déficit de puissance grâce à une politique plus active dans la région.

Ce constat est aussi pertinent dans le contexte d'un approfondissement de la coopération russo-chinoise. La Chine, en particulier, est souvent guidée par ses ambitions économiques, bien qu'elle défende depuis longtemps ses intérêts géopolitiques. En tant que « moteur » de la politique européenne, l'Allemagne et la France pourraient et devraient contrecarrer l'influence de ces deux États autoritaires. Là aussi, l'Europe doit apprendre à agir de façon plus stratégique. Les participants ont souligné que l'agression russe contre l'Ukraine avait développé une nouvelle dynamique chez les Européens. Agir plus activement en matière de politique étrangère est désormais possible, au-delà du sujet ukrainien.

Cependant, l'Union européenne reste contrainte par sa structure politique et ses processus décisionnels. Par ailleurs, l'absence de positions unies renforce l'image d'une Europe moins puissante dans la région qu'elle ne pourrait l'être. L'Allemagne et la France ne sont pas toujours en accord sur ce point, rendant encore plus difficile toute politique étrangère commune. Pour autant, la recherche du compromis au sein de l'UE a conduit à plusieurs reprises à des succès notables. Par exemple, la reprise du Conseil d'association UE-Israël après une interruption d'une dizaine d'années peut être attribuée à l'effort conjoint franco-allemand.

Outre des mesures concrètes, l'UE peut également avoir un impact en tant qu'exemple historique. Après

tout, elle est elle-même le produit de la réconciliation sur plusieurs décennies entre des États autrefois hostiles et dont l'amitié franco-allemande est l'archétype. Les experts ont souligné que les Accords d'Abraham, dans le contexte du Moyen-Orient, sont tout aussi importants que la réconciliation franco-allemande après la Seconde Guerre mondiale.

Un nouvel élan pour le processus des Accords d'Abraham

Au cours de la discussion, la concrétisation des Accords dans de nombreux domaines a été soulignée. Cependant, l'élan initial s'est essoufflé, de sorte qu'une nouvelle dynamique doit être à nouveau impulsée. Bien que certains estiment qu'Israël n'a pas besoin du soutien européen à cet égard, la grande majorité des participants a souligné le rôle de partenaire de l'Union européenne.

L'invasion russe de l'Ukraine a bouleversé le secteur de l'énergie, obligeant l'Europe à diversifier son approvisionnement énergétique afin de réduire ses dépendances. Les participants ont reconnu le rôle important du Moyen-Orient dans ce contexte. L'accord gazier signé l'an dernier entre Israël, l'Égypte et l'Union européenne pour exporter du gaz naturel liquéfié israélien vers l'Europe via les terminaux GNL égyptiens, pourrait ici servir de modèle. Les participants ont par ailleurs souligné le grand potentiel en matière d'approvisionnement en eau. Le Green Blue Deal, avec la médiation des Émirats arabes unis, fournit à la Jordanie de l'eau potable israélienne et à Israël de l'énergie solaire jordanienne.

À bien des égards, Israël est à l'avant-garde sur la scène internationale dans les secteurs de la recherche et des sciences. Les États arabes, en revanche, sont de plus en plus confrontés au défi de transformer leurs modèles économiques basés sur l'utilisation des ressources fossiles en un avenir climatiquement neutre. S'allier à la start-up nation israélienne fait sens pour développer de nouvelles innovations, avec le soutien des Européens.

La cybersécurité a également été évoquée comme un domaine de coopération à renforcer. Les experts israéliens, bahreïnais, marocains, émiratis et améri-

cains qui se sont rencontrés lors d'une conférence à Tel-Aviv en février dernier, s'accordent à dire que leurs États sont de plus en plus exposés aux cyberattaques de la Russie, de la Chine et de l'Iran. L'existence de ces intérêts communs nécessite donc des partenariats élargis. Les participants français ont cité l'exemple du Cyber Campus français à Paris, qui vise à mutualiser les compétences dans ce domaine et à promouvoir de nouvelles innovations. Une coopération entre ce dernier et des institutions comparables serait tout à fait pertinente.

L'avenir des Accords d'Abraham

La signature des Accords suscite un espoir, celui d'étendre à d'autres États le processus de normalisation. Face à la menace iranienne (proxies et programme nucléaire en progression continue depuis 2020), l'Europe doit jouer un rôle actif dans l'élargissement du cercle d'Abraham.

Israël s'efforce actuellement de normaliser ses relations avec l'Arabie saoudite. Un expert s'est montré optimiste quant à ce rapprochement, car le modèle économique de l'Arabie saoudite n'est pas viable à long terme. La coopération avec Israël est donc impérative, afin de réduire la dépendance saoudienne vis-à-vis du commerce du pétrole. Ce réalignement économique aura également un impact stratégique, malgré le récent rapprochement de l'Arabie saoudite avec l'Iran.

Mais ce rapprochement entre États prospères ayant des intérêts commerciaux communs et États dans lesquels la coopération est rendue plus difficile par une situation intérieure incertaine et la faiblesse économique, ne permettra pas, selon certains, l'expansion des Accords à court terme. Il est donc plus que nécessaire d'approfondir les accords déjà conclus, afin d'éviter leur stagnation voire leur régression. D'autres participants ont estimé qu'il y avait d'autres partenaires po-

tentiels pour des accords supplémentaires : l'Algérie, la Tunisie et Oman.

Le débat a également porté sur la question d'appliquer les Accords au processus de paix avec les Palestiniens. Un retour à l'approche désormais dépassée, qui voudrait que des avancées soient obtenues avec les Palestiniens avant toute normalisation avec Israël, ne doit être en aucun cas autorisé. Néanmoins, impliquer ces derniers dans le processus, notamment au travers de projets économiques, semble nécessaire pour améliorer leurs conditions de vie.

Moyen-Orient en mutation : comment l'Europe peut-elle devenir plus active ?

Les participants allemands et français ont échangé sur les mesures aptes à donner à l'Europe un rôle plus actif dans le processus des Accords d'Abraham. Les participants français se sont montrés très intéressés par les travaux du groupe parlementaire transpartisan consacré aux Accords d'Abraham au Bundestag. Ils ont également souhaité la création de groupes semblables à l'Assemblée nationale et au Sénat.

Un potentiel considérable existe au niveau gouvernemental, grâce au format « en feuille de trèfle », composé de la France, de l'Allemagne, de la Jordanie et de l'Égypte et créé par l'ancien ministre fédéral des Affaires étrangères Heiko Maas. En s'inspirant du processus des Accords d'Abraham, ce format peut servir de cadre en vue de faire avancer la résolution du conflit israélo-palestinien. Il s'agit d'une étape importante pour convaincre d'autres États musulmans de normaliser leurs relations diplomatiques avec Israël. La France a un rôle particulier à jouer dans ce processus de rapprochement, notamment avec la Tunisie et l'Algérie. De tels projets seraient des moyens appropriés pour donner à l'Europe le rôle qui lui revient au Moyen-Orient.

BRIEFING POLITIQUE 2

Crise énergétique : un défi pour l'Europe et le Moyen-Orient

Le secteur de l'énergie est en pleine évolution. Le changement climatique et l'invasion de l'Ukraine par la Russie ont fortement impacté l'approvisionnement énergétique en Europe. La forte dépendance vis-à-vis des importations de gaz naturel, en particulier de la Russie, a clairement affaibli l'Europe. Pour faire face à cette situation, celle-ci cherche à diversifier ses sources d'énergie en promouvant le développement des énergies renouvelables, en adoptant des mesures d'efficacité énergétique et en renforçant la coopération. Dans ce contexte, le Moyen-Orient et Israël jouent un rôle clé. La région est particulièrement propice au déploiement de l'énergie solaire tandis que les ressources gazières occupent une position prépondérante. La double transformation recherchée par l'Europe, c'est-à-dire la transition vers la neutralité climatique et la diversification des fournisseurs, dépend également de la coopération avec ses partenaires au Moyen-Orient.

Les marchés mondiaux de l'énergie sont actuellement dominés par des États autoritaires. L'Europe n'est pas encore suffisamment forte pour s'en affranchir. Pour autant, à moyen et long terme, la politique énergétique pourrait être utilisée pour donner une impulsion à une politique étrangère visant à contrer l'influence de pays tels que la Russie et la Chine. Cette dernière est de plus en plus active au Moyen-Orient, comme en témoigne l'accord qu'elle a signé dans le domaine de l'énergie nucléaire avec les Émirats arabes unis en mai 2023¹. Un engagement accru de l'Europe dans la politique énergétique au Moyen-Orient lui permettrait de rester engagée sur le plan diplomatique dans la région. Ainsi, plusieurs objectifs politiques convergent : la lutte contre le changement climatique et ses conséquences, la garantie d'une économie européenne grâce à des approvisionnements énergétiques abordables et fiables, ainsi que la stabilisation politique du Moyen-Orient et de l'Europe.

La fourniture d'énergie à l'épreuve du changement climatique et de la guerre en Ukraine

Le changement climatique pose de grands défis au secteur de l'énergie à l'échelle mondiale. Cela est particulièrement vrai pour le Moyen-Orient, qui fait partie des régions les plus touchées : augmentation de la désertification, perte de la biodiversité, raréfaction croissante de l'eau et élévation du niveau de la mer, entraînant l'érosion des sols, l'insécurité alimentaire et les mouvements migratoires. Une récente étude de la NASA² prévoit que certaines parties du Moyen-Orient pourraient devenir pratiquement inhabitables dès 2050. D'autres études prévoient une augmentation de la température pouvant atteindre jusqu'à 5 degrés Celsius d'ici la fin du siècle³.

Pour réduire au minimum les impacts du changement climatique, il est nécessaire de procéder rapidement à une transformation de la fourniture d'énergie. À cet égard, l'Europe se trouve actuellement dans une meilleure situation que le Moyen-Orient. Bien que le charbon soit encore la principale source d'énergie pour la production d'électricité en Allemagne l'année dernière, l'électricité provenant des énergies renouvelables a représenté au total 46,3 % du mix énergétique allemand en 2022. L'énergie éolienne a représenté la plus grande part avec 24 %, suivie de l'énergie solaire avec 10,6 %. La part des énergies renouvelables a augmenté d'environ 9 % par rapport à 2021, tandis que la production d'électricité à partir de gaz naturel a fortement diminué⁴. En terme de bilan, l'Allemagne a importé légèrement moins d'électricité en 2022 et en a exporté légèrement plus par rapport à l'année précédente.

En France, l'énergie nucléaire joue un rôle majeur dans le mix énergétique. L'année dernière, les centrales nucléaires ont été responsables d'environ 63 % de la production d'électricité. Seulement un quart de l'électricité provient des énergies renouvelables, parmi lesquelles l'hydroélectricité (11 %), suivie de l'énergie éolienne (8,6 %) et de l'énergie solaire (4,2 %)⁵. La France est traditionnellement un exportateur d'électricité, mais a provisoirement perdu ce

rôle en 2022. Depuis le début de l'année 2023, la France est à nouveau un exportateur net⁶. Le gouvernement allemand a légalement fixé l'objectif de rendre la production d'électricité neutre pour le climat d'ici 2045, en visant une part de 80 % d'électricité provenant de sources renouvelables d'ici 2030⁷.

La France devra également soutenir vigoureusement les énergies renouvelables si elle souhaite atteindre ses objectifs d'expansion - 33 % d'énergies renouvelables d'ici 2030⁸ - tout en réduisant la part du nucléaire dans le mix énergétique français à 50 % d'ici 2035⁹.

Le Proche-Orient est également engagé dans une transition énergétique. Cependant, Israël ne tire actuellement que près de 7 % de son électricité des énergies renouvelables. L'énergie solaire représente la part prédominante (6 %), tandis que les sources d'énergie fossiles telles que le gaz (67 %) et le charbon (26 %) représentent toujours la majeure partie¹⁰. Le gouvernement israélien s'est toutefois fixé des objectifs clairs d'expansion. Ainsi, la part des énergies renouvelables dans le mix énergétique de l'État juif devrait atteindre 20 % d'ici 2025, puis 30 % d'ici 2030¹¹. À cet effet, les installations solaires devront produire seules 17,1 gigawatts d'électricité en 2030, soit déjà 9,8 gigawatts en 2025. Ce sont des chiffres ambitieux, étant donné que la capacité était seulement de 3,6 gigawatts en 2021. En revanche, la production d'électricité à partir du charbon devrait être éliminée d'ici la fin de l'année 2025, tandis que les centrales au gaz seront maintenues en tant que solution de secours¹².

Outre le défi du changement climatique, la réduction des dépendances existantes est devenue une tâche

tout aussi importante depuis l'invasion de l'Ukraine par la Russie le 24 février 2022. L'Allemagne a déjà réduit de 99,8 % les importations de pétrole et de gaz russes de février 2022 à février 2023, ainsi que les importations de charbon de 92,5 %¹³. Des développements similaires peuvent également être observés en France. Bien que la dépendance y ait été initialement moindre. À l'automne 2022, le ministre de l'Économie Bruno Le Maire a toutefois annoncé que la France se préparait à mettre fin aux livraisons de gaz russes¹⁴.

Il sera essentiel de trouver des alternatives à la militarisation des ressources énergétiques, telles que la promotion des énergies renouvelables, l'amélioration de l'efficacité énergétique, la diversification des sources d'énergie et la coopération internationale. Israël se présente comme un partenaire dans ce domaine. Le pays a découvert d'importantes réserves de gaz naturel ces dernières années. Des projets énergétiques collaboratifs tels que les pipelines de gaz (hydrogène-capables) ou l'exportation de gaz naturel liquéfié (GNL) peuvent diversifier les sources d'énergie de l'Europe. À cet égard, on peut citer le mémorandum signé en juin 2022 entre la Commission européenne, l'Égypte et Israël concernant l'expédition de gaz liquéfié israélien vers l'Europe via l'Égypte¹⁵.

Le rôle d'Israël dans les projets d'infrastructure stratégique et les initiatives vertes de l'Europe

Israël a réalisé des progrès technologiques importants, notamment dans le domaine des énergies renouvelables. La transmission de cette expertise peut contribuer aux projets d'infrastructure stratégiques et aux initiatives vertes de l'Europe. Israël a notamment un

INFORMATION

L'Europe a pris conscience que la Russie utilisait ses capacités d'approvisionnement énergétique comme une arme. La militarisation de l'approvisionnement énergétique a ainsi atteint son point culminant:

- La militarisation des ressources énergétiques contribue à l'instabilité régionale en créant des conflits entre les pays produc-

teurs et consommateurs, ainsi qu'entre les pays voisins.

- Les pays dépendants des ressources énergétiques provenant de régions militarisées deviennent vulnérables aux interruptions d'approvisionnement, ce qui entraîne des problèmes économiques et sociaux.
- La militarisation des ressources énergétiques entraîne des dépenses militaires

considérables, tant pour la protection des infrastructures énergétiques que pour les opérations visant à sécuriser ces ressources.

- Les activités militaires liées à la sécurisation des ressources énergétiques ont des conséquences environnementales négatives telles que la détérioration des écosystèmes, la pollution de l'eau et du sol.

grand potentiel dans le domaine de l'énergie solaire. Les conditions pour un déploiement à grande échelle - ensoleillement, faible précipitation, terres plates inutilisées à proximité des grands axes de transport et de distribution d'électricité - sont réunies¹⁶. L'Allemagne a déjà saisi l'opportunité de coopérer avec Israël. Depuis mars 2022, le partenariat énergétique germano-israélien est en place¹⁷. Le développement des énergies renouvelables est au cœur de cette coopération, où l'énergie solaire joue également un rôle prépondérant.

Un problème majeur lié au déploiement solaire à grande échelle réside dans le stockage de l'électricité produite. Cette difficulté est amplifiée par le fait que le réseau électrique israélien est en grande partie isolé et dispose de peu de connexions avec les pays voisins qui pourraient compenser les éventuelles manques de capacité. Le gouvernement israélien a donc pris des mesures pour promouvoir le développement et l'utilisation de capacités de stockage¹⁸.

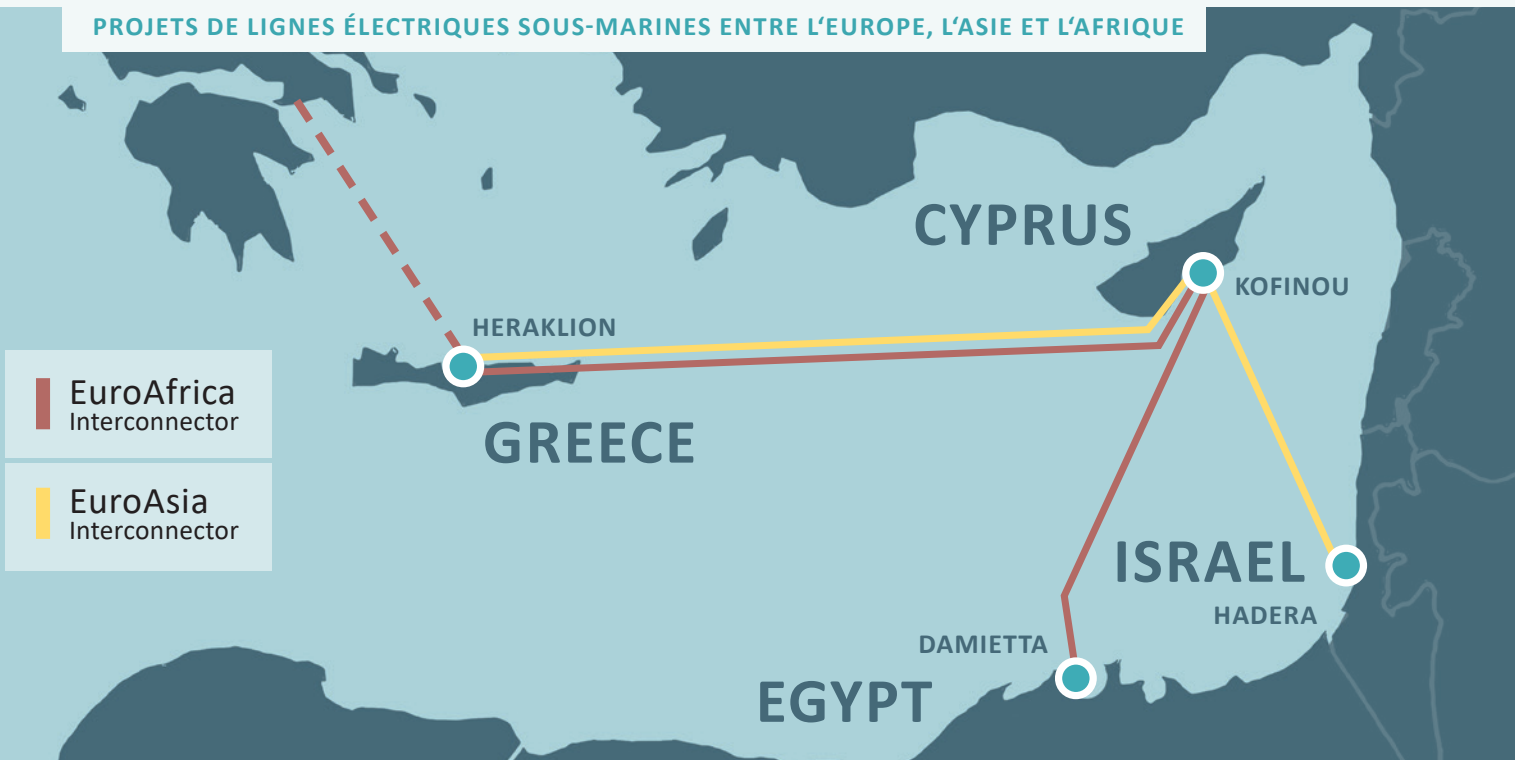
Dans un avenir proche, la connexion d'Israël au réseau électrique européen via l'EuroAsia Interconnector permettra de remédier à cette situation. Ce projet prévoit de relier les réseaux électriques israéliens et européens sur une distance de plus de 1 518 kilomètres de câbles. La mise en service est prévue pour

2026. Cette connexion d'un coût d'environ 2,5 milliards d'euros offre à Israël la possibilité de sortir son réseau électrique de l'isolement et de mieux compenser les éventuels problèmes de capacité¹⁹.

L'Europe peut diversifier davantage son approvisionnement énergétique grâce à cette liaison et bénéficier du potentiel solaire de la région. Cela est également démontré par les relations qu'Israël entretient avec d'autres partenaires de la région. En novembre 2022, Israël a conclu un accord appelé « Green Blue Deal » avec la Jordanie et les Émirats arabes unis. Israël exporte désormais de l'eau potable provenant de ses usines de dessalement vers la Jordanie, qui fournit à son tour de l'électricité solaire à Israël. Les Émirats arabes unis participent aux investissements dans le secteur solaire jordanien²⁰.

L'écosystème florissant des start-ups en Israël a donné naissance à de nombreuses solutions innovantes dans le domaine de l'énergie et de l'environnement. La collaboration avec les start-ups israéliennes peut améliorer les capacités de l'Europe et accélérer l'adoption des technologies vertes. Actuellement, plus de 850 start-ups spécialisées dans les technologies climatiques sont présentes en Israël²¹. Entre 2016 et 2022, ce secteur a connu une croissance remarquable de 60% et a mobilisé plus de 3 milliards de dollars d'in-

PROJETS DE LIGNES ÉLECTRIQUES SOUS-MARINES ENTRE L'EUROPE, L'ASIE ET L'AFRIQUE



vestissements. Outre l'agriculture et les transports, l'accent est mis sur la production d'énergie. Des solutions sont également développées en Israël pour la décarbonisation des processus industriels²².

Cependant, l'Europe doit également faire face aux effets actuels et futurs du changement climatique, tels que l'augmentation des températures, les événements météorologiques extrêmes et la montée du niveau de la mer. Renforcer la résilience des infrastructures, de l'agriculture, des zones côtières et d'autres secteurs sensibles est d'une importance capitale. Une fois de plus, l'exemple d'Israël est pertinent du point de vue allemand et français. Le pays est déjà confronté à bon nombre des défis qui toucheront également l'Europe à l'avenir. Par exemple, le secteur agricole israélien est parvenu à se développer dans des conditions parfois désertiques. Environ 40 % des produits

agricoles du pays viennent du Néguev, où la pénurie d'eau n'est plus un problème majeur grâce à un recyclage étendu des eaux usées²³. Israël est également un leader dans la protection des côtes²⁴.

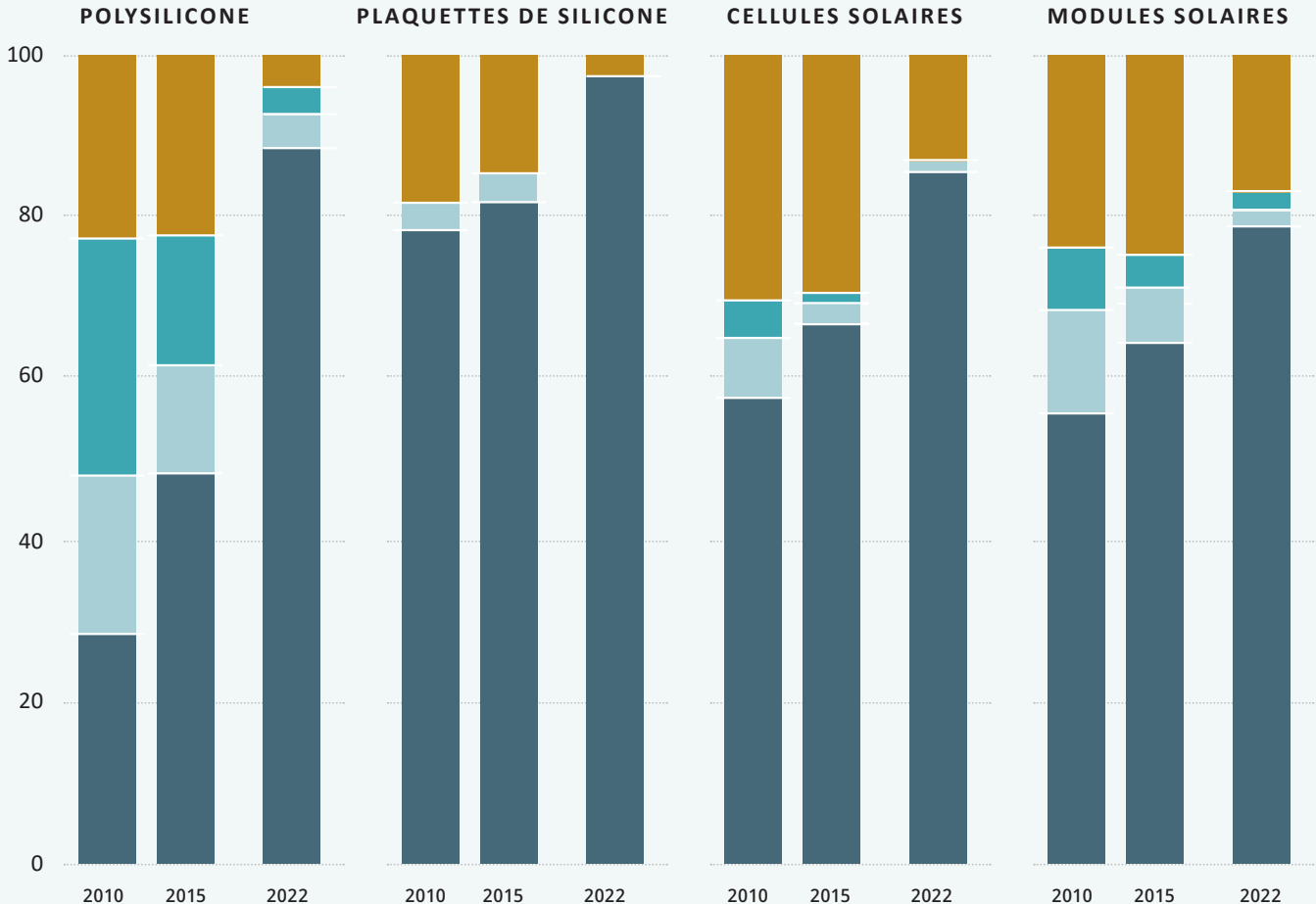
Opportunités et défis pour l'Europe et le couple franco-allemand

Les défis pour l'Europe restent importants : il est nécessaire de réduire considérablement les émissions de gaz à effet de serre afin d'atteindre les objectifs fixés par l'Accord de Paris. Cela nécessite une transition énergétique globale, en particulier en réduisant la dépendance aux combustibles fossiles et en promouvant les énergies renouvelables. Cependant, l'Europe peut tirer parti de la demande croissante d'énergies renouvelables dans le monde et jouer un rôle de premier plan dans ce secteur. En investissant

LA PART DE LA PRODUCTION CHINOISE DANS LA CHAÎNE DE VALEUR DE L'INDUSTRIE SOLAIRE A ÉNORMÉMENT AUGMENTÉ

■ Chine ■ Europe ■ Amérique du Nord ■ Autres pays

Capacité de production photovoltaïque par région (en pourcentage)



dans sa propre infrastructure d'énergies renouvelables, l'Europe peut réduire sa dépendance vis-à-vis des sources d'énergie externes et renforcer son autonomie stratégique.

Cela s'applique notamment au secteur solaire, où la Chine jouit actuellement d'une position technologique dominante qu'elle a acquise au cours des deux dernières décennies, en particulier par rapport à l'Allemagne. Toutefois, l'Europe vise également une plus grande indépendance dans ce domaine. Des projets solaires communs avec Israël et le Moyen-Orient, notamment dans le cadre des accords d'Abraham, pourraient offrir des opportunités de positionner l'industrie solaire européenne dans une région clé par rapport à la Chine²⁵.

Les positions allemandes et françaises en matière de politique énergétique diffèrent encore sur certains points. Cependant, la cohérence politique entre la France et l'Allemagne est indispensable pour la mise

en œuvre efficace de projets énergétiques. Alors que la partie allemande soutenait les intentions de l'Espagne de devenir un hub de l'hydrogène en Europe grâce à des projets tels que le pipeline Midcat, la France a adopté une politique de retenue²⁷.

Du point de vue politique, il est important de noter que le Maroc souhaite se développer en tant que producteur d'hydrogène, notamment en coopération avec Israël, en s'appuyant sur l'Espagne. De vastes déclarations d'intention de coopération ont été faites lors de la conférence COP-27, par exemple entre l'entreprise marocaine Gaia Energy et le spécialiste israélien de l'hydrogène H2Pro. Afin de promouvoir les impulsions de paix de cette évolution, l'Allemagne et la France devraient s'efforcer conjointement d'intégrer le plus possible la péninsule ibérique et le Maroc dans le réseau énergétique européen, ce qui est également dans l'intérêt de la lutte contre le changement climatique et de la réalisation de prix de l'énergie abordables en Europe.

RÉSUMÉ

Le statu quo de la politique énergétique européenne est insatisfaisant. Les États autoritaires qui dépendent des exportations d'énergies fossiles profitent de cette dépendance actuelle. En même temps, les conséquences du changement climatique sont déjà évidentes. La transition énergétique est donc dans l'intérêt de l'Europe pour plusieurs raisons.

La coopération énergétique avec le Moyen-Orient est encore dominée par le pétrole et le gaz. Cela inclut également l'exportation de gaz naturel liquéfié (GNL) d'Israël vers l'Europe via l'Égypte depuis juin 2022. À moyen terme, Israël peut jouer un rôle clé dans la transformation verte en tant que précurseur technologique. Le potentiel de cette collaboration est déjà exploité dans le cadre du

partenariat énergétique germano-israélien. Pour la France, un format similaire pourrait offrir de nombreuses opportunités dont l'ensemble de l'Europe pourrait bénéficier.

À moyen terme, il existe de grandes opportunités de changement : la liaison sous-marine entre Israël et l'Europe ouvre des possibilités d'initier des projets euro-méditerranéens similaires à l'accord Green Blue Deals. Cela permettrait de créer à la fois stabilité, paix et de répondre à la demande européenne en énergie verte. Les Accords d'Abraham seraient ainsi pleinement mis en œuvre. La normalisation des relations entre le Maroc et Israël offre également de nouvelles opportunités, en se concentrant notamment sur des technologies d'avenir comme

l'hydrogène. Cependant, des conditions infrastructurelles doivent être mises en place au niveau européen pour soutenir de tels projets.

La crise climatique est un défi mondial qui nécessite une collaboration internationale étroite. L'Europe, en particulier l'Allemagne et la France, devrait continuer à jouer un rôle de leader dans la politique climatique. Cela implique de collaborer avec d'autres pays comme Israël pour respecter ses propres engagements et mobiliser les ressources financières nécessaires. Le sommet COP-28 qui aura lieu à Dubaï en novembre et décembre 2023 est une occasion unique de combiner cela avec des approches politiques en faveur de la normalisation dans la région du Moyen-Orient.

Crise énergétique en Europe, faire face aux nouveaux défis

La deuxième table ronde du Forum de Strasbourg 2023 s'est tenue à Paris le 26 juin 2023. Ce format, organisé par ELNET-Germany et ELNET-France, a réuni des experts et personnalités politiques des deux pays pour discuter de la crise énergétique et de ses implications pour l'Europe et le Moyen-Orient, en particulier Israël.

La crise énergétique représente un défi majeur en raison de la dépendance de l'Europe vis-à-vis des ressources extérieures et des implications économiques et géopolitiques qui en découlent. La forte dépendance à l'égard des importations de gaz naturel, en particulier de Russie, a sans aucun doute créé des vulnérabilités. Pour faire face à cette situation, l'UE et ses États membres cherchent à diversifier leurs sources d'énergie en favorisant le

développement des énergies renouvelables, en améliorant l'efficacité énergétique et en renforçant les efforts de coopération. Ce rapport résume les points clés discutés lors de la table ronde et met en évidence les domaines potentiels de coopération et les solutions pour relever les défis.

Le Forum de Strasbourg est un format de discussion organisé par ELNET qui permet aux parlementaires allemands et français et à d'autres experts de s'engager dans un échange politique approfondi. Il donne une nouvelle impulsion franco-allemande sur les questions de politique étrangère et de sécurité européenne.

France et Allemagne : des situations différentes - des enjeux similaires

Les experts ont dans un premier temps constaté que le mix énergétique français est dominé par le nucléaire et qu'il était nécessaire d'investir dans les énergies renouvelables. La France est confrontée au défi de maintenir son industrie nucléaire tout en diversifiant ses sources d'énergie pour inclure davantage d'énergies renouvelables. Le pays ambitionne de produire des technologies à faible émission de carbone, mais bon nombre de ces technologies en sont encore à leurs premiers stades de développement. Selon les experts présents à la table ronde, la guerre en Ukraine a provoqué un arrêt des flux. Au sein de l'UE, la décarbonisation doit donc être une priorité absolue. Il est essentiel de réduire la demande.

L'Allemagne, en revanche, a subi des changements importants quant à sa situation d'approvisionnement énergétique. Elle s'est éloignée de l'énergie nucléaire pour investir massivement dans les sources d'énergie renouvelables, telles que l'énergie éolienne et solaire. Les membres du Bundestag allemand ont souligné

- ▶ Établir des formats de coopération trilatérale sur l'énergie solaire, l'hydrogène et les nouvelles technologies prometteuses.
- ▶ Mise en place d'un fonds trilatéral pour favoriser l'innovation énergétique.
- ▶ Construire un pipeline EastMed prêt pour l'hydrogène afin de répondre aux besoins énergétiques de l'Europe à moyen terme.
- ▶ Tirer pleinement parti de l'interconnexion EuroAsia pour approfondir la coopération en matière d'électricité.
- ▶ Utiliser l'opportunité des accords d'Abraham pour les projets israélo-arabes qui utilisent à la fois le pipeline EastMed et l'interconnexion EuroAsia.
- ▶ Établir un partenariat énergétique franco-israélien sur le modèle de son homologue allemand.

l'importance d'atteindre le « net zéro » et d'utiliser un mélange de technologies, y compris l'électrification et l'hydrogène. Les défis de l'Allemagne consistent à gérer la transition, à assurer la stabilité du réseau et à remédier aux limites des ressources et de l'espace pour les installations d'énergie renouvelable.

Malgré leurs situations d'approvisionnement énergétique différentes, la France et l'Allemagne sont confrontées à des défis similaires. Les participants ont souligné la nécessité de diversifier les sources d'énergie pour réduire la dépendance vis-à-vis de combustibles spécifiques et renforcer la sécurité énergétique. Cela comprend l'augmentation de la part des énergies renouvelables, l'exploration de technologies innovantes et la promotion de mesures d'efficacité énergétique. La décarbonisation est un autre défi commun, les deux pays visant à réduire les émissions de gaz à effet de serre et à lutter contre le changement climatique. Cela implique l'élimination progressive des combustibles fossiles, le déploiement des énergies renouvelables et l'adoption de technologies plus propres dans divers secteurs. Le stockage de l'énergie apparaît comme un aspect crucial pour les deux pays. Le caractère intermittent des énergies renouvelables nécessite des solutions de stockage efficaces pour équilibrer l'offre et la demande.

Les participants ont souligné l'importance de faire progresser les technologies de stockage de l'énergie pour garantir un système énergétique fiable et flexible. Ceci est particulièrement important du point de vue israélien, car le réseau électrique du pays est isolé sans aucune connexion avec les pays voisins. Ainsi, les déséquilibres du réseau ne peuvent pas être facilement gérés.

Enfin, le rôle de la Russie et de la Chine a été discuté. Les experts ont convenu que, d'un point de vue économique, la Chine représente la plus grande menace industrielle car elle investit massivement au Moyen-Orient, créant de nouvelles dépendances. Au contraire, selon les participants, la Russie n'est pas en mesure d'exporter beaucoup. La principale concurrence industrielle à l'avenir aura donc lieu entre les États occidentaux et la Chine, et non la Russie. Du côté allemand, on a ajouté que les exigences de qualité des panneaux solaires étaient plus élevées dans

des conditions désertiques. Comme l'industrie européenne des panneaux solaires fabrique des produits de meilleure qualité que l'industrie chinoise, il s'agit là d'une autre possibilité de coopération avec Israël et le Proche-Orient.

Le potentiel de coopération avec Israël dans plusieurs secteurs

Au cours de la table ronde, des experts et des parlementaires ont souligné le rôle que pourrait jouer Israël pour relever les défis énergétiques de la France et de l'Allemagne. Les idées suivantes ont été partagées :

Énergie solaire

L'expertise d'Israël dans le domaine de l'énergie solaire a été reconnue comme un atout précieux pour diversifier les sources d'énergie. Le pays en dépend de plus en plus de car elle permet de faire la transition vers le zéro net.

Dépendre fortement de l'énergie solaire présente des défis car cela crée des fluctuations dans le réseau électrique qui, en Israël, ne peuvent pas être facilement gérées en important ou en exportant de l'électricité vers les pays voisins en raison de l'isolement électrique de l'État hébreu.

Dans un pays où le secteur de l'industrie lourde est limité et où les besoins de chauffage sont moindres, l'énergie solaire représente probablement la solution la plus avantageuse. Il a ensuite été discuté de la manière dont Israël pourrait soutenir le développement et la mise en œuvre de projets solaires en France et en Allemagne, en tirant parti de leur situation géographique et de leur expertise pour promouvoir la production d'énergie renouvelable.

Technologies de l'hydrogène

Les participants ont discuté du potentiel de l'hydrogène en tant que vecteur d'énergie propre et polyvalent. À l'avenir, l'hydrogène pourra servir de lien entre différents secteurs de l'économie. Les experts ont souligné les avancées technologiques d'Israël, le positionnant comme un contributeur potentiel aux efforts de décarbonisation. L'énorme potentiel de l'hydrogène vert et le besoin de diversification dans ce domaine ont été soulignés par les intervenants. Du reste, la

pyrolyse demeure un moyen efficace de produire de l'hydrogène sans émission de CO₂. L'Europe considère l'hydrogène comme crucial pour maintenir sa base industrielle dans un avenir net zéro, mais cherche à éviter de créer de nouvelles dépendances en passant du gaz naturel à l'hydrogène. L'Allemagne, en particulier, est déterminée à ne pas commettre l'erreur de trop dépendre d'un seul fournisseur. L'expertise d'Israël dans la production et l'utilisation de l'hydrogène peut donc être mise à profit pour soutenir la décarbonisation de la France et de l'Allemagne ainsi que les objectifs de diversification.

Start-ups et innovation

Le secteur dynamique des start-ups et de l'innovation d'Israël a été identifié comme une ressource précieuse pour relever les défis énergétiques. L'écosystème florissant d'Israël a été reconnu et son potentiel à stimuler les progrès technologiques a été souligné. Les participants ont également évoqué le besoin urgent d'innover davantage dans toute une série de domaines différents. La réalisation d'un avenir net zéro ne sera pas possible sans une innovation substantielle et de nouveaux développements dans différentes technologies. Les start-ups et les solutions innovantes d'Israël peuvent contribuer au développement de technologies de pointe, de solutions de stockage d'énergie et de systèmes de réseaux intelligents. La France et l'Allemagne peuvent bénéficier de l'expertise et des avancées du secteur énergétique israélien. Les efforts de collaboration, y compris les initiatives conjointes de recherche et de développement, le transfert de technologie et le partage des connaissances, peuvent encore améliorer l'efficacité de ces contributions.

Des projets spécifiques pour intensifier la coopération

Afin de maximiser le potentiel de collaboration entre la France, l'Allemagne et Israël, plusieurs projets spécifiques ont été identifiés lors de la table ronde :

Coopération trilatérale sur les technologies

Les experts et les parlementaires ont reconnu le potentiel de la coopération trilatérale sur les technologies pour stimuler l'innovation énergétique et relever les défis communs. Du côté allemand, le potentiel de collaboration dans des domaines tels que l'énergie

solaire et les technologies de transport du gaz a été souligné. Le partenariat énergétique israélo-allemand est perçu comme un modèle de bonne pratique pour relever les défis à venir. Dans ce contexte, un expert a émis l'idée de l'élargir à un format trilatéral franco-allemand-israélien. Alternativement, un partenariat énergétique franco-israélien a été considéré comme une voie à suivre. Les participants allemands et français ont souligné que si leurs pays respectifs étaient souvent excellents dans la recherche, les nouvelles solutions qu'ils développaient n'étaient souvent pas mises en œuvre aussi rapidement et efficacement qu'ils l'avaient espéré. C'est un autre domaine dans lequel Israël peut aider. En tirant parti de l'expertise des trois pays, des initiatives conjointes de recherche et de développement peuvent être entreprises, favorisant le partage des connaissances et le transfert de technologie. Cette coopération trilatérale peut accélérer les progrès dans les énergies renouvelables, le stockage de l'énergie et l'optimisation du réseau.

Coopération trilatérale sur les technologies

Les experts et les parlementaires ont reconnu le potentiel de la coopération trilatérale sur les technologies pour stimuler l'innovation énergétique et relever les défis communs. Du côté allemand, le potentiel de collaboration dans des domaines tels que l'énergie solaire et les technologies de transport du gaz a été souligné. Le partenariat énergétique israélo-allemand est perçu comme un modèle de bonne pratique pour relever les défis à venir. Dans ce contexte, un expert a émis l'idée de l'élargir à un format trilatéral franco-allemand-israélien. Alternativement, un partenariat énergétique franco-israélien a été considéré comme une voie à suivre. Les participants allemands et français ont souligné que si leurs pays respectifs étaient souvent excellents dans la recherche, les nouvelles solutions qu'ils développaient n'étaient souvent pas mises en œuvre aussi rapidement et efficacement qu'ils l'avaient espéré. C'est un autre domaine dans lequel Israël peut aider. En tirant parti de l'expertise des trois pays, des initiatives conjointes de recherche et de développement peuvent être entreprises, favorisant le partage des connaissances et le transfert de technologie. Cette coopération trilatérale peut accélérer les progrès dans les énergies renouvelables, le stockage de l'énergie et l'optimisation du réseau.

Création d'un fonds trilatéral

Les participants ont reconnu la nécessité d'un soutien financier pour favoriser les projets énergétiques collaboratifs, les startups et les entreprises innovantes. L'ampleur de l'innovation nécessaire pour la transition vers un avenir net zéro nécessitera des investissements substantiels maintenant et dans les années à venir. La création d'un fonds trilatéral a été proposée et débattue. Ce fonds, s'il est soutenu par des acteurs publics et privés de France, d'Allemagne et d'Israël, pourrait fournir les ressources nécessaires pour conduire des initiatives conjointes de diversification, de décarbonisation et de stockage. Le fonds pourrait faciliter la recherche et le développement, le déploiement de la technologie et les efforts de commercialisation, garantissant une coopération durable et à long terme. Pourtant, les experts français étaient plus sceptiques à l'idée d'un fonds.

Gazoduc EastMed et interconnexion EuroAsia : Opportunités pour une coopération énergétique approfondie entre l'Europe, Israël et le Moyen-Orient

Les experts ont souligné l'importance des projets d'infrastructure dans le renforcement de la coopération énergétique. Un pipeline EastMed pour l'hydrogène reliant Israël et Chypre à l'Europe continentale est perçu comme une opportunité importante pour répondre aux besoins énergétiques de l'Europe à l'avenir. Un tel gazoduc transporterait du gaz pendant une période de transition et acheminerait ensuite vers l'Europe l'hydrogène produit au Moyen-Orient. Il rendrait possibles des projets d'hydrogène qui incluent des partenariats entre Israël et le monde arabe.

Il a été aussi souligné que le pipeline pourrait servir de plaque tournante de livraison d'hydrogène vert du Moyen-Orient vers l'Europe.

L'interconnexion EuroAsia, une interconnexion électrique prévue, a également été mise en avant pour son potentiel d'amélioration de l'intégration des énergies renouvelables et de fourniture à l'Europe d'une source d'électricité indépendante. Cela sert la décarbonisation de l'Europe ainsi que les objectifs de diversification énergétique. Pour Israël, l'interconnexion EuroAsia est un moyen de mettre fin à l'isolement électrique de longue durée du pays. Cela permettra au réseau électrique israélien d'équilibrer plus facilement les

fluctuations de l'énergie solaire et d'atténuer le problème du stockage de l'énergie. Tirer parti de ces projets d'infrastructure renforcerait la sécurité énergétique, diversifierait les sources d'énergie et faciliterait l'exportation d'énergie propre.

En promouvant la coopération trilatérale sur les technologies, en créant un fonds trilatéral et en tirant parti du pipeline EastMed et de l'interconnexion EuroAsia, la France, l'Allemagne et Israël peuvent favoriser la collaboration et relever efficacement les défis énergétiques. Ces projets offrent des opportunités de recherche conjointe, d'avancées technologiques et de développement d'infrastructures, facilitant la transition vers un avenir énergétique durable et résilient. Grâce à une coopération et une coordination étroites, les trois pays peuvent maximiser leur potentiel collectif et contribuer à la transformation énergétique régionale et mondiale.

Conclusion

Cette deuxième table ronde du Forum de Strasbourg 2023 a mis en lumière l'importance de relever les défis énergétiques par la coopération internationale. Malgré des situations d'approvisionnement énergétique différentes, la France et l'Allemagne partagent des défis communs liés à la diversification, à la décarbonisation et au stockage de l'énergie. Israël, avec son expertise dans l'énergie solaire, les technologies de l'hydrogène et son écosystème technologique climatique très innovant, peut jouer un rôle important pour relever ces défis. Des projets spécifiques, tels que la coopération trilatérale sur les technologies, la création d'un fonds trilatéral et la maximisation du potentiel de projets d'infrastructure tels que le gazoduc EastMed et l'interconnexion EuroAsia, offrent des possibilités de collaboration. En tirant parti de ces opportunités et en favorisant la coopération, la France, l'Allemagne et Israël peuvent contribuer à un avenir énergétique plus diversifié, décarbonisé et durable.

L'Europe et Israël face au défi iranien

L'Iran est engagé dans une escalade nucléaire sans précédent. Alors que les dispositions du JCPoA¹ (Joint Comprehensive Plan of Action) de juin 2015 imposaient à l'Iran un seuil de 300 kg d'uranium, un enrichissement maximum de 3,67% et une intensification de la surveillance de ses activités nucléaires, Téhéran a transgressé nombre de ses engagements : l'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) a révélé en mars 2023 que l'Iran est aujourd'hui enrichi à près de 84 %, soit presque aux 90 % nécessaires pour produire une bombe atomique².

Ses activités et son manque de coopération avec l'AIEA soulèvent des doutes sérieux quant à ses intentions. Comme l'ont souligné dans un communiqué commun³ la France, l'Allemagne, le Royaume-Uni et les États-Unis, cette situation a des conséquences graves sur les efforts de vérification entrepris par l'Agence en vertu du JCPoA et met en péril sa capacité à garantir que le programme nucléaire iranien reste pacifique.

L'apparition de facteurs externes dans le processus de négociation ajoute à la complexité du retour à l'accord comme la guerre en Ukraine qui a poussé les Russes et les Iraniens à faire front commun⁴. L'appui de Téhéran à Moscou dans ce conflit a rendu impossible la poursuite des pourparlers. Parallèlement, la dynamique interne de la République islamique, exacerbée par une répression intense des manifestations nées à l'automne 2022 sur une toile de fond de crise économique et sociale, limite les interactions avec l'Occident. Dans cette brèche, l'Iran accélère son programme nucléaire à une vitesse et à des niveaux extrêmement préoccupants.

Nucléaire iranien : l'échec du JCPoA

L'accord sur le nucléaire iranien de 2015, aussi connu sous le nom de Plan d'action global conjoint, a été conclu entre l'Iran et le P5+1 (États-Unis, Royaume-Uni, Russie, Chine, France + Allemagne). Selon cet

accord, l'Iran s'engageait à limiter son programme nucléaire en échange de la levée de certaines sanctions économiques. Cependant, en mai 2018, l'administration Trump a retiré les États-Unis de l'accord, réimposant des sanctions contre l'Iran. Depuis la mort du Ghassem Soleimani en janvier 2020, l'Iran a franchi les seuils d'enrichissement d'uranium à maintes reprises.

Il y a 20 ans déjà, le Département des Garanties de l'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) mettait en lumière le programme nucléaire clandestin de l'Iran. Le 10 novembre 2003, un rapport incriminant a été soumis au Conseil des Gouverneurs de l'AIEA. Ce document révélait que l'Iran avait presque pleinement acquis la maîtrise de l'amont du cycle du combustible nucléaire, y compris le processus d'enrichissement de l'uranium qui peut être utilisé à des fins civiles et militaires. Il soulignait également que l'Iran avait « mené des activités d'enrichissement par centrifugation pendant 18 ans et par laser pendant 12 ans » sans en notifier l'AIEA^{5/6}.

En janvier 2023, deux décennies plus tard, des « indices troublants » d'uranium enrichi à 84 % ont été identifiés⁷. Ce niveau d'enrichissement, qui était auparavant inédit, a été anticipé par les services de renseignements israéliens⁸. Cependant, ce niveau élevé ne signifie pas nécessairement que l'Iran a amassé un stock conséquent d'uranium enrichi à ce taux. Il s'agit plutôt d'une manœuvre visant à tester les réactions internationales à des lignes rouges qui n'ont pas encore été clairement définies.

À l'été 2022, le responsable de l'Organisation iranienne de l'énergie atomique révélait que son pays avait désormais la compétence technique pour développer une arme nucléaire, tout en assurant qu'il n'avait pas l'intention de le faire⁹. En janvier 2023, cette annonce a été suivie par une réorganisation de centrifugeuses au site de Fordo¹⁰, et par une accélération générale du processus d'enrichissement

d'uranium. Ces évolutions réduisent le temps qu'il faudrait à l'Iran pour rassembler suffisamment de matière fissile pour un engin nucléaire.

L'ambition prioritaire de la communauté internationale est d'amplifier le rôle de l'AIEA en Iran, et de rétablir la continuité des connaissances de l'Agence concernant le programme nucléaire iranien pour en assurer un suivi précis et efficace. Alors que dans les premières années du Plan d'action global conjoint, des amendements au protocole additionnel de 2006 avaient permis une relation plutôt respectueuse entre l'Iran et l'AIEA¹¹, avec une augmentation notable de la fréquence des inspections, cette dynamique s'est détériorée depuis le retrait des États-Unis de l'accord et la violation par l'Iran des seuils d'enrichissement d'uranium établis.

La crise du Covid-19 et la fermeture consécutive des frontières iraniennes ont entraîné le report de plusieurs inspections. De plus, des inspecteurs de l'AIEA ont rapporté avoir été victimes de harcèlement lors de leur mission en Iran, et des dispositifs de surveillance ont été démantelés sur différents sites nucléaires. Ce durcissement de la posture iranienne à l'égard de l'AIEA complique encore plus les efforts pour une surveillance effective du programme nucléaire iranien.

Enfin, bien qu'une annexe de la résolution UNSC/2231 appelle l'Iran à ne pas poursuivre le développement de missiles balistiques capables d'emporter une tête nucléaire¹², Téhéran a pourtant effectué plusieurs tests depuis¹³. Le régime dispose désormais d'un arsenal diversifié pouvant frapper l'ensemble de la région, avec des missiles dont la précision augmente. Ces vecteurs balistiques représentent la menace la plus directe pour les puissances régionales, qui réagissent en conséquence.

Devant l'échec des puissances occidentales à freiner par la diplomatie les ambitions nucléaires de l'Iran, Israël a évoqué à plusieurs reprises la possibilité d'une action militaire. Le 23 mars 2023 à Washington, une déclaration du général Mark Milley, chef d'état-major des forces armées américaines, a surpris le Congrès des États-Unis. S'exprimant devant un sous-comité de défense de la Chambre des représentants,

il a affirmé que les « États-Unis demeurent résolus à empêcher l'Iran de disposer d'une arme nucléaire opérationnelle », selon des fuites rapportées par le site Axios¹⁴. L'ajout de l'adjectif « opérationnelle » représente en effet une nuance dans le discours de l'administration Biden, qui avait toujours insisté sur le fait qu'elle ne permettrait jamais à la République islamique de posséder une arme nucléaire, qu'elle soit opérationnelle ou non.

L'Iran au cœur du conflit russo-ukrainien

La guerre en Ukraine a permis à l'Iran de nouer des relations plus étroites avec la Russie¹⁵. Dès le début de la guerre, l'Iran a affirmé que l'invasion russe était une réponse légitime aux préoccupations de sécurité face aux actions des États-Unis et de l'OTAN. Le ministre des Affaires étrangères Hossein Amir Abdollahian a ainsi déclaré que « la crise ukrainienne trouve ses racines dans les provocations de l'OTAN¹⁶ ».

Pour l'Iran, la Russie occupe une place centrale aux niveaux stratégique, économique et idéologique. La progression du programme nucléaire iranien et de ses capacités en missiles balistiques s'appuie fortement sur le transfert de savoir-faire russe. Le commerce bilatéral entre les deux nations a atteint plus de 3,5 milliards de dollars en 2021¹⁷, enregistrant une croissance de 38 % par rapport à l'année précédente. Les deux pays sont également en discussions pour établir un partenariat économique de longue durée qui durera vingt ans. Sur le front militaire, l'Iran se conforme aux ambitions régionales de la Russie et participe à des manœuvres militaires conjointes avec la Russie et la Chine.

Les Gardiens de la Révolution, qui sont le bras armé idéologique du régime et qui contrôlent de nombreux aspects du gouvernement iranien, aspirent à un rapprochement avec une Russie anti-occidentale. Selon des experts iraniens, ils voient dans cette dynamique une occasion de revitaliser et de revaloriser l'idéologie islamiste qu'ils ont héritée de Khomeini, qu'ils considèrent comme une alternative au capitalisme globalisé.

L'éclatement de la guerre en Ukraine a clairement mis un frein à aux négociations. Alors que Moscou avait précédemment joué un rôle actif dans le processus, en montrant une préférence pour des rencontres plus restreintes avec la Chine et l'Iran, sa position semble désormais avoir changé.

La Russie adopte désormais une posture « anti-impérialiste », soutenant l'Iran contre des revendications occidentales qu'elle juge inacceptables. Cela perturbe les négociations en exigeant des garanties spécifiques liées à son commerce et à sa coopération avec l'Iran. Cette posture de la Russie, combinée à d'autres contraintes d'agenda et au déclin de l'urgence de ce dossier dans les priorités diplomatiques mondiales, conduit à une interruption des négociations entre mars et juillet 2022. Une exception notable à cette pause est la visite d'Enrique Mora, le négociateur pour le Service européen pour l'action extérieure (SEAE), à Téhéran au mois de mai.

Après un échec des pourparlers à Doha¹⁸ à la fin du mois de juin 2022, les discussions vaient repris à Vienne en juillet. Elles se basaient sur un nouveau texte, décrit comme « le meilleur possible » par Josep Borrell¹⁹, le Haut Représentant de l'Union européenne pour les affaires étrangères et la politique de sécurité. Malgré cette reprise et le nouveau texte, le processus de négociation demeure enlisé, en partie à cause de l'implication croissante de la Russie et de ses exigences spécifiques, qui semblent alignées avec les positions iraniennes moins enclines au compromis.

Le rapprochement entre l'Iran et la Russie prend une nouvelle dimension à l'automne 2022 avec l'utilisation par la Russie de drones iraniens en Ukraine et d'opérateurs en Crimée²⁰. Bien que l'Iran nie ces affirmations, insistant sur le fait que les livraisons ont eu lieu avant le déclenchement du conflit, cette défense semble peu convaincante. Toutefois, ce rapprochement soulève des questions sur la durabilité de l'alliance. En effet, l'Iran n'est pas en mesure de répondre aux besoins de haute technologie de la Russie sur le long terme, ce qui suggère que ce partenariat pourrait être plus opportun qu'à long terme.

Dans ce contexte, le rapprochement irano-russe n'est pas sans risques pour l'Iran, surtout en ce qui

concerne sa réputation internationale et ses relations avec d'autres puissances mondiales. Ce rapprochement stratégique crée des tensions supplémentaires non seulement dans les négociations sur le nucléaire iranien, mais aussi dans les dynamiques géopolitiques plus larges, notamment en ce qui concerne le conflit en Ukraine et les relations de l'Iran avec les pays occidentaux.

Quelle stratégie pour l'Europe et Israël ?

Les chances de relancer le JCPoA sont aujourd'hui quasi nulles. En Europe, le sentiment envers l'Iran a changé. La répression brutale des manifestations intérieures par le régime, qui ont commencé l'année dernière, et son soutien à la Russie ont rendu les décideurs politiques et l'opinion publique moins enclins à faire des concessions. La République islamique détient en effet un bilan inquiétant en matière de violations des droits de l'homme, notamment la répression des dissidents, les exécutions sommaires et la discrimination systémique²¹.

Au cours de 2022, les États-Unis ont imposé de nouvelles sanctions sur le programme de missiles balistiques de l'Iran et sur son commerce pétrolier. L'UE et les États-Unis ont également sanctionné des individus et des entités iraniens impliqués dans la répression intérieure et dans le soutien à l'invasion russe²². Bruxelles tend vers une position plus ferme : le Parlement européen a adopté une résolution qui appelle à la désignation de la Garde révolutionnaire comme organisation terroriste, une mesure soutenue par la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen²³.

Même si l'Iran n'étend pas son programme nucléaire, la situation actuelle pourrait conduire à un conflit. Téhéran pourrait réagir à la pression économique croissante en utilisant ses proxies pour mener des attaques contre les États-Unis ou leurs alliés, comme il l'a fait pendant la présidence de Donald Trump.

La menace nucléaire devrait être au cœur de la politique de l'Europe envers l'Iran. En même temps, l'Europe devrait prendre des mesures pour limiter l'efficacité du soutien de Téhéran à la Russie, en mettant continuellement à jour les sanctions ciblées contre

les individus et les entités responsables et en veillant à ce qu'il n'y ait aucune fuite de matériel sanctionné vers l'Iran par des pays tiers.

Tant qu'il y a une fenêtre pour la diplomatie, l'Europe n'a d'autre choix que de tenter de tirer parti de la pression croissante des États-Unis et d'Israël sur l'Iran pour pousser Téhéran à faire des concessions sur son programme nucléaire. L'Europe a besoin d'une nouvelle stratégie envers l'Iran qui sécurise ses intérêts clés : premièrement, éviter un Iran nucléaire et deuxièmement, éviter un conflit déstabilisant au Moyen-Orient. Depuis 2010, Israël a été associé à au moins une douzaine d'attaques - cyberattaques, opérations clandestines assassinats — sur le programme nucléaire de l'Iran.

Début 2023, des responsables américains et israéliens estimaient que l'Iran n'avait pas encore pris la décision politique de produire l'arme la plus meurtrière du monde²⁴. En janvier, Aviv Kohavi avait affirmé que l'Iran avait déjà suffisamment d'uranium qui, s'il était davantage enrichi, pourrait alimenter quatre armes nucléaires — trois avec 20 % d'uranium enrichi et une avec 60 % d'uranium enrichi. (Le niveau habituel d'enrichissement de l'uranium pour une bombe est de 90 %.) Même si Téhéran choisissait d'armer ses avancées technologiques, il lui faudrait jusqu'à un an, et peut-être deux, pour achever les multiples étapes nécessaires à l'assemblage d'une bombe et à son accouplement avec un système de livraison de missiles.

En juin 2023, le média israélien Ynet News a rapporté²⁵ que les forces de défense israéliennes avaient formé une nouvelle unité de renseignement pour se

préparer à d'éventuelles hostilités avec l'Iran. Cette unité de 30 soldats, appelée Branche 54, est responsable de la collecte de renseignements sur le Corps des gardiens de la révolution islamique et fournit à l'armée l'infrastructure de connaissances concernant les capacités militaires iraniennes et les systèmes stratégiques sous leur contrôle. Elle est engagée dans la recherche des éléments de contrôle en Iran, depuis le niveau supérieur jusqu'aux opérateurs en première ligne.

Le conseiller à la sécurité nationale du Premier ministre Benjamin Netanyahu, Tzachi Hanegbi, a déclaré qu'une attaque sur les sites nucléaires iraniens n'était pas pour l'heure envisagée²⁶. Néanmoins, aucun accord n'obligerait Israël, qui considère un Iran doté de l'arme nucléaire comme une menace existentielle, a-t-il ajouté. Interrogé sur la question de savoir si une décision israélienne concernant une frappe préventive contre l'Iran était plus proche, Hanegbi a déclaré : « Cela peut arriver. Nous nous préparons donc pour le moment, s'il vient, où nous devons défendre le peuple d'Israël contre un régime fanatique qui est déterminé à nous anéantir et qui est armé d'armes de destruction massive. »

Les défis que pose l'Iran sont multiples et interconnectés, nécessitant une réponse politique globale qui aborde les questions de prolifération nucléaire, d'instabilité régionale et de respect des droits de l'homme. Il est impératif de maintenir un équilibre entre la pression économique et diplomatique, tout en soutenant les forces de la société civile et les acteurs démocratiques en Iran.

Première table-ronde : le défi iranien

Une nouvelle édition du Forum de Strasbourg s'est tenue à Strasbourg le 12 septembre 2023. Ce format, organisé par ELNET-Germany et ELNET-France, a réuni des experts et personnalités politiques des deux pays pour discuter du défi iranien et de ses implications pour l'Europe et le Moyen-Orient, en particulier Israël. L'Iran est engagé dans une escalade nucléaire sans précédent. Alors que les dispositions du JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action) de juin 2015 lui imposaient un seuil de 300 kg d'uranium, un enrichissement maximum de 3,67% et une intensification de la surveillance de ses activités nucléaires, la République islamique a transgressé nombre de ses engagements.

L'apparition de facteurs externes dans le processus de négociation ajoute à la complexité du retour à l'accord comme la guerre en Ukraine qui a poussé les Russes et les Iraniens à faire front commun. L'appui de Téhéran à Moscou dans ce conflit a rendu impossible la poursuite des pourparlers. Parallèlement, la dynamique interne de la République islamique, exacerbée par une répression intense des manifestations nées à l'automne 2022 sur une toile de fond de crise économique et sociale, limite les interactions avec l'Occident. Dans cette brèche, l'Iran accélère son programme nucléaire à une vitesse et à des niveaux extrêmement préoccupants. Le Forum de Strasbourg est un format de discussion organisé par ELNET qui permet aux parlementaires allemands et français et à d'autres experts de s'engager dans un échange politique approfondi. Il donne une nouvelle impulsion franco-allemande sur les questions de politique étrangère et de sécurité européenne.

La députée européenne Ilana Cicurel a introduit cette première table ronde en analysant l'état des relations bilatérales Europe-Israël. Puis, des experts français et allemands, Benjamin Hautecouverture, maître de recherche à la Fondation pour la Recherche stratégique (FRS), Dr Ali Fatollah-Nejad, Directeur fondateur du Centre pour le Moyen-Orient et l'Ordre Mondial, et Dr

Marion Messmer, chercheuse à Chatham House, ont ensuite donné une brève présentation du défi iranien, mettant l'accent sur la question nucléaire, les droits de l'homme et le rôle de l'Europe. Des échanges se sont ensuite engagés avec Benjamin Haddad, député de Paris, porte-parole du groupe Renaissance à l'Assemblée nationale, et Dr. Nils Schmid, député du Bundestag, membre du Parti social-démocrate. Les débats se sont ensuite élargis à l'ensemble des participants.

Un JCPOA à la dérive

Un chercheur a d'emblée évoqué la dimension temporelle, souvent négligée dans les débats sur le nucléaire iranien, est pourtant primordiale. En vingt ans, l'attitude ambivalente de l'Iran concernant son programme nucléaire est devenue plus tolérée par la « communauté internationale » qu'elle ne l'aurait été deux décennies auparavant.

Malgré des avancées erratiques, le programme nucléaire iranien s'est renforcé avec le temps, devenant un pilier identitaire et politique du pays.

Parallèlement, l'intensification du conflit en Ukraine a offert à l'Iran une opportunité de renforcer ses liens avec la Russie. Dès l'émergence du conflit, l'Iran a soutenu que l'intervention russe était une réponse justifiée aux menaces de sécurité posées par les actions américaines et de l'OTAN. Comme l'a rappelé l'un des experts, la Russie investit beaucoup en Iran et pour Téhéran, Moscou est un acteur clé sur le plan stratégique, économique et idéologique. Le développement nucléaire et balistique de l'Iran bénéficie grandement de l'expertise russe. Sur la scène militaire, l'Iran aligne ses ambitions sur celles de la Russie, collaborant étroitement dans des exercices militaires avec la Russie et la Chine.

Les Gardiens de la Révolution, influents dans la structure politique iranienne, cherchent un rapprochement avec une Russie opposée à l'Occident.

Le conflit ukrainien a ralenti les pourparlers. Bien que Moscou ait autrefois été un acteur clé dans les négociations, privilégiant des discussions trilatérales avec la Chine et l'Iran, sa stratégie semble avoir évolué. Elle se range derrière l'Iran face à ce qu'elle considère comme des demandes occidentales excessives, compliquant ainsi les négociations.

L'implication de la Russie dans l'utilisation de drones iraniens en Ukraine à l'automne 2022 ajoute une autre couche de complexité. Même si l'Iran réfute ces allégations, arguant que ces transferts ont été effectués avant la guerre, ses arguments ne sont pas totalement convaincants.

Enfin, il est difficile d'aborder le défi iranien sans évoquer la question des droits de l'homme. Selon l'un des participants, le fossé entre les dirigeants et la société iranienne est irréversible. Toutefois l'espoir d'une réforme est aujourd'hui enterré, tandis que le régime iranien se croit en lieu sûr.

Marginalisation de l'Union européenne dans le dossier iranien

Un expert a rappelé qu'entre 2006 et 2012, l'UE a saisi une chance unique d'offrir sa médiation, démontrant ainsi son influence en tant que « soft power » et renforçant sa position en tant qu'acteur global incontournable. Entre 2012 et 2018, cette dynamique a concrétisé la vision du « multilatéralisme réel » incarnée par la stratégie anti-prolifération de 2003. Cependant, de 2018 à 2023, on observe un déclin progressif de la crédibilité de l'UE vis-à-vis de Téhéran et une régression de son influence antérieure. Bien que l'UE ait tenté de se démarquer de la stratégie de « pression maximale » initiée par Donald Trump, elle a échoué à présenter une solution de remplacement viable. L'échec d'Instex sert d'exemple manifeste de cette impuissance européenne. Actuellement, l'UE se retrouve malheureusement en marge des discussions sur les enjeux nucléaires et stratégiques avec l'Iran.

Au fil des ans, la communauté internationale a adapté ses attentes. Elle est passée d'une volonté d'interdiction totale du programme (2006-2012) à une approche de modération à travers un accord provi-

soire (2012-2022). Le JCPOA a notamment restreint la quantité d'uranium enrichi que l'Iran pouvait détenir et le développement de centrifugeuses avancées. Il a aussi facilité des inspections plus approfondies de l'AIEA. Actuellement, l'enjeu principal semble être d'éviter une escalade qui pourrait conduire à une réaction plus ferme d'Israël et des États-Unis.

Les objectifs diplomatiques se sont graduellement recentrés sur des préoccupations à court terme. De plus, l'importance des missiles dans l'équation stratégique et diplomatique a été progressivement éclipsée ces dix dernières années.

En fin de compte, ce qui était autrefois inenvisageable semble désormais tolérable. Cette tolérance accrue sert les ambitions iraniennes, d'autant plus que l'environnement stratégique global est en mutation rapide. L'Iran devient un pion dans les jeux géopolitiques russo-américains et sino-américains, ce qui renforce la position de Téhéran.

L'Iran a réussi, en grande partie grâce à une stratégie à long terme, en exploitant les divergences entre les grandes puissances étrangères.

Repenser la méthodologie et le cadre de discussions

L'ampleur des avancées en recherche, technologie, industrie et balistique indique qu'une résolution totale de la question nucléaire iranienne impliquerait son abandon forcé. Il est à noter que l'Iran a maintenant plus d'infrastructures et d'expertise, permettant une reconstruction rapide si nécessaire. De plus, un changement de régime ne garantit pas l'abandon des efforts nucléaires, qui s'étendent sur trois décennies. Du point de vue stratégique, une interrogation persiste : est-ce que la position d'un État de seuil permet de bénéficier de la dissuasion nucléaire ? Jusqu'à présent, les avancées de l'Iran n'ont pas empêché des actions militaires ciblées. Les États-Unis ont toujours conservé l'option de frappes militaires contre l'Iran. L'actualité montre que la latence nucléaire ne garantit pas une dissuasion complète. Il est également incertain que l'absence d'action militaire majeure soit due au statut nucléaire de l'Iran.

La politique américaine de « pression maximale » a montré ses limites. Faire table rase du passé et repartir de zéro est rarement une bonne idée, comme l'ont souligné les experts, car les grands différends internationaux peuvent être gérés au fil du temps en construisant progressivement des blocs d'accords négociés qui modifient légèrement les perspectives des acteurs concernés. On sait ce qui est détruit mais on ne sait jamais ce qu'il sera possible de reconstruire, à moins d'agir en position de force indéniable, ce qui n'est pas le cas ici. Le JCPOA avait permis de gagner du temps. Le retrait américain en mai 2018 n'a fait qu'accélérer le rythme du programme iranien.

Plusieurs participants ont affirmé que le format du JCPOA était obsolète et qu'il était temps de trouver

un nouveau cadre de discussions. Dans cette perspective, un expert a insisté sur le fait que une combinaison internationale impliquant les Etats-Unis, la Chine et la Russie n'aurait plus de chances de succès.

Conclusion

L'Iran présente une série de défis complexes et liés entre eux, exigeant une stratégie politique intégrée qui traite des préoccupations relatives à la prolifération nucléaire, à la turbulence régionale et à la protection des droits de l'homme. Il est essentiel de trouver un juste milieu entre les mesures économiques et diplomatiques, tout en appuyant les éléments progressistes et les forces démocratiques au sein du pays.

Recommandations

- ▶ Trouver un nouveau format de négociation, différent du JCPOA
- ▶ Poser systématiquement la question du nucléaire iranien en termes de seuil.
- ▶ Une combinaison internationale impliquant les Etats-Unis, la Chine et la Russie n'aurait plus de chances de succès.
- ▶ La question nucléaire iranienne est autant une question globale que régionale. Elle doit être traitée au niveau régional.
- ▶ Traiter séparément la question des vecteurs est probablement devenu un moyen réaliste de réduire le risque associé au programme nucléaire iranien dans la région.

BRIEFING POLITIQUE 4

Le tournant de l'époque en action : Réorientation de la politique de défense de l'Europe et opportunités de coopération avec Israël

La France et l'Allemagne sont confrontées à des enjeux majeurs en matière de politique de sécurité. L'invasion russe de l'Ukraine le 24 février 2022 a révélé la vulnérabilité de l'Europe. La rivalité systémique croissante avec la République populaire de Chine est aussi une source majeure de préoccupation¹ majeure, notamment pour la France, qui se considère elle-même comme un Etat appartenant à la région indopacifique.² Dans les Etats où l'influence russe et chinoise s'accroît, l'Allemagne et la France en particulier sont confrontées à l'opprobre populaire, qui est également due à des influences extérieures. Dans le cas du Niger, cela a des conséquences directes sur la politique étrangère européenne dans la région.

Dans ce contexte, on constate une réorientation globale de la politique de défense. Rien qu'en 2022, le gouvernement fédéral a investi plus de 50 milliards dans l'armée allemande et met à disposition 100 milliards supplémentaires pour les technologies de défense avec le fonds spécial de la Bundeswehr.³ La France, quant à elle, investit depuis des décennies dans ses capacités de défense. Le président Emmanuel Macron souligne à cet égard la nécessité d'une souveraineté européenne dans le domaine de la politique de défense. Dès 2017, il a clairement indiqué qu'il considérait les dépendances existantes vis-à-vis des États non-européens comme un risque pour la politique de sécurité. Cela inclut explicitement des alliés comme les États-Unis ou Israël.

En raison des menaces constantes depuis la création de l'État, Israël a développé un appareil de défense extrêmement avancé sur le plan technologique. Israël propose des réponses aux défis de demain (comme les logiciels basés sur l'IA). La Bundeswehr utilise depuis bientôt dix ans des drones d'origine israélienne et acquiert aujourd'hui le système de défense antimissile Arrow-3 dans le cadre de l'European Sky Shield Initiative (ESSI), une

autre technologie israélienne visant à protéger l'Europe des attaques aériennes. Des données récentes montrent que ce projet est également très bien perçu par l'opinion publique.⁴ La France, pour sa part, coopère avec Israël dans la cybersécurité, ainsi que dans le domaine des drones.⁵

Priorités en matière de politique de défense en Allemagne et en France

Du point de vue allemand, le développement de la Bundeswehr et de ses capacités de défense aérienne est une priorité absolue. Les obstacles à l'acquisition doivent être supprimés et le fonds spécial de la Bundeswehr, d'un montant de 100 milliards d'euros, doit être investi. Outre l'acquisition de nouveaux équipements, comme les avions de combat F-35, l'augmentation de la réserve de munitions, longtemps négligée, fait également partie des priorités. Les capacités de production sont développées en collaboration avec l'industrie nationale et étrangère. D'une manière générale, on constate une évolution du rôle de la Bundeswehr. Alors que par le passé, l'accent était mis sur les opérations de maintien de la paix à l'étranger, depuis février 2022, l'accent est mis sur la défense du territoire et des alliances.

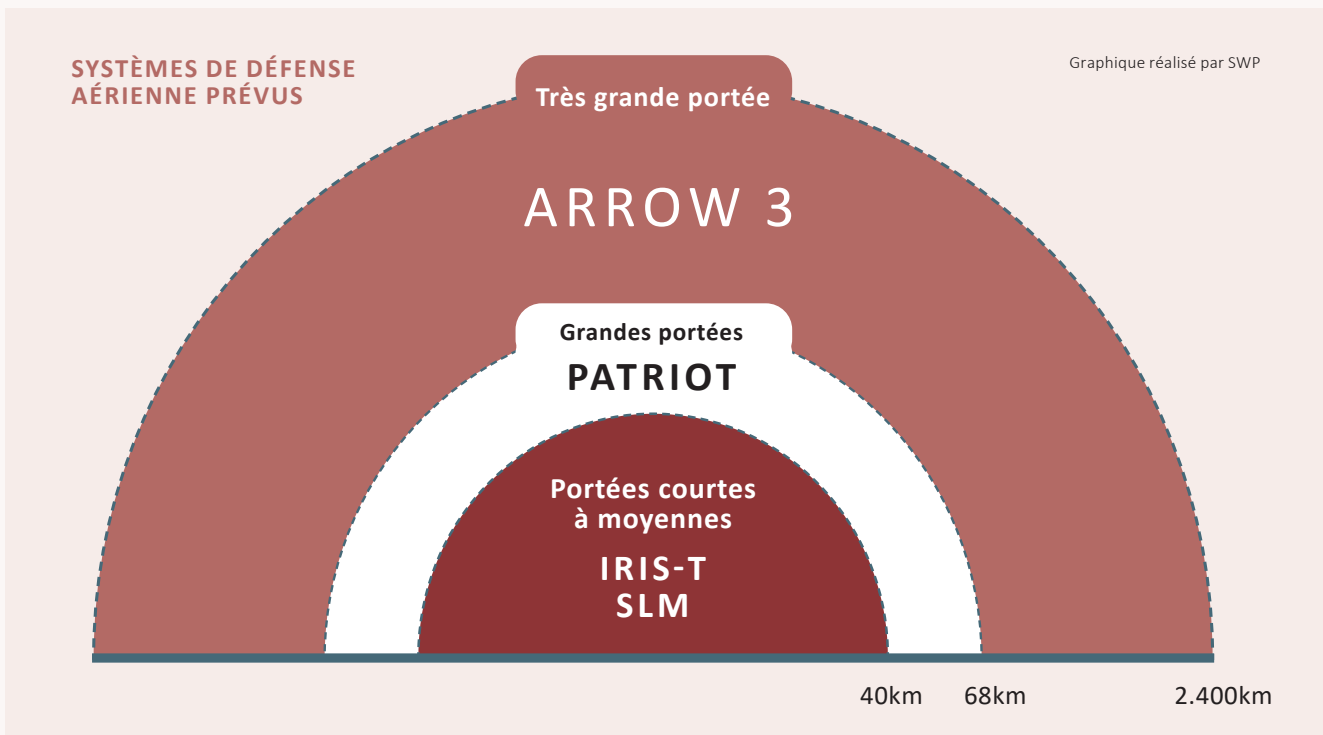
En France, l'autonomie stratégique est perçue comme une condition préalable à la protection des intérêts fondamentaux du pays.⁶ Cela implique notamment le développement de capacités de cybersécurité et d'une industrie de défense française souveraine, capable d'approvisionner seule les forces armées françaises si nécessaire. Le développement et l'optimisation de la collecte et de la transmission des informations sont également importants. La collecte et l'exploitation efficaces de données pertinentes, telles que les images de la situation du jour ou les informations obtenues par la saisie de signaux électroniques,

facilitent considérablement la prise de décision sur le terrain. Les forces de défense israéliennes utilisent déjà des logiciels basés sur l'intelligence artificielle pour analyser par exemple les images satellites et identifier de manière automatisée les menaces et les cibles potentielles.⁷

Dans le domaine de la défense aérienne, on observe des différences d'approche entre la France et l'Allemagne. L'European Sky Shield Initiative (ESSI), lancée sous l'impulsion du gouvernement allemand, a pour objectif de développer la capacité de défense aérienne de l'Europe en créant des « synergies politiques, financières et technologiques ».⁸ Dix-neuf États européens se sont déjà joints à cette initiative, dont l'Autriche et la Suisse, qui se sont historiquement engagés à respecter la neutralité des alliances. Dans le cadre de cette initiative, des missiles israéliens de type Arrow-3 d'une portée allant jusqu'à 2 400 ki-

plus, les missiles Arrow-3 sont capables de neutraliser des satellites et d'autres objets hors de l'atmosphère.¹⁰ L'intégration du système dans l'infrastructure existante de l'OTAN implique un important transfert de connaissances et de technologies.¹¹ Cela ouvre la voie à une nouvelle coopération fructueuse entre le secteur de la défense israélien et les pays alliés de l'OTAN. Les projets européens existants visant à développer les capacités de défense antiaérienne peuvent également profiter de ce transfert de technologie en réduisant les obstacles à la coopération avec les entreprises et les acteurs israéliens.

La France critique l'ESSI et l'achat du système Arrow 3 en invoquant la souveraineté européenne. Elle estime que l'achat d'une technologie israélienne pose un problème de dépendance. En juin, le président Emmanuel Macron a évoqué le fait que l'acquisition de systèmes non européens posait des problèmes de



lomètres seront acquis. Ils assureront une protection contre les missiles à longue portée (y compris ceux qui quittent l'atmosphère terrestre pendant leur vol), en complément du système Patriot existant, conçu pour des portées allant jusqu'à 68 kilomètres.⁹ Les États membres de l'ESSI ne disposent actuellement d'aucun système approprié pour remplir cette mission. De

flexibilité, de rapidité de livraison et de définition des priorités.¹² On peut toutefois s'interroger sur le degré d'importance de ce problème. D'une part, l'achat du système Arrow 3 peut contribuer à la diversification des pays importateurs de matériel militaire. Les intérêts d'Israël, seule démocratie du Proche-Orient, coïncident en outre largement avec ceux de ses parte-

naires occidentaux. De plus, la puissance économique d’Israël, avec une population d’environ 10 millions d’habitants, est comparable à celle de l’Autriche ou du Portugal - une raison supplémentaire qui devrait apaiser les craintes d’une dangereuse dépendance.

Malgré sa position hésitante sur Arrow 3, la France a depuis longtemps coopéré avec Israël dans le domaine des missiles. En 2011, les forces armées françaises ont testé un missile antiaérien Aster en tirant un missile israélien Black Sparrow. Des avions de combat israéliens de type F-15 américains ont également été utilisés lors de ce test.¹³

Coopération dans le domaine des drones

Outre la défense aérienne, qui fait actuellement l’objet de nombreuses discussions, il existe toute une série de domaines de coopération possibles entre l’Allemagne, la France et Israël. Ceux-ci vont des systèmes d’armes concrets à la cybersécurité jusqu’à l’innovation et son rôle dans le développement de nouvelles technologies.

Dans le domaine des drones, l’Allemagne et la France travaillent depuis longtemps en étroite collaboration avec l’État hébreu et utilisent la technologie israélienne pour développer les capacités de leurs forces

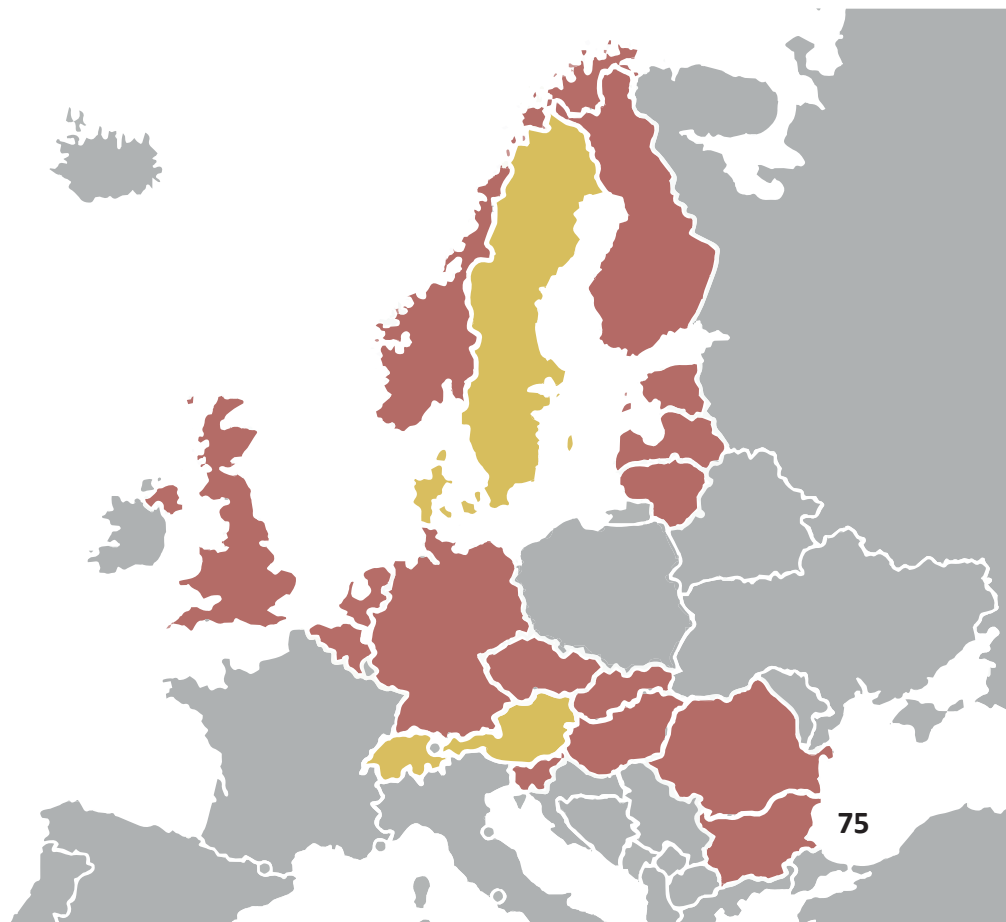
armées. Depuis 2010, la Bundeswehr loue des drones israéliens Heron, qui ont notamment été utilisés en Afghanistan. En 2018, la commission budgétaire du Bundestag allemand a décidé de louer des Heron TP israéliens de plus grande taille. En 2022, les drones ont été armés pour la première fois.¹⁴ Des munitions d’une valeur d’environ 160 millions de dollars ont alors été achetées auprès de l’entreprise d’armement israélienne Israel Aerospace Industries (IAI).¹⁵

Il existe également depuis longtemps une étroite coopération avec la France en matière de drones. Depuis le début des années 1990, le pays acquiert régulièrement des drones israéliens. Les forces armées françaises se sont retrouvées de plus en plus souvent dans des situations de guerre asymétrique, notamment lors des guerres des Balkans, ce qui a permis de prendre la mesure des atouts des drones technologiquement avancés. En outre, le processus de paix israélo-palestinien résultant des accords d’Oslo a permis de surmonter les inquiétudes françaises.¹⁶ Dans ce contexte, plusieurs coopérations ont eu lieu entre des entreprises d’armement israéliennes et françaises. Le drone français « Harfang », basé sur le modèle Heron, en est un exemple. Il a été développé en collaboration entre IAI et l’ancienne EADS (aujourd’hui Airbus) et a été utilisé par l’armée française, par exemple en Afghanistan.¹⁷

PAYS MEMBRES DE L’EUROPEAN SKY SHIELD INITIATIVE

Membres fondateurs
(depuis 2022)

Nouveaux membres
(depuis 2023)



Graphique réalisé par SWP

Cette coopération a toutefois récemment subi des revers. Ainsi, le gouvernement français sous François Hollande a décidé en 2016 de ne pas acheter le drone de détection « Watchkeeper », basé sur le modèle « Hermes 450 » du fabricant israélien Elbit et construit dans le cadre d'un projet commun entre Elbit et le groupe français Thales. Au lieu de cela, l'armée française a acquis le drone « Patroller » du fabricant français Safran Electronics & Defense (anciennement SAGEM).¹⁸

Coopération dans le domaine cybernétique

Les cyberattaques menées par l'Iran et les proxys iraniens tels que le Hezbollah sont régulièrement dirigées contre Israël.^{19/20} Ces dernières décennies, les gouvernements israéliens successifs ont très tôt pris la question très au sérieux et ont mis en place une infrastructure de cybersécurité efficace. La cybersécurité joue également un rôle important dans le secteur privé et dans les instituts de recherche, qui sont responsables d'une partie considérable du progrès. Les universités israéliennes proposent des programmes complets de cybersécurité, y compris le premier programme de doctorat au monde exclusivement axé sur les questions de cybersécurité.²¹ De plus, le pays a créé au fil des décennies des conditions idéales pour l'implantation de start-ups.²²

Dès 2002, l'Autorité nationale de sécurité de l'information (NISA) a été créée en Israël, chargée de sécuriser la cyberinfrastructure publique et privée. Une décennie plus tard, le Bureau national israélien de la cybersécurité (INCB) est venu s'y ajouter, élaborant pour la première fois une stratégie nationale et créant par la suite l'Autorité nationale de cybersécurité (NCSA). Depuis lors, la NCSA était chargée de la gestion opérationnelle des activités de cybersécurité. En 2017, la NCSA et l'INCB ont fusionné pour former l'Israel National Cyber Directorate (INCD), l'organe central de coordination pour toutes les questions de cybersécurité israéliennes.

Derrière la complexité de l'infrastructure de cybersécurité israélienne se cache la volonté de préparer le pays à l'avenir. L'importance d'un rôle de coordination dans la mise en place d'une infrastructure fonctionnelle est l'une des leçons que l'Allemagne et la France devraient également tirer. Dans le domaine

cybernétique en particulier, l'interaction complexe entre les acteurs publics et privés demande une coordination étroite. Un autre facteur important est la compréhension de la cybersécurité par la société. Alors que cette prise de conscience manque encore souvent en Europe, elle est largement établie dans la société israélienne. Cela s'explique d'une part par le fait que Tsahal organise des formations continues approfondies sur le thème de la cybernétique, dont bénéficient les personnes effectuant leur service militaire obligatoire. Cela contribue grandement à sensibiliser la société israélienne à ce sujet.

Le gouvernement allemand voit la transformation de l'infrastructure de cybersécurité de la République fédérale comme une priorité politique.²³ Cela a également été intégré dans la stratégie de sécurité nationale récemment présentée.²⁴ Dans ce but, l'Office fédéral de la sécurité des technologies de l'information (BSI) doit devenir un « organe central dans le domaine de la sécurité informatique ». Une meilleure coordination des responsabilités est au cœur de l'agenda de la cybersécurité présenté par la ministre fédérale de l'Intérieur Nancy Faeser en juillet 2022.²⁵ En France aussi, la cybersécurité n'a pas attendu le début de la guerre russo-ukrainienne pour figurer en bonne place dans l'agenda. En 2021, le président Macron a présenté une nouvelle stratégie, dont la mise en œuvre est coordonnée par l'Agence nationale française de cybersécurité (ANSSI).²⁶ L'année suivante, le Cyber Campus a ouvert ses portes à Paris. Cette institution nouvellement créée soutient la coordination entre les services gouvernementaux, les institutions publiques et les entreprises du secteur privé et élabore des solutions innovantes aux problèmes de cyberdéfense.²⁷

Coopération en matière d'innovation militaire et d'IA

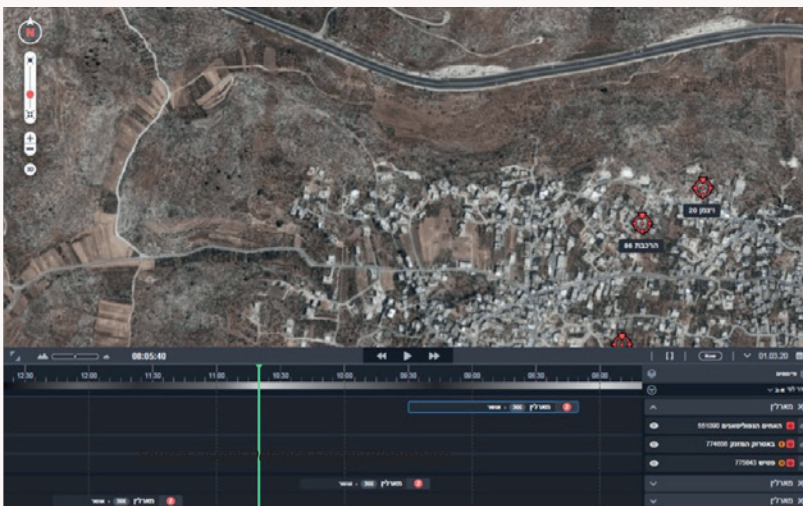
Israël est un petit pays doté d'une grande armée. En raison du contexte régional, de son économie et de ses forces armées, des approches innovantes sont nécessaires pour maintenir Tsahal. Ces conditions particulières ont toujours poussé le pays à adopter des innovations sur le plan militaire. Sans elles, il n'aurait pas pu résister par le passé à des adversaires supérieurs en nombre (et souvent soutenus par l'Union soviétique).²⁸ Les solutions exis-

tantes pour les différentes technologies d'armement étaient souvent tout simplement insuffisantes pour les besoins israéliens.²⁹ Le concept de « Qualitative Military Edge », qui doit toujours être préservé face aux forces armées ennemies, symbolise l'approche israélienne.³⁰

Les structures administratives israéliennes reflètent cette approche. Le Directorate of Defense Research and Development (DDR&D) du ministère de la Défense est l'organe central qui intègre également Tsahal. Des experts civils et militaires y travaillent ensemble pour trouver des solutions aux défis militaires d'Israël. Outre la recherche et le développement, la coopération avec des partenaires internationaux fait également partie des tâches de l'unité. Le cœur de la défense antimissile israélienne existante – Iron Dome, David's Sling et Arrow – trouve son origine dans le DDR&D.³¹

Le système de défense antimissile Iron Beam est actuellement en cours de développement. Il doit compléter le système de couches existant de la défense aérienne israélienne à courte distance. Iron Beam utilise la technologie laser et doit neutraliser les roquettes, les obus d'artillerie et de mortier ainsi que les drones dans un rayon de quelques centaines de mètres à sept kilomètres.³² Le système a déjà été testé avec succès en 2022 et est le premier système laser de ce type capable d'intercepter toute une série de menaces aériennes différentes.³³ La première livraison du système, développé conjointement par DDR&D et le groupe d'armement israélien Rafael, est prévue pour 2024. Même si l'Europe se concentre

Source: Israel Defence Forces/Bloomberg



actuellement sur les menaces de missiles à longue portée dans le contexte de l'acquisition du système Arrow-3, des systèmes de ce type peuvent être intéressants à long terme pour les partenaires européens d'Israël. Après tout, le coût de déploiement d'un système basé sur le laser ne représente qu'une fraction de celui de systèmes comme Iron Dome.³⁴

Aux innovations mécaniques des systèmes d'armes concrets s'ajoutent l'intelligence artificielle et ses possibilités d'utilisation dans le contexte militaire. Le système de défense antimissile Iron Dome utilise l'IA pour sélectionner le meilleur point d'interception des missiles ennemis. Tsahal utilise également ses avantages dans d'autres domaines. Ainsi, un système basé sur l'IA aide les forces aériennes à choisir des cibles pour des frappes aériennes. Pour ce faire, le logiciel évalue d'énormes quantités de données (p. ex. des images de drones) et propose des cibles aux commandants militaires. Le logiciel Fire Factory, qui aide également à la planification des opérations militaires, fonctionne de manière similaire. Le système évalue les données sur les cibles militaires préalablement sélectionnées, calcule les quantités de munitions nécessaires et propose des plans de déroulement. Il attribue également aux avions et aux drones des cibles et leur priorité militaire respective. Ainsi, des processus qui prendraient des heures manuellement sont réduits à quelques minutes. Dans les deux cas, la décision finale revient à l'homme. Malgré tout, ils facilitent considérablement la mission des soldats impliqués et peuvent, dans le meilleur des cas, minimiser le nombre de victimes civiles.³⁵

L'utilisation militaire de l'IA est également un thème sujet d'avenir pour l'Allemagne et la France. La Bundeswehr a par exemple testé en 2022 un système de reconnaissance de terrain basé sur l'IA.³⁶ L'IA est également utilisée dans le Centre de situation interarmées de l'espace cybernétique et d'innovation (GLZ CIR) de la Bundeswehr pour la création d'images sur le terrain.³⁷ Dans le laboratoire d'intelligence artificielle situé au sein du bataillon de guerre électronique 912, les compétences numériques des soldats sont améliorées.³⁸ L'armée française a également reconnu le potentiel de l'IA. En 2019, la taskforce IA de l'armée a publié un rapport recommandant de nouvelles directives pour l'utilisation des technologies

basées sur l'IA. L'année dernière, le ministère français de la Défense a approuvé le lancement de la dernière phase du système de gestion des données Artemis. L'objectif est de fournir une plateforme souveraine et sécurisée qui analyse les énormes quantités de données provenant d'appareils militaires et d'autres capteurs, et de jeter ainsi les bases d'un déploiement à grande échelle de systèmes basés sur l'IA dans les forces armées françaises.³⁹

Malgré de récents progrès dans le domaine de l'IA, l'Allemagne et la France ont encore beaucoup de retard à rattraper. La coopération avec Israël recèle également un grand potentiel. Les technologies déjà utilisées par Tsahal pourraient aussi servir à l'avenir sous une forme adaptée aux forces armées européennes. Des projets en ce sens sont déjà testés et soutenus par exemple par le Fonds européen de défense. Ce fonds a été doté de près de huit milliards d'euros pour la période 2021-2027 afin de soutenir des projets de défense européens communs. L'une des priorités est l'utilisation militaire de l'intelligence artificielle.⁴⁰ Dans ce domaine, une collaboration avec des partenaires israéliens pourrait être envisagée à l'avenir.

Depuis l'attaque russe contre l'Ukraine, l'Europe est confrontée à une nouvelle situation de menace. La République fédérale a également compris que l'infrastructure de défense européenne devait être adaptée à cette nouvelle réalité. Avec l'European Sky Shield Initiative (ESSI) et l'acquisition du système de défense antimissile israélien Arrow-3, le gouvernement fédéral met cette constatation en pratique. Dans le domaine de la défense aérienne, la France a d'autres visions et s'engage en faveur des technologies européennes. Le dialogue est donc essentiel pour un développement constructif de la capacité de défense européenne. Indépendamment de cela, une coopération étroite avec Israël se justifie par la qualité des technologies israéliennes dans de nombreux domaines. Les domaines de coopération possibles vont de l'acquisition de systèmes d'armes concrets et de la coopération en matière de recherche et de développement à l'utilisation de l'IA et des cyber-technologies. Israël constitue également un exemple sur la façon dont l'innovation peut être intégrée dans les structures civiles et militaires lors du développement de nouveaux systèmes ou de l'amélioration des systèmes existants.

COMPTE-RENDU 4

La coopération israélo-européenne après un tournant historique

Ce rapport synthétise les discussions et les recommandations issues du Sommet du Forum de Strasbourg en 2023. L'événement s'est déroulé les 11 et 12 septembre 2023 à Strasbourg et s'est principalement focalisé sur la coopération euro-israélienne dans le domaine de la défense, ainsi que sur la question du défi posé par l'Iran. Une discussion finale a mis en évidence les opportunités et les défis communs partagés par l'Europe et Israël.

Le Forum de Strasbourg est un cadre de discussion organisé par ELNET, qui offre aux parlementaires français et allemands, ainsi qu'à de multiples experts, l'occasion d'approfondir leurs échanges politiques. À travers deux tables rondes à Berlin et Paris, ainsi que le Sommet de Strasbourg, les bureaux d'ELNET à Paris et Berlin favorisent une nouvelle

initiative franco-allemande dans le domaine de la politique étrangère et de la sécurité européenne.

L'agression russe en Ukraine a entraîné une réorientation de la politique étrangère et de sécurité allemande. Le concept du « tournant historique », évoqué par le chancelier allemand Olaf Scholz dans sa déclaration gouvernementale quelques jours après le début du conflit, est désormais ancré dans le langage européen. En France, les questions liées à la sécurité ont depuis longtemps fait l'objet d'un débat plus ouvert. Les perspectives concernant l'engagement des forces armées sont également sensiblement différentes. Dans le contexte de la guerre d'agression russe et de l'instabilité internationale croissante, la coopération franco-allemande demeure d'une grande importance. Toutefois, des tensions sont apparues récemment entre les deux pays, notamment en raison de projets tels

que l'Initiative European Sky Shield (ESSI), au sein de laquelle l'Allemagne a acquis le système de défense antimissile israélien Arrow 3, ainsi que des défis liés au développement d'un char de combat commun, le Main Ground Combat System (MGCS).

Les défis de la coopération franco-allemande

Lors du Forum de Strasbourg, les participants étaient unanimes pour reconnaître que la coopération européenne, en particulier la coopération franco-allemande, dans le domaine de l'armement et de la défense, offrait d'importants avantages. Cela est particulièrement vrai en ce qui concerne l'acquisition ou le développement conjoint de systèmes d'armement. Cependant, la situation actuelle est marquée par certaines contraintes et contradictions. Les participants allemands ont mis en évidence la nécessité urgente d'acquérir de nouveaux équipements en raison du sous-investissement dans la Bundeswehr au cours des dernières décennies. Il est impératif de rattraper ce retard, et cela de manière accélérée. C'est pourquoi l'Allemagne manifeste actuellement une préférence marquée pour l'achat de systèmes militaires éprouvés, « prêts à l'emploi ». Un participant a souligné que l'Allemagne ne peut tout simplement pas se permettre d'attendre dix ans pour le développement de nouveaux systèmes, étant donné le contexte actuel. En revanche, la France a maintenu ses forces armées à un niveau technologique de pointe et peut donc se permettre d'attendre le développement de nouvelles technologies.

Cette problématique se reflète actuellement dans deux des principaux projets d'armement communs : le Future Combat Air System (FCAS) et le Main Ground Combat System (MGCS). Ces deux projets ont récemment connu des retards. Dans le cas du MGCS, des tensions sont apparues en raison de l'attribution des responsabilités entre les pays partenaires. Parallèlement, les entreprises d'armement allemandes ont lancé une nouvelle initiative en collaboration avec l'Espagne, l'Italie et la Suède, visant également le développement d'un nouveau char de combat. Cette initiative a suscité des préoccupations en France. Toutefois, lors des discussions lors du sommet, les participants allemands ont souligné que les articles de presse sur ce sujet résultaient en

grande partie d'un lobbying actif de certains groupes. L'Allemagne reste résolument engagée envers le projet MGCS, considérant que les conflits de compétences sont des éléments normaux au sein de partenariats et qu'ils peuvent être résolus. Le soutien au projet FCAS reste inchangé.

Les participants ont également mis en évidence des différences de priorités entre la France et l'Allemagne. La France dispose d'avions modernes adaptés au transport d'armes nucléaires, tandis que l'Allemagne doit rapidement trouver un successeur aux avions de combat Tornado obsolètes, ce qui a conduit à la décision d'acquérir des avions de combat F-35 de fabrication américaine. Un participant a expliqué que l'Allemagne ne peut tout simplement pas attendre le FCAS dans ce domaine. Une situation similaire se présente du côté français pour les chars de combat. La France cherche une solution rapide pour remplacer le char Leclerc, tandis que l'Allemagne peut prendre plus de temps. Néanmoins, les participants des deux pays s'accordent à dire que ces différences ne devraient pas entraver les projets communs.

L'initiative European Sky Shield (ESSI) a été largement discutée lors du sommet. Si l'Allemagne a été à l'origine et a fait progresser ce projet, la France maintient une certaine réserve à son égard. Les participants français ont souligné l'importance de la souveraineté européenne en matière de défense antimissile. C'est pourquoi l'acquisition du système de défense aérienne israélien Arrow 3 ne semble pas être la solution appropriée du point de vue français. En revanche, les Allemands ont mis en avant la qualité du système et sa facilité d'intégration au sein des structures de l'OTAN. Dans le domaine de la défense aérienne, il existe une lacune importante qui doit être comblée dans les plus brefs délais. L'Allemagne ne peut se permettre d'attendre le développement et la mise en œuvre de ses propres systèmes européens dans le cadre d'un processus long.

La France a également évoqué les conflits entre les exigences stratégiques et les intérêts économiques. La France vise à renforcer son industrie de défense et à la positionner efficacement en collaboration avec ses partenaires. Il est essentiel d'éviter une dépendance à l'égard d'États non européens dans des

domaines aussi sensibles. Néanmoins, il a été souligné qu'en dehors de la défense aérienne, de nombreux autres domaines nécessitent une coopération étroite avec Israël.

Le potentiel de la coopération israélo-européenne en matière de défense

Les experts présents ont mis en lumière la nature exceptionnelle de la relation entre les forces de défense israéliennes (IDF) et la population civile. Depuis sa création, Israël a dû maintenir une préparation constante en vue d'un éventuel état de guerre. Cette préparation, s'étendant sur plusieurs décennies, a conduit à des capacités militaires uniques qui n'ont pas d'équivalent dans le monde. Selon les participants, cela fait d'Israël un partenaire de coopération extrêmement attrayant, surtout dans le contexte actuel où l'Europe fait face à de nouvelles menaces. Les données de l'Israeli Foreign Policy Index 2023, publiées en septembre 2023, ont également montré que l'Allemagne, par exemple, était perçue comme un partenaire proche par la population israélienne. Une experte a souligné que le gouvernement israélien devrait dorénavant prendre en compte ce sentiment de la population afin de pleinement exploiter le potentiel de la coopération euro-israélienne.

Du côté allemand, on a mis en avant la possibilité qu'Israël puisse contribuer à rendre les marchés publics plus efficaces et à intégrer directement les nouvelles innovations dans les processus. Dans ce contexte, un rapprochement avec l'OTAN serait souhaité. La coopération entre les services de renseignement, en particulier, offre un potentiel considérable. Actuellement, une collaboration étroite existe déjà avec les services britanniques et américains, une collaboration qui pourrait être étendue, comme l'ont souligné les experts présents. Cette coopération serait particulièrement précieuse pour les petits pays membres de l'OTAN qui ne disposent pas de ressources de renseignement importantes.

Les experts ont également souligné à quel point les intérêts européens et israéliens convergent dans la région et au-delà. Ainsi, l'axe qui se forme entre la Russie et l'Iran représente une menace pour les deux pays, et ils doivent faire front commun. Israël

apparaît comme un « allié naturel » dans ce contexte. Les participants des deux pays ont également mis en avant l'importance pour l'Europe de se préparer à une possible nouvelle présidence Trump et au retrait progressif des États-Unis du Proche-Orient qui en découlerait. Dans cette situation, il est particulièrement crucial de tisser des liens étroits avec des partenaires partageant des objectifs similaires.

Les participants français ont évoqué un défi particulier : malgré l'ampleur de la coopération avec Israël, peu d'informations sont rendues publiques. Cette situation découle souvent de l'idée qu'il n'est pas possible de discuter ouvertement de ce partenariat en raison du conflit israélo-palestinien. Cette approche a été critiquée par les participants, qui ont souligné l'importance de la coopération, en particulier dans les domaines de la cybersécurité et de l'intelligence artificielle. Ils ont mis en garde contre le risque de laisser passer des opportunités en raison de réserves injustifiées.

Coopération en matière de cybersécurité et d'intelligence artificielle

Les participants au débat ont souligné l'importance cruciale de renforcer la cybersécurité. Compte tenu des prévisions indiquant que les conflits futurs se dérouleront de plus en plus dans le cyberspace, les experts ont mis en avant la nécessité d'une infrastructure de défense efficace. Israël, en tant que modèle dans ce domaine, a identifié plus tôt que d'autres les menaces liées au cyberspace et a réagi de manière plus efficace. Un exemple concret de coopération accrue pourrait être l'intégration de l'expertise israélienne au sein du European Cyber Competence Centre, qui facilite les échanges sur les questions de cybersécurité entre les États membres et favorise le développement des compétences en la matière. Les participants français ont exprimé leur étonnement quant à l'absence d'un programme de coopération dédié entre l'Union européenne et Israël dans le domaine de la cybernétique. Ils ont plaidé pour la nécessité de combler cette lacune rapidement.

Les experts ont également souligné l'importance de rester à la pointe des développements militaires dans le domaine de l'intelligence artificielle. Sinon,

L'Europe pourrait se trouver dans une situation de désavantage stratégique à l'avenir en raison de l'absence de solutions basées sur l'IA. Pour éviter cela, il est nécessaire de réaliser d'importants investissements dans ce domaine et d'établir une coopération étroite avec des partenaires technologiquement avancés tels qu'Israël. Actuellement, l'un des défis majeurs dans le domaine de l'IA est d'attirer les talents adéquats. À cet égard, Israël pourrait apporter son soutien grâce à sa vaste expertise, car des solutions basées sur l'IA sont déjà déployées au sein de Tsahal, contribuant par exemple au fonctionnement du système de défense antimissile Iron Dome, en calculant le point d'interception optimal des missiles ennemis. Les experts ont plaidé en faveur de la création de mécanismes permettant un partage sécurisé des nouvelles technologies avec les partenaires internationaux. Dans le passé, des obstacles ont été rencontrés dans ce domaine, notamment dans les relations avec les États-Unis, en raison de problèmes liés aux autorisations de sécurité. Ces problèmes devraient être évités à l'avenir.

Résumé

Les discussions tenues dans le cadre du Sommet de Strasbourg ont clairement montré que les projets communs franco-allemands dans le domaine de la défense conservent un potentiel significatif, malgré quelques désaccords. En cette période où l'Europe réoriente fondamentalement sa politique de défense en raison de la guerre russo-ukrainienne,

elle dépend particulièrement du tandem franco-allemand classique. Les délibérations au sein du Forum de Strasbourg démontrent également que ces deux pays peuvent toujours converger, même avec des approches et des priorités différentes. Dans le contexte actuel de sécurité en Europe, l'intégration étroite de partenaires internationaux tels qu'Israël prend une importance cruciale. La contribution d'Israël, notamment par le biais du système de défense antimissile Arrow 3 dans le cadre de l'European Sky Shield Initiative, renforce considérablement la sécurité de l'Europe. Même si la France peut rester sceptique à l'égard de ce projet en particulier, le potentiel d'une coopération plus étroite en matière de défense avec l'État d'Israël est indiscutable dans de nombreux autres domaines.

Au-delà de la réorganisation des marchés publics et d'une coopération renforcée entre les services de renseignement, les opportunités majeures se situent surtout dans les domaines de la cybersécurité et de l'intelligence artificielle, où Israël joue un rôle de premier plan. En intégrant ces domaines au sein des structures et des initiatives européennes, les deux parties peuvent mutuellement bénéficier de leurs atouts. Israël et l'Europe ne peuvent faire face efficacement qu'ensemble aux menaces partagées, telles que l'axe Moscou-Téhéran, ainsi qu'aux évolutions des priorités aux États-Unis. Grâce à un partenariat solide, ils peuvent contribuer à long terme à la sécurité tant au Proche-Orient que sur le continent européen.

- ▶ Coopération en matière d'armement : définition de points clés et de lignes directrices claires pour la future coopération franco-allemande en matière d'armement, tant au niveau bilatéral qu'avec Israël.
- ▶ Échanges plus étroits avec Israël pour moderniser les achats.
- ▶ Coopération avec l'OTAN : extension de la coopération entre Israël et l'OTAN, en particulier l'échange d'informations des services de renseignement.
- ▶ Cybersécurité : intégrer l'expertise israélienne dans le Centre européen de compétences en cybersécurité.
- ▶ Coopération avec Israël en matière de recherche et de développement de solutions d'IA dans le domaine de la défense.
- ▶ Communication ouverte sur la coopération existante et le potentiel de coopération future avec Israël dans différents domaines liés à la sécurité.

Quellenverzeichnis / Bibliographie

1. **Asseburg, Muriel/ Lintl, Peter/ Steinberg, Guido:** „Annäherung Israel – Vereinigte Arabische Emirate: Palästinenser in der Abseitsfalle?“, 08.10.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/annaeherung-israelvereinigte-arabische-emirate-palaestinen-ner-in-der-abseitsfalle>
2. **Ghosh, Bobby:** „Has MBS Flipped on Abraham Accords? Biden Must Be Wary“, 10.03.2023 in https://www.washingtonpost.com/business/energy/2023/03/10/biden-should-be-wary-of-saudi-crown-prince-s-overture-on-abraham-accords/c6168c64-bf47-11ed-9350-7c5fccd598ad_story.html
3. **ELNET Deutschland:** „Das Abraham-Abkommen – Deutschland als zögernder Zuschauer“, 04.01.2021 in <https://elnet-deutschland.dewp-content/uploads/2020/12/Das-Abraham-Abkommen-Deutschlands-Rolle-als-z3%66gernder-Zuschauer.pdf>
4. **Al Jazeera:** „Israel and Morocco sign three deals on historic visit“, 11.08.2021 in <https://www.aljazeera.com/news/2021/8/11/israel-and-morocco-sign-three-deals-on-historic-visit>
5. **Reuters:** „Israel, Sudan announce deal to normalise relations“, 03.02.2023 in <https://www.reuters.com/world/africa/israeli-foreign-minister-heads-delegation-discuss-sudan-normalisation-2023-02-02>
6. **U.S. Department of State:** „The Abraham Accords Declaration“, in <https://www.state.gov/wpcontent/uploads/2021/01/Sudan-AA.pdf>
7. **Bassist, Rina:** „Israel eyes normalization with Mauritania, Indonesia to expand Abraham Accords“, 07.03.2023 in <https://www.al-monitor.com/originals/2023/03/israel-eyes-normalization-mauritania-indonesia-expandabraham-accords>
8. **ebd.**
9. **Tsui, Karina:** „The Middle East is warming up twice as fast as the rest of the world“, 07.09.2022 in <https://www.washingtonpost.com/world/2022/09/07/middle-east-mediterranean-climate-change>
10. **Bromberg, Gidon/ Majdalani, Nada/ Abu Taleb, Yana:** „A Green Blue Deal for the Middle East“, 03.12.2020 in <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/green-blue-deal-middle-east>
11. **Lelieveld, Jos/ Zittis, George:** Eastern Mediterranean and Middle East Face Rapid Climate Change, 25.08.2022 in <https://eos.org/editors-vox/eastern-mediterranean-and-middle-east-face-rapid-climate-change>
12. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:** „Deutschland und Israel vereinbaren Energiepartnerschaft“, 24.03.2022 in <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/03/20220324-deutschland-und-israelvereinbaren-energiepartnerschaft.html>
13. **Rabinovitch, Ari/ El Safty, Sarah:** „EU, Israel and Egypt sign deal to boost East Med gas exports to Europe“, <https://www.reuters.com/business/energy/eu-israel-egypt-sign-deal-boost-east-med-gas-exports-europe-2022-06-15>
14. **Ministry of Foreign Affairs:** „Israel and Morocco sign bilateral agreement for energy cooperation“, 29.09.2022 in <https://www.gov.il/en/departments/news/israel-morocco-bilateral-energy-cooperationagreement-29-sep-2022>
15. **Sabry, Mohamed:** Egypt, Israel expand economic ties, 05.04.2022 in <https://www.al-monitor.com/originals/2022/04/egypt-israel-expand-economic-ties>
16. **Marks, Jesse:** „China’s Iran-Saudi Deal May Not Stick“, 15.03.2023 in <https://foreignpolicy.com/2023/03/15/china-iran-saudi-arabia-deal-gcc-diplomacy>
17. **Ravid, Barak:** „Iran and Saudi Arabia agree to resume relations after China mediation“, 10.03.2023 in <https://www.axios.com/2023/03/10/iran-saudi-arabia-resume-relations-china-mediation>
18. **Srivastava, Mehul:** „Netanyahu took secret flight to Saudi Arabia to meet crown prince“, 23.11.2020 in <https://www.ft.com/content/f24db26f-243b-445a-a54b-b6cedab106ba>
19. **Crowley, Michael/ Nereim, Vivian/ Kingsley, Patrick:** „Saudi Arabia offers its prize to normalize relations with Israel“, 09.03.2023 in <https://www.nytimes.com/2023/03/09/us/politics/saudi-arabia-israel-unitedstates.html?searchResultPosition=1>
1. **Essaid, Salim A.:** „UAE-China nuclear deals signal evolving energyrelationship“, 11.05.2023, in <https://www.al-monitor.com/originals/2023/05/uae-china-nuclear-deals-signal-evolving-energy-relationship>.
2. **Chatal, Hinatea:** „Global warming: by 2050 these regions will be uninhabitable“, 29.03.2022, in <https://www.yourweather.co.uk/news/trending/global-warming-by-2050-these-regions-will-be-uninhabitable-climate-change.html>.
3. **The Cyprus Institute:** „Overall warming of up to 5°C in this century projected for the Eastern Mediterranean and Middle East“, 06.09.2022, in <https://www.cyi.ac.cy/index.php/in-focus/overall-warming-of-up-to-5c-in-this-century-projected-for-the-eastern-mediterranean-and-middle-east.html>.
4. **Statistisches Bundesamt:** „Stromerzeugung 2022: Ein Drittel aus Kohle, ein Viertel aus Windkraft“, 09.03.2023, in https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_090_43312.html.
5. **Deutsch-französisches Büro für die Energiewende:** „Barometer der erneuerbaren Energien im französischen Stromsektor. Kennzahlen aus dem Jahr 2022“, 23.05.2023, in <https://energie-fr-de.eu/de/systeme-maerkte/nachrichten/leser/barometer-der-energie-wende-in-frankreich.html>.
6. **Messad, Paul:** „Frankreich erobert Spitzenplatz als EU-Stromexporteur zurück“, 13.01.2023, in <https://www.euractiv.de/section/energie/news/frankreich-erobert-spitzenplatz-als-eu-stromexporteur-zurueck/>.
7. **Deutsche Bundesregierung:** „Das Zeitalter der erneuerbaren Energien“, 2023, in <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/erneuerbare-energien-317608#:~:text=Die%20Bundesregierung%20hat%20beschlossen%2C20als,Anteil%20auf%2080%20Prozent%20steigen.>
8. **Messad, Paul:** „Frankreich macht beim Ausbau der Erneuerbaren starke Fortschritte“, 11.05.2023, in <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/frankreich-macht-beim-ausbau-der-erneuerbaren-starke-fortschritte/>.
9. **Kaess, Christiane:** „Frankreich will mit Kernkraftwerken CO2-Ziele erreichen“, 22.11.2021, in <https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-setzt-auf-atomkraft-100.html>.
10. **Enerdata:** „Israel’s new roadmap targets 40% of renewable power generation by 2030“, 17.02.2022, in <https://www.enerdata.net/publications/daily-energy-news/israels-new-roadmap-targets-40-renewable-power-generation-2030.html>.
11. **Mittelstand Global Exportinitiative Energie:** „Israel plant massiven Ausbau der Solar-energie bis zum Jahr 2030“, 08.06.2022, in <https://www.german-energy-solutions.de/GES/Redaktion/DE/Meldungen/Marktnachrichten/2022/20220608-israel.html>.
12. **Powering Past Coal Alliance:** „Israel“, 2023, in <https://powering-pastcoal.org/members/israel/>.
13. **Statistisches Bundesamt:** „Importe aus Russland im Februar 2023 um 91,0% niedriger als im Vorjahresmonat“, 13.04.2023, in https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_146_51.html.
14. **Reuters:** „France prepares for total cutoff of Russian gas“, 10.07.2022, in <https://www.reuters.com/world/europe/russian-gas-cutoff-most-likely-scenario-french-finance-minister-2022-07-10/>.
15. **European Commission Directorate-General for Energy:** „EU Egypt Israel Memorandum of Understanding“, 17.06.2022, in https://energy.ec.europa.eu/publications/eu-egypt-israel-memorandum-understanding_en.
16. **Surkes, Sue:** „The sun is shining, so why isn’t Israel making hay of its solar energy?“, 25.10.2021, in <https://www.timesofisrael.com/the-sun-is-shining-so-why-isnt-israel-making-hay-of-its-solar-energy/>.
17. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:** „Deutschland und Israel vereinbaren Energiepartnerschaft“, 24.03.2022, in <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/03/20220324-deutschland-und-israel-vereinbaren-energiepartnerschaft.html>.
18. **Economist Intelligence Unit:** „Israel contemplates energy-storage options“, 26.05.2023, in <https://www.eiu.com/n/israel-contemplates-energy-storage-options/>.
19. **Lefkovits, Etgar:** „Construction to start on ‘electricity highway’ connecting Israel, Cyprus and Greece“, 07.12.2022, in <https://www.ins.org/construction-to-start-on-electricity-highway-connecting-israel-cyprus-and-greece/>.
20. **ELNET Deutschland:** „Der Normalisierungsprozess der Abraham-Abkommen. Gestaltungsspielraum in unruhigen Zeiten“, 26.04.2023, in https://elnet-deutschland.de/wp-content/uploads/2023/04/2023025_Policy-Briefing-Abraham-Abkommen-2023_DE_final.pdf.
21. **Weisz Zilbermann, Yael:** „The New Israeli Climate Tech Landscape Map 2023 – The Lay of the Land“, 01.03.2023, in <https://startupnationcentral.org/wp-content/uploads/2023/03/Start-Up-Nation-Central-Climate-Tech-Landscape-Map-2023.pdf>.
22. **Israel Innovation Authority/Planet-Tech:** „Israel’s State of Climate Tech 2021. Innovating towards a better planet“, 2021, in <https://innovationisrael.org/sites/default/files/Israel%20state%20of%20climate%20tech%20report%202021.pdf>.
23. **Ferris, Nick:** „Adaptation lessons from Israel’s Negev Desert: A source of climate hope“, 22.11.2022, in <https://www.energymonitor.ai/tech/innovation/adaptation-lessons-from-israels-negev-desert-a-source-of-climate-hope/>.
24. **Ministry of Environmental Protection:** „Protecting Israel’s Coast“, 17.08.2020, in https://www.gov.il/en/departments/guides/coastal_environment_preservation.
25. **Financial Times:** „Solar power: Europe attempts to get out of China’s shadow“, 22.03.2023, in <https://www.ft.com/content/009d8434-9c12-48fd-8c93-d06d0b86779e>.
26. **Chorus, Celine/Klätgen, Michael:** „Eine Pipeline, die Europa spaltet“, 07.10.2022, in <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/midcat-pipeline-spanien-frankreich-deutschland-1.5670112>.
27. **Anouar, Souad:** „Gaia Energy, H2Pro Launch Green Hydrogen Demo Project in Morocco“, 09.11.2022, in <https://www.morocroworldnews.com/2022/11/352302/gaia-energy-h2pro-launch-green-hydrogen->
1. **Robinson, Kali:** „What Is the Iran Nuclear Deal“, 21.06.2023, in <https://www.cfr.org/background/what-iran-nuclear-deal>.
2. **IAEA:** „Rapport du directeur général sur la vérification et contrôle en République islamique d’Iran à la lumière de la résolution 2231 (2015) du Conseil de sécurité de l’ONU GOV/2023/8“, 02.03.2023, in https://www.iaea.org/sites/default/files/23/03/gov2023-8_fr.pdf.
3. **IAEA:** „Rapport du directeur général sur la vérification et contrôle en République islamique d’Iran à la lumière de la résolution 2231 (2015) du Conseil de sécurité de l’ONU GOV/2023/8“, 02.03.2023, in https://www.iaea.org/sites/default/files/23/03/gov2023-8_fr.pdf.
4. **Pietralunga, Cédric/Smolar, Piotr/Imbert, Louis:** „L’Iran, nouvel acteur de la guerre en Ukraine“, 19.10.2022, in https://www.lemonde.fr/international/article/2022/10/19/l-iran-nouvel-acteur-de-la-guerre-en-ukraine_6146394_3210.html.

5. **Goldschmidt, Pierre:** „La bombe iranienne: inévitable?“, 18.08.2023, in <https://www.fstrategie.org/publications/notes/bombe-iranienne-inevitable-2023>.
6. **IAEA:** „Mise en œuvre de l'accord de garanties TNP en République islamique d'Iran“, 14.11.2003, in https://www.iaea.org/sites/default/files/21/03/gov2021-15_fr.pdf.
7. **IAEA:** „Rapport du directeur général sur la vérification et contrôle en République islamique d'Iran à la lumière de la résolution 2231 (2015) du Conseil de sécurité de l'ONU“, 02.03.2023, in https://www.iaea.org/sites/default/files/23/03/gov2023-8_fr.pdf.
8. **Ravid, Barak:** „Israeli Intel Chief: Iran Could Soon 'Toy' With Enriching Uranium At 90Prozent Level“, 21.11.2022, in <https://www.axios.com/2022/11/21/iran-nuclear-uranium-israel-intelligence>.
9. **Georgy, Michael:** „Iran Nuclear Chief: We Have Technical Means to Produce Atom Bomb, no Intention of Doing so“, 01.08.2022, in <https://www.reuters.com/world/middle-east/iran-nuclear-chief-we-have-technical-means-produce-atom-bomb-no-intention-do-so-2022-08-01/>.
10. **Davenport, Kelsey:** „Iran Agrees to Additional Transparency“, 15.03.2023, in <https://www.armscontrol.org/blog/2023-03/p4-1-iran-nuclear-deal-alert>.
11. Zusätzliche Bestimmungen des JCPOA erlauben auch die unangekündigte Inspektion von Uranabbau-, -anreicherungs- und -umwandlungsanlagen, die Überwachung von Standorten, die nicht direkt mit dem Atomprogramm in Verbindung stehen, sowie die Installation von Überwachungskameras.
12. **Thielmann, Greg:** „Addressing Iran's Ballistic Missiles in the JCPOA and UNSC Resolution“, 27.07.2015, in <https://www.armscontrol.org/issue-briefs/2015-07/addressing-iran-prozent2-prozent80-prozent95-ballistic-missiles-jcpoa-uns-c-resolution>.
13. **Taleblu, Benam Ben:** „Assessing the Islamic Republic of Iran's Ballistic Missile Program“, 15.02.2023, in <https://www.fdd.org/analysis/2023/02/15/arsenal-assessing-the-islamic-republic-of-irans-ballistic-missile-program/>.
14. **Ravid, Barak:** „Scoop: U.S. discussing freeze-for-freeze approach to Iran nuclear program“, 03.04.2023, in <https://www.axios.com/2023/04/03/iran-biden-proposal-freeze-nuclear-activity-deal>.
15. **Véronique, Paul:** „Guerre en Ukraine: l'Iran, soutien crucial dans la stratégie de la terreur de Poutine“, 21.12.2022, in <https://www.lexpress.fr/monde/europe/guerre-en-ukraine-iran-soutien-crucial-dans-la-strategie-de-la-terreur-de-poutine-50F3XC5PYF-HAVDEJGMS2E2HX74/>.
1. **Bundesregierung:** „Nationale Sicherheitsstrategie“, 14.06.2023, in <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>.
2. **Ross, Jacob:** „Macrons Balanceakt im Indo-Pazifik“, 26.07.2023, in <https://internationale-politik.de/de/macrons-balanceakt-im-indo-pazifik>.
3. **Bundesministerium der Verteidigung:** „Verteidigungshaushalt 2022 beschlossen“, in <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/verteidigungshaushalt-2022-beschlossen-5429244>
4. **ELNET Deutschland:** „Deutsch-israelische Verteidigungskooperation im Rahmen der Zeitenwende – Stimmungsbild in der Bevölkerung“, 10.07.2023, in <https://elnet-deutschland.de/themen/umfrage-zur-deutsch-israelischen-verteidigungskooperation/>.
5. **Stern, Jean:** „How Israel Is Developing Scorpion, At the Heart of France's Future System of Defence“, 30.03.2021, in <https://orientxxi.info/magazine/how-israel-is-developing-scorpion-at-the-heart-of-france-s-future-system-of-4639>.
6. **Präsidentenam der Französischen Republik:** „Nationale Strategische Überprüfung“, 2022, in <https://www.sgdsn.gouv.fr/files/files/rns-de-20221202.pdf>.
7. **Newman, Marissa:** „Israel Quietly Embeds AI Systems in Deadly Military Operations“, 16.07.2023, in <https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-07-16/israel-using-ai-systems-to-plan-deadly-military-operations>.
8. **Zeit Online:** „Europäische Nato-Staaten bringen Luftabwehrschirm auf den Weg“, 13.10.2022, in <https://www.zeit.de/politik/2022-10/europaeische-nato-staaten-planen-gemeinsames-luftabwehr-system>.
9. **Bundeswehr:** „Flugabwehrraketensystem Patriot“, in <https://www.bundeswehr.de/de/ausruestung-technik-bundeswehr/landsysteme-bundeswehr/flugabwehrraketensystem-patriot>.
10. **Wachs, Lydia:** „Russlands Raketen und die European Sky Shield initiative“, 06.2023, in https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A40_ESSI.pdf.
11. **Ebd.**
12. **ELNET:** „Conference on European Air Defense And Anti-Missile Systems – Digest of Emmanuel Macron's Speech“, 06.2023.
13. **Hershco, Tsilla:** „French-Israeli Security Cooperation in the Twenty-First Century“, 01.07.2013, in https://besacenter.org/wp-content/uploads/2014/01/MSPS101_English-Summary.pdf.
14. **Shpiro, Shlomo:** „Die NATO und Israel: Auf dem Weg zu einer engeren Partnerschaft“, 23.06.2023, in https://elnet-deutschland.de/wp-content/uploads/2023/07/NATO-und-Israel_DE.pdf.
15. **Freiwah, Patrick:** „Bewaffnete Drohnen für Bundeswehr: Deutschland rüstet mit 140 Heron TP auf“, in <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/bewaffnete-drohnen-bundeswehr-deutschland-heron-tp-flugkoerper-id62284321.html>.
16. **Hershco, Tsilla:** „French-Israeli Security Cooperation in the Twenty-First Century“, 01.07.2013, in https://besacenter.org/wp-content/uploads/2014/01/MSPS101_English-Summary.pdf.
17. **Airforce Technology:** „Harfang MALE Unmanned Aerial Vehicle (UAV)“, 03.03.2010, in <https://www.airforce-technology.com/projects/harfang-drone/#catfish>.
18. **Tran, Pierre:** „Sagem Patroller beats out Thales Watchkeeper in French Army drone pick“, 22.01.2016, in <https://www.defensenews.com/home/2016/01/22/sagem-patroller-beats-out-thales-watchkeeper-in-french-army-drone-pick/>.
19. **Spiro, James:** „Cybersecurity firm reveals Hezbollah-linked hack of hundreds of global companies“, 28.01.2021, in <https://www.calcalistech.com/ctech/articles/0,7340,L-3890096,00.html>.
20. **InterRegional for Strategic Analysis:** „Hacker Brigades: Why has Hezbollah established cyber warfare units?“, 12.06.2021, in <https://www.interregional.com/en/hacker-brigades>.
21. **Voborník, Adam:** „Israeli inspiration for European cybersecurity“, 10.2020, in <https://www.politikaspolecnost.cz/wp-content/uploads/2020/10/Israeli-inspiration-for-European-cybersecurity-IPPS.pdf>.
22. **Ebd.**
23. **Bundesregierung:** „Koalitionsvertrag“, 10.12.2021, in <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf>.
24. **Bundesregierung:** „Nationale Sicherheitsstrategie“, 14.06.2023, in <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>.
25. **Bundesministerium des Inneren und für Heimat:** „Cybersicherheitsagenda des Bundesministerium des Inneren und für Heimat“, 06.2022, in https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/cybersicherheitsagenda-20-legislatur.pdf?__blob=publicationFile&v=4.
26. **Agence nationale de la sécurité des systèmes d'information:** „The French National Digital Security Strategy“, 12.01.2016, in <https://cyber.gouv.fr/en/actualites/french-national-digital-security-strategy-meeting-security-challenges-digital-%07world>
27. **Pollet, Mathieu:** „Frankreich eröffnet Cyber Campus zur Verbesserung der Cybersicherheit“, 16.02.2022, in <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/frankreich-eroeffnet-cyber-campus-zur-verbesserung-der-cybersicherheits>.
28. **Adamsky, Dmitry:** „The Israeli Approach to Defense Innovation“, 07.05.2018, in <https://escholarship.org/uc/item/4t07267h>.
29. **Eshel, Tamir:** „Israel at 75 – Harnessing Defence Innovation“, 25.04.2023, in <https://euro-sd.com/2023/04/articles/30749/israel-at-75-harnessing-defence-innovation>.
30. **Adamsky, Dmitry:** „The Israeli Approach to Defense Innovation“, 07.05.2018, in <https://escholarship.org/uc/item/4t07267h>.
31. **Egozi, Arië:** „Inside Israel's Directorate of Defense Research & Development“, 06.03.2023, in <https://breakingdefense.com/2023/03/inside-israels-directorate-of-defense-research-development>.
32. **Europäische Sicherheit und Technik:** „Erste öffentliche Vorstellung von Iron Beam“, 07.10.2022, in <https://esut.de/2022/10/meldungen/37197/erste-oeffentliche-vorstellung-von-iron-beam/>.
33. **Ebd.**
34. **Meta Defense:** „Das israelische Laser-Flugabwehrsystem Iron Beam könnte in weniger als 3 Jahren in Dienst gestellt werden“, 05.10.2022, in <https://meta-defense.fr/de/2022/10/05/das-israelische-laser-eisenstrahl-flugabwehrsystem-koennte-in-weniger-als-drei-jahren-in-dienst-gestellt-werden/>.
35. **Newman, Marissa:** „Israel Quietly Embeds AI Systems in Deadly Military Operations“, 16.07.2023, in <https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-07-16/israel-using-ai-systems-to-plan-deadly-military-operations>.
36. **Bundeswehr:** „Bundeswehr testet KI-gestütztes System zur Geländeaufklärung“, 14.12.2022, in <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-testet-ki-gestuetztes-system-gelaendaufklaerung-5540128>.
37. **BWl:** „Künstliche Intelligenz im Einsatz bei der Bundeswehr“, 18.10.2019, in <https://www.bwi.de/magazin/artikel/ki-bei-der-bundeswehr>.
38. **Cyber Innovation Hub der Bundeswehr:** „Labor für Künstliche Intelligenz“, in <https://www.cyberinnovationhub.de/innovation/innovationsvorhaben/ki-labor>.
39. **Machi, Vivienne:** „France approves final phase of Artemis big-data processing platform“, 11.07.2022, in <https://www.defensenews.com/global/europe/2022/07/11/france-approves-final-phase-of-artemis-big-data-processing-platform/>.
40. **Csernaton, Raluca:** „Weaponizing Innovation? Mapping Artificial Intelligence-Enabled Security and Defence in the EU“, 07.2023, in <https://www.sipri.org/publications/2023/eu-non-proliferation-and-disarmament-papers/weaponizing-mapping-artificial-intelligence-enabled-security-and-defence-eu>.

ELNET Deutschland e.V.

Albrechtstraße 22
10117 Berlin

Tel: +49 (0) 30 3087 5964
E-Mail: deutschland@elnetwork.eu

elnet-deutschland.de 

@ElnetD 

@ELNETDeutschland 

ELNET France

41-43 rue Saint Dominique
75007 Paris

E-mail: contact@elnetwork.fr

elnetwork.fr 

@elnetfr 

@ElnetFrance 